

Reglement für die Geschäftsprüfungskommission, Totalrevision und Änderung des Geschäftsreglements des Parlaments

Beschluss; Geschäftsprüfungskommission

1. Ausgangslage

Seit dem Erlass des Reglements der Geschäftsprüfungskommission am 18.8.2008 hat sich die Rolle der GPK als Aufsichtsorgan spürbar gewandelt. Die Aufgaben der GPK sind heute komplexer und anspruchsvoller. Das geltende Reglement bildet die heutige Situation ungenügend ab. Aufgrund dieser Tatsache hat die GPK zusammen mit einer juristischen Fachperson eine Auslegeordnung vorgenommen und Handlungsfelder mit möglichem Diskussions- bzw. Anpassungsbedarf zu Händen des Parlaments identifiziert. Das Parlament hat an seiner Sitzung vom 28. August 2023 die GPK beauftragt, das Reglement für die Geschäftsprüfungskommission einer generellen Überprüfung zu unterziehen und dem Parlament das Ergebnis der Überprüfung mit allfälligen Anträgen für Reglementsänderungen zu unterbreiten. Das Parlament hat den Auftrag ausdrücklich auf das GPK-Reglement eingeschränkt und die Gemeindeordnung von der Überarbeitung ausgenommen¹.

2. Ziele der Revision

Das Ziel der Revision bestand darin, die von der GPK identifizierten Handlungsfelder sowie weitere Themen zu reflektieren und ergebnisoffen zu diskutieren. Dabei sollten keine unnötigen bzw. starren Regelungsvorgaben geschaffen werden. Der Gemeinderat und die Fraktionen wurden in den Revisions-Prozess eng einbezogen werden.

3. Vorgehen

Die GPK hat den Prozess mit einer rollenden Projektplanung gestaltet. Sie hat diese laufend überprüft und bei Bedarf angepasst. Sie ging wie folgt vor:

1	Auftrag Parlament	November 2022 – August 2023	21.8.2023 Beschluss Parlament
2	Revision Reglement	Oktober 2023 - xy	
	Reglementsentwurf 1. Lesung	GPK 8.1.2024	GPK
	Vernehmlassung Fraktionen und Gemeinderat	15.1. – 28.3.2024	Fraktionen und Gemeinderat
	Stellungnahme zu Eingaben der Vernehmlassung und Überarbeitung Reglement	Workshop 27.5.2024	GPK
	Reglementsentwurf 2. Lesung und Entwurf Parlamentsantrag	GPK 24.6.2024	GPK
	Stellungnahme GR zum Parlamentsantrag	15.8.2024	Gemeinderat
	Antrag finalisiert mit Regle-	GPK 9.9.2024	GPK

¹ Parlamentssitzung 28.8.2024, Beschluss zum Abänderungsantrag SVP
koeniz / 885962

	mentsentwurf		
3	Beschluss	4.11.2024	Parlament

4. Handlungsfelder

Im Folgenden wird aufgezeigt, wie die von der GPK definierten und vom Parlament am 28.8.2023 diskutierten Handlungsfeldern im vorliegenden Reglementsentswurf abgebildet werden.

4. 1. Inhaltliche Themen / Aufgaben und Zuständigkeiten der GPK

Geschäftsprüfung, Begutachtung von Parlamentsgeschäften

Ein Ziel der Überarbeitung war es, die beiden Kernaufgaben der GPK, also die Geschäftsprüfung und insbesondere die Aufgabe "Begutachtung von Parlamentsgeschäften" sowie die "Aufsichtstätigkeit" näher zu definieren. Im vorliegenden Entwurf wird der gesamte Geschäftsprüfungsprozess vom Prüfauftrag (Art. 10) bis zu den Grundlagen der Prüfung (Art. 11) inklusive der Bestimmungen zur Akteneinsicht umfassender und strukturierter abgebildet.

Pilot Hoch-/Tiefbau-Geschäfte

Die Möglichkeit der "begleitenden Aufsicht" bei Geschäften von grosser Tragweite im Rahmen von mehreren Lesungen wird im Reglementsentswurf in Art. 10 Abs. 4 abgebildet. Der Gemeinderat entscheidet im Einzelfall, ob er von dieser Möglichkeit Gebrauch machen will. Dies entspricht der bisherigen Praxis.

Verwaltungsaufsicht, Oberaufsicht / Aufsicht über dezentrale Verwaltungseinheiten / externe Leistungserbringer, welche im Auftrag der Gemeinde Aufgaben erfüllen

Die GPK hat sich mit der Frage beschäftigt, wie die Aufsichtstätigkeit der GPK im Reglement klarer umschrieben werden soll. Sie hat sich darauf verständigt, dass die Aufsichtspflicht der GPK gemäss Art. 39 der Gemeindeordnung zu verstehen ist und dass der exakte Wortlaut der Gemeindeordnung übernommen werden soll.

Im Reglementsentswurf wird der Umfang der Aufsichtstätigkeit (Art. 11) sowie die weiteren Möglichkeiten der GPK in Bezug auf Einsichtsrechte, Befragungen von Mitarbeitenden der Verwaltung und rechtliche Befugnisse der Kommission klar definiert (Art. 12).

Jahresbericht / Verwaltungsbericht

Inwiefern mit der bisherigen Art und Durchführung des Verwaltungsberichts eine effektive, sachgerechte Prüfung der Verwaltungstätigkeit erreicht werden kann, lässt der Reglementsentswurf bewusst offen. Eine allfällige Änderung der bisherigen Praxis liegt neu im Ermessen der GPK.

Akteneinsicht

Im vorliegenden Reglementsentswurf werden sämtliche Informationsmöglichkeiten, die der GPK im Rahmen der Geschäftsprüfung (Art. 11 Abs 3) oder für die Aufsichtstätigkeit (Art. 13 Abs. 1) zur Verfügung stehen, aufgelistet und Ausnahmen benennt.

Untersuchungen

Das aktuell gültige Reglement enthält keine zusammenhängende Regelung in Bezug auf das Vorgehen bei besonderen Untersuchungen bei Vorkommnissen von grosser Tragweite. Die GPK schlägt vor, diese Lücke mit dem Kapitel 5 (Besondere Untersuchungen, Art. 16 und 17) des vorliegenden Entwurfs zu schliessen. Gerade die Regelung, wer der GPK einen Auftrag erteilen kann, wie die Auftragserteilung an die GPK zu erfolgen hat und welche Rechte und

Möglichkeiten der GPK und Gemeinderat im Rahmen der Untersuchungen zur Verfügung stehen, schafft die nötige Klarheit.

Finanzkompetenz der GPK

In Art. 9 Abs. 2 des Reglementsentwurfs ist die Ausgabenzuständigkeit der GPK, die sich aus der Sachzuständigkeit für den Beizug von Externen ableitet, erstmals ausdrücklich festgehalten.

4.2. Organisatorische und strukturelle Themen

Mitgliederzahl

In Art. 3 des neuen GPK-Reglements wird die Mitgliederzahl sowie die Zusammensetzung der Kommission aus Gründen der Benutzerfreundlichkeit explizit festgehalten. Das Parlament hat am 28.8.2023 beschlossen, dass die Frage der Anzahl der Kommissionsmitglieder nicht Teil der Revision darstellen soll, bzw. eine damit verbundene Änderung der Gemeindeordnung nicht erwünscht ist. Mit Art. 3 Abs. 4 wird die Bestimmung ins Reglement aufgenommen, nach der eine GPK-Mitgliedschaft eine gleichzeitige Mitgliedschaft im Parlamentsbüro (Präsidium, Vizepräsidium) oder in der Finanzkommission ausschliesst. Darüber hinaus enthält der Reglementsentwurf erstmals eine Regelung betreffend die Amtsdauer und Amtszeitbeschränkung des Präsidiums (Art. 4 Abs. 4). In der Vernehmlassung standen drei Varianten zur Auswahl. Eine deutliche Mehrheit der Fraktionen (4 von 5) und der Gemeinderat sprachen sich für die Beibehaltung der bisherigen Regelung aus: max. eine Amtsdauer.

Ausschüsse

Sowohl das geltende Reglement als auch der Reglementsentwurf regelt nicht näher, wie sich die GPK für ihre Tätigkeiten zu organisieren hat. Gemäss Art. 5 des Entwurfs kann die GPK für Prüf- und Kontrolltätigkeiten entweder Ausschüsse bilden oder wie bisher, einzelne Mitglieder, also Referent:innen damit beauftragen, sich einem Geschäft oder einem Thema zu widmen.

Präsidium der GPK

Die Befugnisse des GPK-Präsidiums bleiben unverändert. Die GPK kann Instrumente und Abläufe festlegen und bei Bedarf Ausführungsbestimmungen erlassen (Art. 8).

GPK-Sitzungen, Teilnahme Parlamentspräsidium

Der Einsitz des Parlamentspräsidiums an den GPK-Sitzungen ist neu in Art. 22 – analog Reglement der Finanzkommission (gemäss Parlamentsbeschluss vom 17.1.2022) – klar geregelt.

Organisation und Geschäftsgang GPK

Die GPK kann sich bezüglich der Art und Weise, wie sie die Geschäftsprüfung und die Oberaufsicht wahrnimmt, weitgehend selbst organisieren. Wichtig dabei ist insbesondere die Einheitlichkeit der von ihr festgelegten Regeln. Diese müssen konsistent, kontinuierlich und vergleichbar sein. Die GPK kann dazu Ausführungsbestimmungen erlassen. Zur Frage in der Vernehmlassung, welche Mittel der Kommission zur Verfügung stehen, wenn ein Geschäft wesentliche sachliche Mängel aufweist, äusserte sich eine Mehrheit der Fraktionen (3 von 5) und der Gemeinderat für Variante 2 (Antrag an Parlament auf Verschiebung des Geschäfts). Eine Fraktion lehnte beide Varianten ab.

Unabhängigkeit des GPK-Sekretariats

Die Unabhängigkeit der Fachstelle und deren Antragsrecht ist grundsätzlich im Geschäftsreglements des Parlaments in Art. 19 Abs. 3 festgehalten. Das Recht der Fachstellenleitung wird im Reglementsentwurf (Art. 18 Abs. 2) und in den Erläuterungen präzisiert.

Kommissionsgeheimnis (neues Handlungsfeld)

Die Handhabung des Kommissionsgeheimnisses lehnt sich an Art. 11 Abs. 3 des kant. Informations- und Medienförderungsgesetz an und ist in Art. 7 des Reglementsentwurfs neu aufgenommen worden. Die Regelung wird in allen ständigen und nichtständigen Kommissionen sowie im Parlamentsbüro analog praktiziert.

5. Inkrafttreten

Das neue Reglement tritt am 1. Januar 2025 in Kraft.

6. Finanzen

Für die juristische Begleitung der Reglementsrevision hat die GPK Herrn Jürg Wichtermann, Recht & Governance, als externe Fachperson beigezogen. Die GPK hat einen Kredit von CHF 17'000 als Kostendach bewilligt.

7. Vernehmlassung 15.1. – 28.3.2024

Die GPK hat am 8.1.2024 eine erste Version des Reglementsentwurfs verabschiedet und die Fraktionen sowie den Gemeinderat zur Stellungnahme eingeladen. Eine Übersicht über die einzelnen Eingaben findet sich in der Beilage 3. Die GPK hat die Eingaben in einem Workshop einzeln diskutiert und ihren Standpunkt dazu beschlossen (Beilage 4).

8. Einbezug und Stellungnahme Gemeinderat

Da sich der Gemeinderat zur geplanten Reglementsrevision von Anfang an kritisch geäußert hat, lud die GPK ihn ein, eine Vertretung in die vorbereitende Projektgruppe zu delegieren. Der Gemeinderat verzichtete auf dieses Angebot.

Die GPK hat den Gemeinderat in der Vernehmlassung zum Reglementsentwurf (vgl. Kapitel 7) zur Stellungnahme eingeladen. Der Gemeinderat hat davon Gebrauch gemacht und seine Stellungnahme den Fraktionen vor Ablauf der Vernehmlassungsfrist zukommen lassen.

Zur finalen Vorlage hat sich der Gemeinderat am 15.8.2024 nochmals eingebracht (Beilage 5). Die Replik zur Stellungnahme des Gemeinderats hat die Geschäftsprüfungskommission am 9.9.2024 verabschiedet (Beilage 6).

9. Antrag

Die Geschäftsprüfungskommission beantragt dem Parlament, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Das Parlament stimmt dem Entwurf des Reglements für die Geschäftsprüfungskommission zu.
2. Das Parlament stimmt der Änderung des Geschäftsreglements des Parlaments gemäss Entwurf zu.
3. Das Reglement für die Geschäftsprüfungskommission und die Änderung des Geschäftsreglements treten am 1.1.2025 in Kraft.

Köniz, 9.9.2024

Die Geschäftsprüfungskommission

Beilagen

- 1) Parlamentsbeschluss vom 28.8.2023 (Auftrag an GPK)
- 2) Entwurf Reglement für die Geschäftsprüfungskommission und Entwurf Änderung des Geschäftsreglements des Parlaments
- 3) Vernehmlassung: Übersicht Eingaben der Fraktionen und des Gemeinderats
- 4) Vernehmlassung: Stellungnahme GPK zu den Eingaben
- 5) Stellungnahme Gemeinderat vom 15.8.2024
- 6) Replik der GPK auf Stellungnahme GR vom 9.9.2024



Parlamentssitzung Nr. 9 vom 28.08.2023

Protokollauszug

Reglement für die Geschäftsprüfungskommission, Auftrag Überarbeitung

Beschluss; Geschäftsprüfungskommission

1. Ausgangslage

Die Geschäftsprüfungskommission ist eine ständige Kommission des Parlaments. Sie wird durch das Parlament gewählt¹. Die Kommission besteht aus sieben Mitgliedern. Ihre Kernaufgaben sind in der Gemeindeordnung wie folgt beschrieben²:

- a. begutachtet die vom Parlament zu behandelnden Geschäfte, sofern nicht besondere Kommissionen eingesetzt werden;
- b. beschliesst in allen Prozessen mit einem Streitwert über 1 Million Franken über den Verzicht auf die Ergreifung eines Rechtsmittels und über einen Vergleich;
- c. übt die Aufsicht über die Verwaltung aus.

Das Parlament hat am 18.8.2008 ein Reglement für die Geschäftsprüfungskommission erlassen. Dieses regelt die Organisation und den Geschäftsgang der GPK, sofern diese nicht bereits in der Gemeindeordnung und im Geschäftsreglement geregelt sind.

2. Handlungsbedarf der generellen Überarbeitung des GPK-Reglements

Die Rolle der GPK hat sich seit der Inkraftsetzung der Reglementsgrundlagen weiterentwickelt. Die Aufgaben der Kommission sind heute umfangreicher und anspruchsvoller. Die Tätigkeit der GPK soll deshalb reflektiert und bei Bedarf in den Reglementen auf die aktuellen und zukünftigen Anforderungen und Bedürfnisse abgestimmt und abgebildet werden.

Das Parlament beschliesst über den von der GPK im Reglementsentwurf definierten Bedarf abschliessend.

2.1 Gemeindeordnung als Vorgabe für das GPK-Reglement

Die Gemeindeordnung macht klare und abschliessende Vorgaben bezüglich der Aufgaben und Mitgliederzahl der GPK. Die Aufgabenbereiche sind relativ vage bezeichnet. Insbesondere wird nicht definiert, was unter der Aufgabe "Aufsicht über die Verwaltung" im Einzelnen zu verstehen ist. Auch kann die "Begutachtung von Parlamentsgeschäften" sehr unterschiedlich gehandhabt werden. Die Offenheit der Aufgabenbezeichnung ermöglicht es dem Parlament, auf Stufe eines Reglements, die Aufgaben näher zu umschreiben.

Die gegenwärtige Mitgliederzahl (7) soll im Rahmen der Überarbeitung diskutiert werden und gehört damit zum Auftrag des Projekts.

2.2 Aufsichtstätigkeit der GPK

Im Rahmen der Aufsichtstätigkeit einer parlamentarischen Aufsichtsbehörde wird im Allgemeinen unterschieden zwischen vorlaufender, begleitender und nachträglicher Aufsicht.

¹ Art. 41 GO

² Art. 54 GO

Das GPK-Reglement bildet diese unterschiedlichen Aspekte der Geschäftsprüfung bzw. der Aufsicht nur teilweise und jedenfalls nicht strukturiert ab. Im Rahmen der Überarbeitung des Reglements besteht die Möglichkeit, die Struktur des Reglements bzw. der Tätigkeiten der GPK klarer nachzuzeichnen. Vorgängig sind allerdings die einzelnen Aufgaben und Tätigkeiten der GPK zu diskutieren und allenfalls bedarfsgerecht zu definieren.

2.3 Konkrete Handlungsfelder mit möglichem Anpassungsbedarf

Die folgende Auflistung zeigt auf, welche Themen im Verlauf der Überarbeitungsarbeiten zu diskutieren sind. Die Diskussionen sollen ergebnisoffen gestaltet werden, d.h. als Resultat kann sich auch ergeben, dass gewisse Themen/Handlungsfelder nicht weiter bearbeitet werden. Die Auflistung ist aber auch nicht abschliessend zu verstehen. Sollte sich im Verlauf der Arbeiten weiterer Anpassungsbedarf ergeben, so soll die Möglichkeit bestehen, diese Themen ebenfalls einzubeziehen und dem Parlament entsprechende Vorschläge zu unterbreiten.

a. Inhaltliche Themen / Aufgaben und Zuständigkeiten der GPK

Geschäftsprüfung / Begutachtung von Parlamentsgeschäften

Entspricht die Art und die Durchführung der Prüfung den Bedürfnissen des Parlaments? Gewährleistet sie eine sach- und zeitgerechte, qualitativ angemessene und effiziente Berichterstattung? Besteht Bedarf nach Anpassungen in formeller oder inhaltlicher Sicht? Ist der heutige Geschäftsprüfungsprozess im Reglement richtig abgebildet?

Pilot Hoch-/Tiefbau-Geschäfte: Ergebnisse auswerten und integrieren

Der laufende Pilot betreffend die Begleitung von Hoch- und Tiefbaugeschäften ist zu berücksichtigen. Bewährt sich diese Art der begleitenden Aufsicht? Gibt es Alternativen, die zu bevorzugen wären (Spezialkommissionen, Zuständigkeit der GPK)? Soll dieser Mechanismus allenfalls auf weitere Direktionen ausgedehnt werden?

Jahresbericht / Verwaltungsbericht / Legislaturplanung

Kann mit der bisherigen Art und Durchführung der Prüfung des Verwaltungsberichts eine sachgerechte Prüfung der Verwaltungstätigkeit erreicht werden? Braucht es Anpassungen? Was ist das Ziel dieser «Geschäftsprüfung»? Ist der Prüfprozess im Reglement richtig abgebildet?

Verwaltungsaufsicht / Oberaufsicht

Ein Teil der regelmässigen (nicht auf spezifische Geschäfte bezogenen) Aufsicht über die Verwaltung erfolgt bisher in der Form der Verwaltungsbesuche. Erfüllen diese Besuche den Zweck und das Ziel der Aufsicht? Was ist das Ziel dieser Besuche? Information? Vertrauensbildung? Kontrolle der Verwaltungstätigkeit? Wie soll die Berichterstattung über diesen Teil der Aufsicht erfolgen? Abbildung im Reglement?

Grundsätzlich zu diskutieren bzw. klarzustellen ist, ob und wie weit die Aufsicht der GPK auch die Exekutive erfasst. Der Gemeinderat als Führungsgremium der Verwaltung ist eng in den Gang der Verwaltungstätigkeit involviert und sollte damit von der Sache her ebenfalls von der Aufsicht erfasst werden. Das GPK-Reglement äussert sich dazu bisher nicht.

Aufsicht über dezentrale Verwaltungseinheiten / externe Leistungserbringer, welche im Auftrag der Gemeinde Aufgaben erfüllen

Die Prüftätigkeit der GPK beschränkt sich – jedenfalls gemäss Reglement – auf die Zentralverwaltung bzw. die Verwaltungseinheiten. Es stellt sich die Frage, ob die Tätigkeit auf dezentrale Organisationseinheiten und externe Leistungserbringer ausgedehnt bzw. ausdrücklich festgehalten werden soll. Diese Frage ist zu diskutieren, oder aber tendenziell abzugrenzen. Die Auf-

sicht fokussiert auf die Exekutive und die Verwaltung und deren Umgang mit Externen, die mit der Erfüllung von Gemeindeaufgaben betraut sind, nicht aber direkt auf Externe.

Untersuchungen

Das aktuelle GPK-Reglement enthält keine (zusammenhängende) Regelung für Untersuchungen, welche die GPK bei bestimmten Vorkommnissen macht. Bei Bedarf kann das Reglement mit einem entsprechenden Kapitel ergänzt werden (Wann werden Untersuchungen gemacht? Wie arbeitet die GPK als Untersuchungskommission? etc.).

Akteneinsicht

Gemäss Artikel 28 des Geschäftsreglements des Parlaments sind die Kommissionsmitglieder berechtigt, alle amtlichen Akten bei den zuständigen Verwaltungsabteilungen einzusehen, *so weit nicht überwiegende öffentliche oder private Interessen entgegenstehen*. Gemäss Artikel 9 des GPK-Reglements kann die GPK sämtliche Akten zur Einsichtnahme verlangen, die sie zur Wahrnehmung ihrer Prüfungs- und Aufsichtstätigkeit benötigt – also unter Umständen auch solche, die als geheim qualifiziert werden müssten. Das Einsichtsrecht der GPK scheint weiterzugehen als jenes der übrigen Kommissionen – was sachlich an sich gerechtfertigt ist. In der bisherigen Praxis geht Artikel 9 des GPK-Reglements dem Artikel 28 des Geschäftsreglements vor. Braucht es eine Klarstellung, dass hier kein Widerspruch besteht, sondern eine gewollte Ausnahme vom Grundsatz im Geschäftsreglement?

Finanzkompetenz der GPK

Die GPK verfügt aktuell nicht über eine ausdrückliche Finanzkompetenz; ihre Zuständigkeit für Ausgabenbeschlüsse wird bisher aus einer Sachzuständigkeit für den Beizug von Externen abgeleitet. Bei Gelegenheit der Reglementsrevision ist die Ausgabenzuständigkeit der GPK explizit zu definieren.

b. Organisatorische und strukturelle Themen

Mitgliederzahl

Kann die GPK ihre Aufgaben mit sieben Mitgliedern effizient und wirksam erfüllen? Ist die Belastung für die Mitglieder tragbar? Braucht es die Möglichkeit der Bildung von Ausschüssen? Gestaffelte Zuständigkeiten? Zusätzliche Mitglieder? Je nachdem Anpassung GO und/oder GPK-Reglement.

Ausschüsse

Aufgrund von Artikel 65 Absatz 3 GO besteht für das Parlament recht grosse Freiheit, wie es die Arbeitsweise der GPK regeln will. Die GO gibt nur die Gesamtzahl der Mitglieder vor. Die Arbeitsweise dieser sieben Mitglieder kann aber beliebig strukturiert werden. Das aktuelle Reglement sieht insbesondere vor, dass Referentinnen und Referenten bestimmt und diesen Personen bestimmte Aufgaben zugewiesen werden; zudem kann diese Referentenorganisation bei Bedarf auch erweitert werden (Art. 5). Es ist zu überprüfen, ob diese Arbeitsweise den Bedürfnissen der GPK bzw. des Parlaments noch entspricht. Braucht es allenfalls eine Anpassung? Bildung bestimmter Ausschüsse oder zumindest die Kompetenz, Ausschüsse für bestimmte Tätigkeiten zu bilden?

Präsidium der GPK

Die Befugnisse des GPK-Präsidiums sind zu überprüfen und allenfalls anzupassen (z.B. Möglichkeit, Vorgespräche zu führen; Kommunikation etc.).

GPK-Sitzungen, Teilnahme Parlamentspräsidium

Der Einsitz des Parlamentspräsidiums an den Kommissionssitzungen ist analog der Finanzkommission zu regeln. (Parlamentsbeschluss 17.1.2022: Das Parlamentspräsidium nimmt an den Sitzungen teil und ist bei den Abstimmungen anwesend)

Organisation und Geschäftsgang der GPK

Wie sich die GPK intern organisiert und wie sie ihre Arbeit strukturiert, welche Prozesse sie vorsieht etc., ist von der GO nicht vorgegeben. In diesem Bereich besteht für das Parlament grosse Gestaltungsfreiheit. Das Reglement enthält heute gewisse Regeln dazu. Es ist zu prüfen, ob diese in der Praxis als angemessen und genügend erachtet werden und ob die Praxis im Reglement richtig abgebildet ist.

Gemäss Artikel 8 des Reglements kann die GPK dem Parlament die Verschiebung der Beratung eines Geschäfts beantragen. Macht dies Sinn bzw. kann das Parlament überhaupt einer Verschiebung widersprechen, wenn die GPK keine Zeit hatte, das Geschäft vorzubereiten?

Das Reglement ist auf mögliche weitere Unebenheiten zu überprüfen; allenfalls sind auch Abläufe im Reglement abzubilden, die heute in der Praxis gelebt werden und sich bewährt haben.

Unabhängigkeit des GPK-Sekretariats

Die Unabhängigkeit des GPK-Sekretariats gegenüber der dem Gemeinderat unterstellten Verwaltung ist im Reglement ausdrücklich abzubilden. Zudem ist bei Bedarf auch das Zusammenwirken von Parlament, Büro und GPK zu beschreiben (Art. 19 und 26 des Geschäftsreglements)

3. Abgrenzungen

a) Parlamentarische Initiativen

Die Erarbeitung von Vorlagen und Geschäften, die mit parlamentarischen Initiativen angestossen werden, wird gemäss Artikel 64h Absatz 1 Geschäftsreglement «an eine Kommission oder an das Parlamentsbüro» zur Ausarbeitung zugewiesen. Diese Kommission wird wohl nicht selten die GPK sein, da das Parlament – ausser der Finanzkommission – über keine weiteren ständigen Kommissionen verfügt. Diesem Umstand könnte im GPK-Reglement Rechnung getragen werden, wobei der Regelungsbedarf voraussichtlich nicht gross wäre, da das Verfahren der parlamentarischen Initiative recht umfassend im Geschäftsreglement geordnet ist. Eigentlicher Handlungsbedarf besteht hier folglich nicht.

Sofern Artikel 54 GO angepasst wird, wäre allenfalls die Zuständigkeit der GPK für die Bearbeitung von parlamentarischen Initiativen als Aufgabe der GPK aufzunehmen.

b) Whistleblowing

Die Vorlage für die Einführung einer Whistleblowingstelle wird vom Gemeinderat vorbereitet, da dieser vom Parlament damit beauftragt worden ist. Im Rahmen der vorliegenden Arbeiten ist deshalb diesbezüglich nichts vorzubereiten. Sofern die Whistleblowing-Vorlage zeitlich mit der Revision des GPK-Reglements koordiniert werden kann, können bei Bedarf allfällige Bestimmungen über die Rolle der GPK in diesem Thema gleich in die Revisionsvorlage aufgenommen werden; falls die beiden Geschäfte zeitlich auseinanderfallen, kann das GPK-Reglement ohne weiteres auch später ergänzt werden.

4. Projektplan

Die GPK hat die Ziele und das Vorgehen in einer Projektplanung definiert. Dabei ist geplant, dass der Reglementsentwurf dem Parlament spätestens im Frühjahr 2024 unterbreitet wird. Der Gemeinderat kann eine Vertretung in das vorbereitende Team (GPK-Präsidium und Vizepräsidium, Fachstelle Parlament und externe Fachperson) delegieren.

5. Finanzen

Für die juristische Begleitung der Reglementsrevision zieht die GPK eine externe Fachperson bei. Das Kostendach für diesen Auftrag beträgt CHF 17'000.

Stellungnahme Gemeinderat

Der Gemeinderat nimmt zum Antrag der Geschäftsprüfungskommission Stellung (Beilage).

Antrag

Die Geschäftsprüfungskommission beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Das Parlament beauftragt die GPK mit einer generellen Überprüfung des Reglements für die Geschäftsprüfungskommission inkl. der entsprechenden Artikel in der Gemeindeordnung.
2. Die Kommission wird beauftragt, dem Parlament das Ergebnis der Überprüfung mit allfälligen Anträgen für Reglementsänderungen zu unterbreiten.

Köniz, 24.4.2023

Geschäftsprüfungskommission

Beilagen

- 1) Stellungnahme Gemeinderat vom 31.5.2023
- 2) Antwort der GPK auf die Stellungnahme des Gemeinderats

Beschluss Abänderungsantrag SVP

Das Parlament stimmt folgenden Abänderungsantrag zu Ziffer 1 des Gemeinderatsantrags zu:
Das Parlament beauftragt die GPK mit einer generellen Überprüfung des Reglements für die Geschäftsprüfungskommission ~~inkl. der entsprechenden Artikel in der Gemeindeordnung.~~
(Abstimmungsergebnis: 18 gegen 17 Stimmen)

Beschluss

1. Das Parlament beauftragt die GPK mit einer generellen Überprüfung des Reglements für die Geschäftsprüfungskommission
(Abstimmungsergebnis: Mehrheit offensichtlich)
2. Die Kommission wird beauftragt, dem Parlament das Ergebnis der Überprüfung mit allfälligen Anträgen für Reglementsänderungen zu unterbreiten.
(Abstimmungsergebnis: einstimmig)

Verena Remund
Leiterin Fachstelle Parlament



Geschäftsprüfungskommission des Parlaments Köniz
Fachstelle Parlament
Landorfstrasse 1
3098 Köniz

Zuständige Verwaltungsstelle:
Stabsabteilung und FS Recht

Köniz, 31. Mai 2023

Entwurf Parlamentsantrag der GPK "Reglement für die Geschäftsprüfungskommission, Auftrag Überarbeitung" - Stellungnahme des Gemeinderats z.H. der GPK

Sehr geehrte Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission

Der Gemeinderat dankt für die Einladung zur Stellungnahme zum Entwurf des Parlamentsantrags der GPK "Reglement für die Geschäftsprüfungskommission, Auftrag Überarbeitung". Der Gemeinderat nimmt wie folgt Stellung:

Reglementierungsbedarf und grundsätzliche Bemerkungen

Die Geschäftsprüfungskommission beschreibt eine Entwicklung ihrer Rolle und eine Zunahme ihrer Aufgaben in Sachen Umfang und Schwierigkeit.

Der Gemeinderat hat keine Einwände dagegen, dass Aufgaben, Tätigkeiten und Abläufe der GPK untersucht, überprüft und allenfalls anders geregelt werden. Es fragt sich, ob es sinnvoll ist, die Arbeiten in der im Auftrag beschriebenen Breite vorantreiben zu wollen und ob effektiv ein Handlungsbedarf für eine derart grundlegende Überprüfung besteht. Nach Ansicht des Gemeinderats könnten viele der aufgeführten Punkte mittels Anpassung von Abläufen und Prozessen in der konkreten Zusammenarbeit optimiert und geklärt werden (z.B. Prüfung des Verwaltungsberichts und Vorbereitung und Ablauf der Verwaltungsbesuche). Der Gemeinderat regt deshalb an, bei der Bearbeitung des Reglements genügend Spielräume zu lassen, namentlich bei den Einzelheiten der Abläufe wäre eine zu starre Reglementierung eher nachteilig. Hier sollte Raum dafür bestehen, die Details im Austausch pragmatisch festzulegen, auch aus verwaltungsökonomischen Gründen. In dem Sinn hält der Gemeinderat fest, dass eine ausführlichere Reglementierung nicht die einzige Lösung sein sollte. Ebenso wichtig ist die dauernde Pflege der Zusammenarbeitskultur.

Als weitere grundsätzliche Bemerkung ist dem Gemeinderat aufgefallen, dass sich die GPK bei der Formulierung des Antrags stark auf ihre Aufgabe der "Aufsicht über die Verwaltung" fokussiert. Einige Ausführungen zu den Beweggründen im Kapitel "Ausgangslage", weshalb die GPK hier einen besonderen Handlungsbedarf sieht, wären für ein besseres Verständnis der Vorlage hilfreich.

Zuständigkeiten

Dem Gemeinderat ist es wichtig, dass die bestehenden Bestimmungen und die bisherige Köni-zer Praxis betreffend Gewaltenteilung zwischen Parlament und seine Kommissionen gegenüber dem Gemeinderat und der Verwaltung beachtet werden. Hierzu einige Bemerkungen zu den Zuständigkeiten:

Die Zuständigkeit für eine Änderung der Gemeindeordnung liegt bei den Stimmberechtigten. Die Zuständigkeit für eine Änderung des Geschäftsreglements des Parlaments (GRP) liegt beim Parlament.

Geschäfte des Parlaments werden grundsätzlich von Gemeinderat und Verwaltung vorbereitet. Sind sie fertig, so legt der Gemeinderat das Geschäft dem Parlament vor (Art. 30 GRP). Dies ist die Regel. Eine Ausnahme ist in Artikel 15 Absatz 2 Buchstabe g GRP vorgesehen: Das Parlamentsbüro ist zuständig für «die Antragstellung an das Parlament zu Angelegenheiten und Rechtsgrundlagen, die den Parlamentsbetrieb betreffen, namentlich zum Geschäftsreglement des Parlaments.» Es ist dem Gemeinderat bewusst, dass auch die Kommissionen dem Parlament Antrag stellen können (Art. 30 GRP; wozu genau ist dort allerdings nicht definiert) und dass seit der Einführung der parlamentarischen Initiative auch das Parlament selbst Rechtsetzungsprojekte auslösen und durchführen kann.

Dem Gemeinderat ist der Hinweis wichtig, dass das Vorhaben der GPK von der bisherigen Praxis der erwähnten Bestimmungen abweicht. Nach der bisherigen Handhabung gingen Anträge zu Reglementsänderungen vom Parlamentsbüro aus und beschränkten sich auf den eigentlichen Parlamentsbetrieb. Anders beim vorliegenden Geschäft: Hier beabsichtigt die Geschäftsprüfungskommission, in eigener Federführung ihre Grösse, ihre Aufgaben, ihre Organisation und ihre Arbeitsweise zu überprüfen. Der im Parlamentsantrag umschriebene Auftrag umfasst nicht nur den Parlamentsbetrieb, es soll auch überprüft werden, ob die GPK zusätzliche Aufgaben übernehmen soll (z.B. Aufsicht über externe Leistungserbringer). Der Gemeinderat ist aufgrund der bisherigen Diskussionen davon ausgegangen, dass die Aufgaben der GPK unverändert bleiben sollen.

Vorgaben in der Gemeindeordnung

Im Entwurf des PARA wird gesagt, die Aufgabenbereiche der GPK seien in der GO relativ vage bezeichnet, namentlich die «Aufsicht über die Verwaltung». Der Gemeinderat hat keine Einwände dagegen, wenn die GPK dieses Thema bearbeitet. Er weist aber darauf hin, dass auf Stufe Verfassung knappe Wortlaute üblich sind. Was das Thema Aufsicht angeht, sind die Wortlaute in der Bundesverfassung (Art. 169) und in der Kantonsverfassung (Art. 78) nicht detaillierter oder präziser. Auf dieser Normstufe wäre ein hoher Detaillierungsgrad eher nachteilig.

Aufgabenprogramm (PARA Ziff. 2.3, Handlungsfelder)

Nach Ansicht des Gemeinderats sind die skizzierten Handlungsfelder interessant, aber vom Umfang her beträchtlich. Gezielte Anpassungen bei konkretem Handlungsbedarf sowie die Festlegung der gelebten Praxis (z.B. Teilnahme Parlamentspräsidium an GPK Sitzungen) oder die Klärung von möglichen Widersprüchen (z.B. Akteneinsicht) scheinen dem Gemeinderat sinnvoll und angemessen.

Es fragt sich, ob es sinnvoll ist, die Arbeiten in dieser Breite vorantreiben zu wollen und ob effektiv ein Handlungsbedarf für eine derart grundlegende Überprüfung besteht. Zudem hat der Gemeinderat, wie bereits oben ausgeführt, gewisse Vorbehalte, wenn die GPK die Übernahme von zusätzlichen Aufgaben aufnehmen möchte (z.B. Aufsicht über dezentrale Verwaltungseinheiten/externe Leistungserbringer, Ausbau eine "begleitenden Aufsicht" gemäss dem Pilot Hoch- und Tiefbauprojekte auf alle Direktionen). Zudem sollte berücksichtigt werden, dass zusätzliche Aufgaben immer auch zusätzliche Ressourcen zur Folge haben (v.a. seitens der GPK selbst, aber auch seitens FS Parlament, Gemeinderat und Verwaltung).

Finanzkompetenz der GPK (PARA S. 3 Mitte)

Die Finanzkompetenzen sind in der Gemeindeordnung geregelt. Der Gemeinderat kann nicht beurteilen, was im Parlamentsantrag mit «ausdrücklicher Finanzkompetenz» gemeint ist. Jedenfalls müsste hier die Gemeindeordnung eingehalten werden. Der Gemeinderat sieht eigentlich keinen Handlungsbedarf - bisher standen dem Parlament gewisse Konti im Budget zur Verfügung, und allfällige Nachkredite (für grössere externe Aufträge) können auf dem ordentlichen Weg eingegeben werden. Dass es dabei grössere Schwierigkeiten gegeben hätte, wäre dem Gemeinderat nicht bekannt.

Mitgliederzahl GPK

Die Mitgliederzahl der GPK ist in der Gemeindeordnung festgelegt (Art. 54). Hier stellt sich dem Gemeinderat die Frage, ob eine separate Volksabstimmung hierfür angemessen ist. Will man die Gemeindeordnung ändern, stellt sich zudem die Frage, wer ein solches Geschäft erarbeiten würde, geht dies doch über das Thema Parlamentsbetrieb hinaus (wir weisen auf unsere Bemerkungen unter dem Kapitel Zuständigkeiten hin).

Einbezug Gemeinderat bei der weiteren Erarbeitung der Reglementsänderung

Namentlich das Thema Aufsicht betrifft Gemeinderat und Verwaltung stark. Aus diesem Grund fordert der Gemeinderat im angedachten Projekt einen regelmässigen Einbezug. Insbesondere möchte der Gemeinderat sich zu den einzelnen Themen auch vor dem externen Experten äussern können, der die GPK in diesem Vorhaben unterstützt. Somit kann auch der Standpunkt von Gemeinderat und Verwaltung eingebracht werden, was nach Ansicht des Gemeinderats der Qualität des Resultats nur dienlich sein kann.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Gemeinderats

Tanja Bauer
Gemeindepräsidentin

Pascal Arnold
Gemeindeschreiber



GPK-Reglement, Antwort Geschäftsprüfungskommission auf Stellungnahme Gemeinderat

Der Gemeinderat hat mit Schreiben vom 31.5.2023 zum Parlamentsantrag Stellung genommen (Beilage 1). Die GPK äussert sich zum Schreiben wie folgt:

Reglementierungsbedarf und grundsätzliche Bemerkungen

Der Gemeinderat fragt sich, ob es sinnvoll sei, die Arbeiten in der im Auftrag beschriebenen Breite vorantreiben zu wollen. Die GPK hat die Handlungsfelder durchaus bewusst, vor allem aber auch ergebnisoffen definiert. Wenn schon das Reglement der GPK «angerührt» wird, sollten keine Themen im Vorherein ausgeschlossen werden. Das heisst nicht, dass zwingend auch Änderungen vorgenommen werden müssen. Falls es sich zeigt, dass sich das Bisherige bewährt hat, kann dieses weitergeführt werden. Eine Diskussion über die festgelegten Handlungsfelder, allenfalls der gebotenen Kürze, scheint aber durchaus legitim.

Der Gemeinderat regt an, bei der Bearbeitung des Reglements genügend Spielräume zu lassen, um keine zu starre Reglementierung zu schaffen, die in der Praxis nachteilig sein könnte. Dieser Hinweis ist sicher angebracht und sinnvoll. Nach der inhaltlichen Diskussion der Handlungsfelder ist sorgfältig zu klären, wie (bzw. wie detailliert) eine allfällige Umsetzung im Reglement erfolgen soll, die ausreichend Flexibilität für künftige Entwicklungen zulässt. Unbestritten ist, dass neben einer sachgerechten Reglementierung auch die Zusammenarbeitskultur zwischen Legislative und Exekutive von ganz entscheidender Bedeutung ist; die (Vor-)Arbeiten am GPK-Reglement haben dies nie in Zweifel gezogen.

Dem Gemeinderat ist weiter aufgefallen, dass der Antrag der GPK stark auf ihre Aufgabe der Aufsicht über die Verwaltung fokussiert. Dieser Eindruck mag daher rühren, dass die GPK in diesem Bereich tatsächlich einen grösseren Diskussions- und Präzisierungsbedarf festgestellt hat. Damit sollen aber der Aufgabenkatalog und die entsprechenden Schwerpunkte der GPK-Tätigkeit nicht grundsätzlich in Frage gestellt oder ausgeweitet werden. Es geht in erster Linie um eine Profilschärfung der parlamentarischen Aufsicht.

Zuständigkeiten

Der Gemeinderat weist auf den Grundsatz der Gewaltenteilung zwischen Parlament und Exekutive hin. Es ist richtig, dass dieser Grundsatz im Rahmen der anstehenden Arbeiten zu beachten sein wird. Es ist auch nicht die Absicht, dass sich das Parlament bzw. die GPK als parlamentarische Kommission Aufgaben oder Zuständigkeiten anmassen möchte, welche die Abgrenzung zwischen parlamentarischer und exekutiver Zuständigkeit verletzen würde.

Das GPK-Reglement regelt nicht den Parlamentsbetrieb im engeren Sinn, wohl aber die Tätigkeit und die Arbeitsweise einer parlamentarischen Behörde und damit einen Teil der Parlamentsarbeit. Es scheint deshalb naheliegend, dass nicht nur für das Geschäftsreglement des Parlaments selbst, sondern auch für andere Reglemente, welche die Parlamentsarbeit regeln, eine direkte Antragstellung an das Parlament gewählt wird (Art. 15 GRP beschränkt sich auch nicht bloss auf das GRP selbst). Dass dies – wie vorliegend geschehen – unter Einbezug des Gemeinderats und unter Berücksichtigung seiner Anliegen und Vorbehalte erfolgen soll, ist zwingend, aber im Sinne einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit auch selbstverständlich.

Es ist richtig, dass im Rahmen der Überarbeitung des GPK-Reglements auch die Aufgaben der GPK überprüft und allenfalls angepasst werden sollen. Dies jedoch immer unter Beachtung der Funktion der GPK als einem parlamentarischen Instrument. Zu den parlamentarischen Aufgaben gehört grundsätzlich die (Ober-)Aufsicht über den Gemeinderat, die Verwaltung und – indirekt – auch über externe Leistungserbringer.

Es entsprach allerdings bereits bei der Vorbesprechung des Auftrags zur Überarbeitung des GPK-Reglements einem allgemeinen Verständnis, dass es nicht darum gehen kann, dass die GPK externe Leistungserbringer selbst und direkt beaufsichtigt. Vielmehr soll sich die parlamentarische Kontrolltätigkeit grundsätzlich auf die Frage beschränken, wie der Gemeinderat und die Verwaltung mit externen Leistungserbringern umgehen.

Vorgaben der Gemeindeordnung

Die GPK pflichtet dem Hinweis des Gemeinderats bei, wonach auf Stufe Verfassung (bzw. hier auf Stufe Gemeindeordnung) knappe Beschreibungen üblich sind. Die GPK geht denn auch nicht davon aus, dass in der GO Aufsichtsfragen detailliert geklärt werden sollen. Vielmehr wird zu diskutieren sein, ob (und vor allem wie) auf Reglementsebene die Aufsichtstätigkeit der GPK präzisiert werden soll.

Aufgabenprogramm

Die Frage des Gemeinderats, ob es sinnvoll sei, die definierten Handlungsfelder in der beschriebenen Breite zu bearbeiten, darf durchaus gestellt werden. Die GPK hat sie mit Bedacht bejaht. Sie hat festgestellt, dass in gewissen Bereichen offensichtlich Handlungsbedarf besteht. Wenn aber das GPK-Reglement bearbeitet wird, macht es durchaus Sinn, auch Fragen zu diskutieren, welche möglicherweise weniger dringende Antworten verlangen, die aber bei dieser Gelegenheit sachgerechterweise und aus Synergiegründen ebenfalls angegangen werden. Einerseits kann so das «Gesamtbild» GPK überprüft werden – wobei sich gewisse bestehende Regelungen durchaus als richtig erweisen können. Andererseits würde es wenig Sinn machen, heute eine «Teilrevision» an die Hand zu nehmen und dabei gewisse Themen nicht anzurühren, obwohl sie eine nähere Betrachtung wert sind.

Die GPK nimmt den Hinweis des Gemeinderats ernst, wonach Neuerungen unter Umständen auch mit einem höheren Ressourcenbedarf verbunden sind. Falls sich abzeichnen sollte, dass tatsächlich mehr Mittel benötigt würden, so wird politisch abzuwägen sein, ob die allenfalls geplanten Neuerungen den entsprechenden zusätzlichen Ressourcenbedarf rechtfertigen.

Finanzkompetenz der GPK

Die GPK stimmt dem Gemeinderat zu, dass in der Bearbeitung dieser Frage zu beachten sein wird, dass die Finanzkompetenzen grundsätzlich in der Gemeindeordnung geregelt sind.

Mitgliederzahl GPK

Es ist richtig, dass die Mitgliederzahl der GPK in der GO geregelt ist und dass eine Änderung der Mitgliederzahl entsprechend eine Volksabstimmung voraussetzen würde. Beim Festlegen der Handlungsfelder war dieser Umstand bekannt. Die GPK geht aber davon aus, dass die Tatsache, dass für gewisse Änderungen eine Anpassung der GO nötig sein könnte, kein Grund sein darf, das entsprechende Thema nicht zu bearbeiten. Sofern sich der Bedarf für eine GO-Änderung erhärten sollte, kann immer noch geprüft werden, wie diese möglichst «effizient» (z.B. mit anderen GO-Änderungen) umgesetzt werden kann.

Einbezug Gemeinderat bei der weiteren Erarbeitung der Reglementsänderung

Der Gemeinderat fordert einen regelmässigen Einbezug in die weitere Erarbeitung der GPK-Reglementsüberprüfung. Dagegen ist nichts einzuwenden bzw. davon ist bei der Vorbereitung des Geschäfts ausgegangen worden. Es ist sinnvoll, den Standpunkt von Gemeinderat und Verwaltung bereits während der Erarbeitung laufend einbringen zu können. Es ist auch das Anliegen des Projekts, dass letztlich Lösungen, Verfahren und Regelungen geschaffen werden, welche einerseits den Bedürfnissen einer effizienten, wirkungsvollen und sachlich klar abge-Geschäftsprüfungskommission 12.6.2023

grenzten GPK-Arbeit gerecht werden, gleichzeitig aber die Rolle der Exekutive und der Verwaltung respektieren. Es ist deshalb zu begrüßen, wenn die Arbeiten im Rahmen eines laufenden, vertrauensvollen Austausches stattfinden können.

Reglement für die Geschäftsprüfungskommission (GPK)

Vorbemerkungen

Der Entwurf für ein totalrevidiertes GPK-Reglement versucht, einen Erlass zu schaffen, der die für die GPK wichtigen Bestimmungen in einem Reglement weitgehend zusammenfasst. Das GPK-Reglement wird in erster Linie von Parlamentarierinnen und Parlamentariern für ihre Kommissionsarbeit benützt. Ihnen soll ein Arbeitsmittel zur Verfügung stehen, das die gängigen Fragen beantworten kann. Damit dieses Ziel erreicht werden kann, werden gewisse Bestimmungen aus anderen Reglementen, die für die GPK von Bedeutung sind, im vorliegenden Erlass wiederholt. Zudem soll das Reglement durch die in ihm dokumentierte Arbeitsweise der GPK gegenüber dem Gemeinderat und der Verwaltung auch Verlässlichkeit signalisieren und zur Berechenbarkeit der parlamentarischen Geschäftsprüfung und Aufsicht beitragen.

Die GPK hat zwei Hauptaufgaben:

- Vorprüfung der vom Gemeinderat zuhanden des Parlaments verabschiedeten Geschäfte.
- Wahrnehmung der Aufsicht über Gemeinderat und Verwaltung.

Diese beiden Aufgaben der GPK sind – neben der Zuständigkeit, bei Prozessen mit einem Streitwert über CHF 1 Mio. über Rechtsmittelverzicht und Vergleich zu entscheiden – bereits in der Gemeindeordnung (Art. 54 Abs. 2 GO) vorgegeben. Namentlich für die Ausgestaltung der Aufsichtsaufgaben bleibt dem Parlament allerdings ein grosser Spielraum.

Der Entwurf für das GPK-Reglement widerspiegelt die der GPK obliegenden Aufgaben und ist wie folgt gegliedert:

1. Allgemeines
2. Vorbereitung der Parlamentsgeschäfte
3. Aufsicht
4. Weitere Aufgaben
5. Besondere Untersuchungen
6. Schlussbestimmungen

Das neue Reglement weist der GPK keine grundsätzlich neuen oder zusätzlichen Aufgaben zu. Insbesondere respektiert der Entwurf die Gewaltenteilung zwischen Parlament und Exekutive. Das Reglement will jedoch die Aufgaben und Befugnisse der GPK konkreter als das bisherige Reglement umschreiben und präzisieren und dadurch eine Arbeitshilfe für den «Alltagsgebrauch» sein. Gleichzeitig verweist das Reglement auf die untergeordneten organisatorischen und methodischen Fragen der Geschäftsprüfungs- und Aufsichtstätigkeit auf die Ebene von Ausführungsbestimmungen, welche von der GPK z.B. in Form einer Verordnung selber festgehalten und bei Bedarf ohne Reglementsänderung angepasst werden können.

Entwurf GPK-Reglement 9.9.24	Erläuterungen
1. Allgemeines	
Art. 1 Gegenstand	
<p>¹ Dieses Reglement bestimmt die Wahl, die Zusammensetzung, die Aufgaben, die Organisation und die Arbeitsweise der Geschäftsprüfungskommission.</p> <p>² Vorbehalten bleiben Bestimmungen der Gemeindeordnung und des Geschäftsreglements des Parlaments.</p>	<p>Das revidierte GPK-Reglement fasst die wesentlichen für die GPK relevanten Bestimmungen in einem Erlass zusammen. Teilweise werden dadurch Bestimmungen wiederholt, die sich in anderen Reglementen (insb. GO oder Geschäftsreglement) finden. Das GPK-Reglement soll aber den Parlamentarierinnen und Parlamentariern ein Arbeitsmittel sein, dass die Regelung ihrer Arbeit in der GPK einigermaßen umfassend beschreibt. Deshalb wird in Kauf genommen, dass das GPK-Reglement gewisse Wiederholungen enthält und u.U. angepasst werden muss, wenn ein übergeordnetes Reglement angepasst wird.</p>
Art. 2 Aufgaben	
<p>¹ Die Geschäftsprüfungskommission nimmt im Auftrag des Parlaments die Aufsicht über die Geschäftsführung des Gemeinderats sowie die Oberaufsicht über die Verwaltung und die weiteren Trägerschaften von Gemeindeaufgaben wahr.</p> <p>² Sie prüft die Geschäfte zuhanden des Parlaments, soweit nicht besondere Kommissionen eingesetzt werden.</p> <p>³ Sie untersucht und analysiert die Geschäftstätigkeit des Gemeinderats und der Verwaltung auf ihre Ordnungsmässigkeit hin.</p> <p>⁴ Sie weist auf Missstände hin und gibt Empfehlungen ab.</p>	<p>Artikel 2 umschreibt im Sinne einer Präambel/Einleitung den Sinn und Zweck und damit die Kerntätigkeit der GPK. Die Kommission ist ein Kontrollorgan mit zwei Hauptaufgaben: Prüfung konkreter Geschäfte zuhanden des Parlaments und Prüfung der allgemeinen und allenfalls spezifischen Geschäftstätigkeit von Gemeinderat, Verwaltung und – indirekt – auch die externen Trägerschaften von öffentlichen Aufgaben im Zuständigkeitsbereich der Gemeinde.</p> <p>Absatz 1 hält fest, dass die GPK die «Aufsicht» über den Gemeinderat und die «Oberaufsicht» über die Verwaltung wahrnehme. Der Unterschied liegt darin, dass das Parlament bzw. die GPK als sein Instrument den Gemeinderat direkt beaufichtigt, während die primäre Aufsicht über die Verwaltungstätigkeit (inkl. der externen Aufgabenträgerschaften) dem Gemeinderat obliegt. Die parlamentarische Aufsicht ist in diesem Sinn eine Oberaufsicht, als sie eine sekundäre Aufsicht darstellt, welche mit einer gewissen politischen Distanziertheit die Verwaltungstätigkeit beobachtet und allenfalls Feststellungen trifft oder Empfehlungen abgibt, aber keine Weisungen erteilt oder Entscheidungen der Verwaltung korrigiert. Im Verhältnis zum Gemeinderat ist die parlamentarische Aufsicht eine direktere, da zwischen den beiden Organen nicht ein weiteres Gremium steht, welches die Arbeit des Gemeinderats zu überwachen hätte. Insofern ist das Parlament das direkte Kontroll- und Aufsichtsorgan über den Gemeinderat. Gleichwohl hat das Parlament auch die Arbeit des Gemeinderats mit einer entsprechenden «Distanz» zu beaufsichtigten. Die GPK kann auch gegenüber dem Gemeinderat zwar Feststellungen bezüglich der Qualität, der Kosten oder der Rechtmässigkeit treffen und allenfalls entsprechende Empfehlungen abgeben, aber nicht direkt intervenieren.</p> <p>Die Unterscheidung zwischen Aufsicht und Oberaufsicht im beschriebenen Sinn ist bereits in der Gemeindeordnung als Aufgabe des Parlaments vorgesehen (Art. 39 GO). Die GPK als vom Parlament eingesetztes Organ dient – wie ebenfalls bereits in der GO festgehalten (Art. 54 GO) – als parlamentarisches Instrument, welches die Geschäftsprüfungs- und Aufsichtstätigkeiten im Auftrag und zuhanden des Parlaments vornimmt. Externe Trägerschaften von Gemeindeaufgaben erfüllen ebenfalls Verwaltungstätigkeiten und sind deshalb ebenfalls der Oberaufsicht des Parlaments unterstellt.</p> <p>Absatz 2 berücksichtigt, dass unter Umständen auch andere Kommissionen zur Prüfung von Geschäften eingesetzt werden können; die GPK prüft alle Geschäfte, die nicht ausdrücklich einer anderen Kommission zugewiesen sind.</p> <p>Absatz 3 macht deutlich, dass die GPK ein Prüfungs- und Aufsichtsorgan, aber keine «Ober-Exekutivbehörde» ist. Sie prüft</p>

Entwurf GPK-Reglement 9.9.24	Erläuterungen
	Geschäfte und Geschäftstätigkeit auf ihre <i>Ordnungsmässigkeit</i> hin, nimmt aber allfällige Korrekturen nicht selbst vor und setzt ihr Ermessen nicht anstelle des Ermessens von Gemeinderat oder Verwaltung.
Art. 3 Wahl und Zusammensetzung	
<p>¹ Die Geschäftsprüfungskommission besteht aus sieben Mitgliedern.</p> <p>² Das Parlament wählt aus seiner Mitte das Präsidium, das Vizepräsidium und die übrigen Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission.</p> <p>³ Für die Zusammensetzung der Kommission ist der Verhältnisschlüssel massgebend, der sich aus den letzten Wahlen des Parlaments ergeben hat. Frauen und Männer sollen in der Kommission angemessen vertreten sein.</p> <p>⁴ Die Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission dürfen nicht gleichzeitig der Finanzkommission angehören oder das Präsidium oder das Vizepräsidium des Parlamentsbüros innehaben.</p>	<p>Diese Regelungen (ausser Abs. 4) finden sich weitgehend bereits in der GO (Art. 54, 41 und 26 GO). Aus Gründen der Benutzerfreundlichkeit werden sie hier wiedergegeben.</p> <p>Zu Absatz 3: Der Verhältnisschlüssel ist im Abstimmungs- und Wahlreglement definiert. Massgebend ist die Parteienstärke (nicht die Fraktionsgrösse). Weiter soll angestrebt werden, dass Frauen und Männer angemessen in der GPK vertreten sind. Auf eine starre Quote soll verzichtet werden, da eine solche in relativ kleinen Gremien, die aufgrund der Vertretung von Parteien im Parlament besetzt werden, nicht immer eingehalten werden können.</p> <p>Zu Absatz 4: Neu ist die Bestimmung, welche vorsieht, dass eine GPK-Mitgliedschaft nicht mit dem gleichzeitigen Einsitz im Präsidium oder im Vizepräsidium des Parlamentsbüros oder in der FIKO vereinbar ist. In anderen ständigen oder nicht-ständigen (auch parlamentarischen) Kommissionen soll aber eine gleichzeitige Einsitznahme möglich sein. Kleine Fraktionen verfügen u.U. nicht über genügend Mitglieder, um weitergehende Unvereinbarkeiten einhalten zu können.</p>
Art. 4 Amtsdauer und Amtszeitbeschränkung	
<p>¹ Die Amtsdauer der Mitglieder beträgt zwei Jahre.</p> <p>² Ersatzwahlen erfolgen für den Rest der Amtsdauer.</p> <p>³ Die Amtszeit ist auf drei aufeinanderfolgende, ganze Amtsdauern beschränkt.</p> <p>⁴ Das Präsidium und das Vizepräsidium können von der gleichen Person jeweils nur für eine Amtsdauer ausgeübt werden.</p>	<p>Die Amtsdauer der GPK beträgt zwei Jahre (anders als die Amtsdauer der Parlamentsmitglieder, die vier Jahre dauert). Diese kürzere Amtsdauer von zwei Jahren ist in der Gemeindeordnung festgelegt (Art. 41 Abs. 1 GO). Da die Wiederwählbarkeit der Gemeindeorgane (und damit auch der GPK) gemäss Art. 26 Abs. 1 GO auf drei Amtsdauern beschränkt ist, beträgt die maximale Mitgliedschaft in der GPK sechs aufeinanderfolgende Jahre (plus allenfalls eine angebrochene Amtsdauer).</p> <p>Die Amtsdauer der GPK-Mitglieder dauert bis zur Gesamterneuerungswahl der Kommission, d.h. faktisch bis zur ersten Parlamentssitzung im Januar nach den Gemeindewahlen bzw. bis zur ersten Parlamentssitzung im Januar in der Mitte der Legislatur (d.h. nach zwei Jahren).</p> <p>Absatz 4 führt die bisherige Regelung weiter, wonach das Präsidium und das Vizepräsidium während <i>einer</i> Amtsdauer (d.h. 1x 2 Jahre) ausgeübt werden können. Eine Ausdehnung der Amtszeit auf maximal zwei Amtsdauern wurde erwogen, aber verworfen, da eine regelmässige Rotation in diesen Funktionen als angemessen erachtet wird.</p>
Art. 5 Ausschüsse	
<p>¹ Die Geschäftsprüfungskommission kann für die Erledigung ihrer Aufgaben ständige oder einzelgeschäftsbetogene Ausschüsse bilden.</p> <p>² Sie kann einzelnen Kommissionsmitgliedern dauernd oder einzelfallweise Prüfungsaufträge erteilen.</p>	<p>Die GPK kann sich für ihre Tätigkeit selbst organisieren. Sie kann sich insbesondere so organisieren, dass sie für ihre Prüf- und Kontrolltätigkeiten Ausschüsse bildet oder einzelne Mitglieder (Referentinnen und Referenten) beauftragt, die sich einem Thema, einem bestimmten Geschäft oder einer Verwaltungseinheit widmen. Die entsprechenden Aufträge können einzelfallweise oder dauernd erteilt werden. Die Ausschüsse und Referentinnen/Referenten haben keine eigenen Entscheidungsbefugnisse; sie berichten der Kommission, welche darüber entscheidet, wie sie mit den Prüfungsergebnissen verfährt.</p>

Entwurf GPK-Reglement 9.9.24	Erläuterungen
³ Die Ausschüsse und Kommissionsmitglieder berichten der Kommission. ⁴ Die Beschlussfassung erfolgt durch die Kommission.	Die GPK kann zur Verstetigung ihrer Organisation Ausführungsbestimmungen erlassen (Verordnung, Prüfungsrichtlinien etc.). Die Grundlage dazu findet sich in Artikel 8 Absatz 2.
Art. 6 Ausstandspflicht	
Die Ausstandspflicht richtet sich nach dem Gemeindegesetz.	Keine Änderung gegenüber dem bisherigen Zustand.
Art. 7 Kommissionsgeheimnis	
¹ Die Diskussionen der Geschäftsprüfungskommission, das Stimmverhalten der Mitglieder und das exakte Abstimmungsergebnis sind vorbehaltlich Absatz 2 geheim. ² Bei Abstimmungsempfehlungen zuhanden des Parlaments legt die Kommission das Abstimmungsergebnis offen. ³ Die Sitzungsunterlagen sind geheim, soweit sie nicht durch Beschluss der Kommission für Dritte zugänglich gemacht werden oder bereits öffentlich zugänglich sind.	<p>Absatz 1: Auch für die GPK (wie für alle Kommissionen) gilt der Grundsatz, dass sie nicht öffentlich tagt. Entsprechend unterliegen ihre Diskussionen der Vertraulichkeit (Kommissionsgeheimnis; vgl. auch Art. 11 Abs. 3 des kant. Informations- und Medienförderungsgesetzes [IMG]). Eine unzulässige Bekanntgabe solcher vertraulicher Informationen kann eine Amtsgeheimnisverletzung (Art. 320 StGB) darstellen.</p> <p>Absatz 2 enthält eine Ausnahme zu Absatz 1: Die Bestimmung betrifft nur die Vorberatung der Geschäfte, welche anschliessend im Parlament behandelt und entschieden werden. Die GPK prüft diese Geschäfte und gibt zuhanden des Parlaments eine Abstimmungsempfehlung ab (Annahme, Ablehnung oder Rückweisung), wobei sie – im Sinne einer politischen Willensäusserung – ausdrücklich bekanntgibt, in welchem Stimmenverhältnis die Kommission entschieden hat. Nicht offengelegt wird hingegen das Stimmverhalten der einzelnen Kommissionmitglieder. Absatz 2 entspricht der bisherigen Regelung und Praxis.</p> <p>Absatz 3 verdeutlicht, dass nicht nur die in der GPK geführten Diskussionen, sondern auch die Unterlagen (d.h. sämtliche auf Datenträgern jeder Art enthaltenen Informationen) ebenfalls geheim sind. Die GPK kann allerdings diese willentlich veröffentlichen. Nicht geheim sind überdies Informationen, welche bereits vorher öffentlich zugänglich oder allgemein bekannt waren. – Soweit die GPK Unterlagen verwendet, deren Hoheit beim Gemeinderat verbleibt, kann sie diese nicht bzw. nur mit Zustimmung des Gemeinderats für Dritte freigeben.</p>
Art. 8 Organisation	
¹ Die Geschäftsprüfungskommission schafft geeignete Instrumente und legt entsprechende Abläufe fest, um ihre Prüfungs- und Aufsichtstätigkeit einheitlich, konsistent, kontinuierlich und vergleichbar zu gestalten. ² Sie erlässt dazu bei Bedarf die erforderlichen Ausführungsbestimmungen.	<p>Das GPK-Reglement selbst enthält nur wenige Vorgaben über die Vorgehensweise, die Abläufe, die Organisation, die Instrumente und Methoden der Geschäftsprüfung und der Aufsichtstätigkeit der GPK. Vorgegeben ist das <i>Ergebnis</i> der Tätigkeit der GPK: Sie muss die Geschäfte prüfen, die dem Parlament vorgelegt werden, und sie muss Gemeinderat und Verwaltung beaufsichtigen. Die GPK soll sich selbst organisieren und die ihr angemessen erscheinenden Vorgehensweisen und Instrumente wählen. Sie kann bspw. die Verwaltung auch weiterhin im bisherigen Referentensystem beaufsichtigen, sie kann aber auch eine andere Methodik festlegen. Wichtig ist, dass die Prüfungen und die Aufsichtstätigkeit nach einheitlichen Regeln, vergleichbar, kontinuierlich und konsistent erfolgt. Diese Regeln sollen verschriftlicht werden.</p> <p>Absatz 2 enthält die Grundlage dafür, dass die GPK im Sinne von Ausführungsbestimmungen Regeln über die Organisation und die Abläufe ihrer Aufsichts- und Prüftätigkeiten erlassen kann. Dies in Form von Verordnungen, allenfalls Richtlinien etc. erfolgen (z.B. für Prüfmethodik, Referentensystem etc.).</p>

Entwurf GPK-Reglement 9.9.24	Erläuterungen
Art. 9 Sachverständige und Gutachten	
<p>¹ Die Geschäftsprüfungskommission kann für die Behandlung eines Geschäfts sachverständige Dritte beiziehen oder Gutachten in Auftrag geben.</p> <p>² Die Kommission kann zu diesem Zweck Ausgaben bis zu Fr. 20'000 beschliessen.</p>	<p>Schon bisher kann die GPK Sachverständige beiziehen oder Begutachtungen in Auftrag geben. Ein entsprechender Bedarf kann insbesondere im Bereich der Aufsichtstätigkeit entstehen.</p> <p>Absatz 2 sieht neu vor, dass die GPK über eine eigene Ausgabenzuständigkeit von CHF 20'000 im Einzelfall verfügt, wenn sie externe Aufträge erteilt. Die Kompetenz der GPK für solche Ausgaben wurde bisher aus der Sachzuständigkeit der GPK abgeleitet, und zwar in unlimitierter Höhe, aber grundsätzlich im Rahmen des Ratskredits (allfällige Überschreitungen sind im Jahresbericht zu begründen). Neu soll die Zuständigkeit der GPK nun ausdrücklich verankert werden. Mit der Limitierung auf Fr. 20'000 im Einzelfall wird zudem verhindert, dass Kredite über dieser Höhe ohne Zustimmung des Parlaments gesprochen werden.</p> <p>Wird die GPK für eine besondere Untersuchung gemäss Art. 16 f. eingesetzt, so wird das Parlament selbst im Untersuchungsauftrag auch die Ressourcen festlegen. Die Zuständigkeit gemäss Art. 9 Abs. 2 betrifft demnach vor allem Aufträge im Umfeld der «normalen» Aufsichtstätigkeit der GPK.</p>
2. Vorbereitung der Parlamentsgeschäfte	
Art. 10 Prüfungsauftrag	
<p>¹ Die Geschäftsprüfungskommission berät Geschäfte des Parlaments vor, soweit dafür nicht eine andere ständige oder nichtständige Kommission vorgesehen ist oder eingesetzt wird.</p> <p>² Sie prüft, ob die Geschäfte in der Sache entscheidreif sind, und empfiehlt dem Parlament Annahme, Ablehnung oder Rückweisung.</p> <p>³ Sie kann dem Parlament beantragen, ein traktandiertes Geschäft zu verschieben, wenn sie der Ansicht ist, dass dieses wegen wesentlicher sachlicher Mängel nicht entscheidreif ist.</p> <p>⁴ Der Gemeinderat kann die Kommission einladen, ein Geschäft von besonderer Tragweite bereits bei der Erarbeitung vor der Beschlussfassung durch das Parlament oder im Nachgang dazu während der Umsetzung zu begleiten.</p>	<p>Absatz 1: Das Parlament kann bei Bedarf eine besondere Kommission zur Prüfungen von Geschäften einsetzen. Auch kann die Prüfung gewisser Geschäfte generell einer bestimmten Kommission (z.B. Fiko) zugewiesen werden. Im Übrigen ist es aber die GPK, welche – wie ihr Name sagt – die Geschäfte (vor-)prüft, die dem Parlament vom Gemeinderat unterbreitet werden, ausser bei Geschäften, für welche die Finanzkommission zuständig ist. Die GPK hat die Funktion eines Vorfilters, der die Geschäfte im Hinblick auf ihre Vollständigkeit, Nachvollziehbarkeit und Entscheidungsfähigkeit hin prüft. Die Prüfung ist keine politische, sie soll aber sicherstellen, dass dem Parlament nur Geschäfte unterbreitet werden, welche zum Entscheid bereit sind und welche die relevanten Fragen beantworten. Naturgemäss politisch ist hingegen die Abstimmungsempfehlung der GPK zuhanden des Parlaments.</p> <p>Absatz 2: Die GPK gibt zuhanden des Parlaments eine Abstimmungsempfehlung ab. Sie kann dem Parlament beantragen, das Geschäft anzunehmen, abzulehnen oder zur Verbesserung zurückzuweisen. Antrag auf Nichteintreten soll hingegen nicht möglich sein, da darin eine politische Bewertung des Geschäfts liegen würde.</p> <p>Zu Absatz 3: Diese Fassung entspricht inhaltlich der bisherigen Situation: Die GPK kann ein Geschäft nicht selbst verschieben, wenn sie feststellt, dass dieses nicht entscheidreif ist und sie mehr Zeit für dessen Prüfung benötigt. Vielmehr muss sie dem Parlament eine Verschiebung eines traktandierten Geschäfts beantragen.</p> <p>Zu Absatz 4: In bestimmten Fällen kann es sinnvoll sein, dass die GPK ein Geschäft nicht nur kurz vor der Vorlage an das Parlament prüft, sondern während eines längeren Zeitraums begleitet (z.B. bereits bei der Erarbeitung oder nach der Verabschiedung</p>

Entwurf GPK-Reglement 9.9.24	Erläuterungen
	<p>durch das Parlament in der Umsetzung). Dies kann u.U. bei Geschäften von besonderer Tragweite angezeigt werden (z.B. hohe Kosten, grosse politische oder faktische Bedeutung). Gemäss Absatz 4 muss der Gemeinderat eine solche Begleitung durch die GPK veranlassen; die GPK kann dies nicht von sich aus gegen den Willen des Gemeinderats «anordnen». Sie kann aber natürlich, wenn sie Hinweise auf einen Abklärungsbedarf erhält, im Rahmen ihrer Aufsichtsbefugnisse (Art. 12 f.) bei Bedarf allenfalls ein Geschäft auch ausserhalb der «Geschäftsprüfungstätigkeit» vertieft betrachten.</p>
Art. 11 Grundlagen der Prüfung	
<p>¹ Die Geschäftsprüfungskommission bereitet die Parlamentsgeschäfte auf der Grundlage eines Berichts des Gemeinderates vor.</p> <p>² Der Gemeinderat stellt der Kommission das vollständige Geschäft spätestens 14 Tage vor der Sitzung zur Verfügung.</p> <p>³ Die Kommission kann zur Vorbereitung der Geschäfte</p> <ul style="list-style-type: none"> a. Einsicht in Akten nehmen, soweit dies für die Behandlung des Geschäfts erforderlich ist, b. Akten zur Einsicht einverlangen, auf welche die durch den Gemeinderat unterbreiteten Beratungsunterlagen Bezug nehmen, c. den Gemeinderat und dessen Mitglieder zur Erteilung von Auskünften einladen, d. Sachverständige beiziehen und am Geschäft Interessierte anhören, e. im Einverständnis mit dem zuständigen Mitglied des Gemeinderats Mitarbeiter:innen der Verwaltung zum Geschäft befragen. <p>⁴ Ausgenommen vom Einsichtsrecht nach Absatz 3 Buchstaben a und b sind interne Arbeitspapiere, Entwürfe und Mitberichte.</p>	<p>Absatz 1: Auf der Grundlage eines Berichts des Gemeinderats: Die GPK prüft ausschliesslich Geschäfte, die vom GR verabschiedet worden sind. Sie befasst sich nicht mit Geschäften oder Vorhaben, die von einer einzelnen Direktion direkt an sie herangetragen werden.</p> <p>Absatz 2: Wie bisher soll der Gemeinderat der Kommission ein Geschäft, das im Parlament beraten werden soll, spätestens 14 Tage vor der Kommissionssitzung zur Verfügung stellen.</p> <p>Absatz 3: Hier werden die Informationsmöglichkeiten der GPK im Rahmen einer Geschäftsprüfung beschrieben.</p> <p>Absatz 4: Die GPK hat kein Recht, interne Arbeitspapiere, Entwürfe und Mitberichte der Direktionen einzusehen. Der Gemeinderat muss die Möglichkeit haben, ein Geschäft u.U. kontrovers zu diskutieren oder verschiedene Lösungsstränge zu verfolgen, ohne diese offenlegen zu müssen. Dieser «geschützte Raum zur Entscheid- und Lösungsfindung» stellt sicher, dass der Gemeinderat als Gesamtkollegium bzw. Kollegialbehörde seine Regierungsarbeit verrichten kann.</p>
3. Aufsicht	
Art. 12 Umfang	
<p>¹ Die Geschäftsprüfungskommission beaufsichtigt zuhanden des Parlaments die Geschäftsführung des Gemeinderats und die Erfüllung der Aufgaben durch die Verwaltung.</p> <p>² Sie übt ihre Aufsicht grundsätzlich nachträglich aus.</p>	<p>Absatz 1: Artikel 12 beschreibt die zweite Hauptaufgabe der GPK, die Aufsicht über die Geschäftsführung des Gemeinderats und der Verwaltung. Zur Verwaltung gehört grundsätzlich auch die Aufgabenerfüllung durch die dezentrale Verwaltung bzw. externen Trägerschaften von Verwaltungs- bzw. Gemeindeaufgaben.</p>

Entwurf GPK-Reglement 9.9.24	Erläuterungen
<p>³ Sie übt die Aufsicht über die dezentrale Verwaltung und weitere externe Trägerschaften öffentlicher Aufgaben aus. Sie beschränkt sich dabei auf die Prüfung, ob der Gemeinderat seine Aufsicht und Steuerung ordnungsgemäss ausübt.</p>	<p>Absatz 2: Die parlamentarische Aufsicht wird grundsätzlich nachträglich ausgeübt, d.h. die GPK prüft im Nachhinein, ob Gemeinderat und Verwaltung ihre Ämter und Funktionen ordnungsgemäss ausgeübt haben.</p> <p>Zu Absatz 3: Soweit die GPK die dezentrale Verwaltung bzw. externe Aufgabenträgerschaften beaufsichtigt, tut sie dies mit verengter Optik: Sie beschränkt sich dabei in erster Linie auf die Prüfung, ob der Gemeinderat (und allenfalls die Verwaltung) seinerseits seine Aufsicht über die dezentralen Aufgabenträger richtig wahrgenommen (und beispielsweise angemessen gegenüber der Trägerschaft interveniert) hat.</p>
<p>Art. 13 Arbeitsweise</p>	
<p>¹ Die Geschäftsprüfungskommission kann, soweit dies zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben erforderlich ist, zusätzlich zu den Befugnissen nach Artikel 11 Absatz 3</p> <p>a. Einsicht in Beschlüsse des Gemeinderats, interne Arbeitspapiere, Entwürfe und Mitberichte nehmen,</p> <p>b. Stellen der Verwaltung besuchen und Akten dieser Stellen einsehen.</p> <p>² Sie kann den beaufsichtigten Stellen keine Weisungen erteilen und deren Verfügungen oder andere Anordnungen nicht aufheben oder ändern.</p> <p>³ Sie bringt Beanstandungen dem Gemeinderat zur Kenntnis. Wiegen diese schwer, orientiert sie zusätzlich das Parlament.</p> <p>⁴ Sie berichtet dem Parlament über das Ergebnis ihrer Prüfung, stellt die erforderlichen Anträge und gibt Empfehlungen ab.</p>	<p>Absatz 1: Für ihre Aufsichtstätigkeit stehen der GPK einerseits die Informationsbefugnisse gemäss Art. 11 Abs. 3 zu. Zusätzlich kann sie aber in interne Arbeitspapiere, Entwurf und Mitberichte Einsicht nehmen, Verwaltungsbesuche vornehmen, Akten einsehen und von Mitarbeitern direkt Auskünfte einholen. Der Gemeinderat wird darüber informiert, er muss jedoch nicht unbedingt einverstanden sein.</p> <p>Im Rahmen der Aufsichtstätigkeit kann die GPK alle Informationen einfordern, die gemäss Öffentlichkeitsprinzip von der Verwaltung oder dem Gemeinderat ohnehin bekanntgegeben werden müssen. Diese Informationen unterliegen von vornherein nicht dem Amtsgeheimnis. Darüber hinaus erfährt die GPK möglicherweise auch Informationen, die der Geheimhaltung unterstehen (indem sie z.B. in Mitberichte einer Direktion Einsicht nehmen kann, die gemäss kantonalem Informations- und Medienförderungsgesetz (IMG) grundsätzlich nicht öffentlich sind). Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Mitglieder der GPK ihrerseits ebenfalls dem Amtsgeheimnis unterstehen. Erhalten sie im Rahmen ihrer Aufsichtstätigkeit Kenntnis von geheimhaltungswürdigen Informationen, werden sie ihrerseits zu Geheimnisträgerinnen und -trägern.</p> <p>Das Reglement sieht nicht vor, dass die GPK im Rahmen ihrer «normalen» Aufsichtstätigkeit Mitarbeiter:innen <i>ohne</i> Einverständnis des Gemeinderats befragen kann. Führt die GPK allerdings eine <i>besondere Untersuchung</i> durch (vgl. Art. 16 f.), so gehen die Informations- und Befragungsrechte der GPK weiter: Ist das Amtsgeheimnis betroffen, so ist der Gemeinderat zwar anzuhören. Der Gemeinderat hat dann darzulegen, aus welchen Gründen er allenfalls eine Auskunft nicht erteilen will. Weigert sich der Gemeinderat, kann die GPK entscheiden, ob die entsprechenden Informationen herauszugeben sind. Die GPK kann also bei besonderen Untersuchungen auch gegen den Willen des Gemeinderats Mitarbeitende zu Sachverhalten befragen, die dem Amtsgeheimnis unterstehen. Dies ist insofern unproblematisch, als auch die GPK dem Amtsgeheimnis untersteht.</p> <p>Absatz 2: Hier wird verdeutlicht, was generell für die parlamentarische Aufsicht gilt: Sie kann keine Entscheide des Gemeinderats oder der Verwaltung korrigieren.</p> <p>Absatz 3: Die GPK erstattet über ihre Aufsichtsergebnisse dem Parlament Bericht, unter Umständen auch in verdichteter Form, soweit keine besonderen Feststellungen zu treffen sind. Stellt die GPK hingegen Mängel fest, teilt sie dem Gemeinderat ihre Beanstandungen mit, damit dieser die Gelegenheit erhält, allenfalls Massnahmen zur ergreifen. Handelt es sich um schwerwiegende Beanstandungen, ist das Parlament zu informieren.</p>

Entwurf GPK-Reglement 9.9.24	Erläuterungen
	<p>Absatz 4: Die GPK berichtet dem Parlament in der ihr angemessen erscheinenden Form über das Ergebnis ihrer Prüfung. Soweit keine besonderen Befunde vorliegen, kann die Berichterstattung unter Umständen sehr rudimentär und zusammenfassend ausfallen. Sind die Prüfungsergebnisse von grösserer Tragweite, kann die Berichterstattung entsprechend erweitert werden.</p>
4. Weitere Aufgaben	
Art. 14 Verzicht auf Rechtsmittel und Vergleiche	
Die Geschäftsprüfungskommission beschliesst in allen Prozessen mit einem Streitwert von über 1 Million Franken über den Verzicht auf die Ergreifung eines Rechtsmittels oder über einen Vergleich.	Diese Aufgabe ist der GPK bereits durch Art. 54 Abs. 2 Bst. b GO vorgegeben. Der Grund für die Zuständigkeit der GPK liegt darin, dass der Entscheid über den Verzicht auf die Ergreifung eines Rechtsmittels oder über einen Vergleich oft innerhalb von kurzen Fristen zu fällen ist. Das normalerweise zuständige Organ kann in solchen Fällen nicht begrusst werden.
Art. 15 Weitere Aufträge	
<p>¹ Das Parlament kann der Geschäftsprüfungskommission weitere Aufträge erteilen, um Geschäfte zuhanden des Parlaments vorzubereiten.</p> <p>² Die Geschäftsprüfungskommission kann dem Parlament Antrag stellen, sie mit der Behandlung eines bestimmten Vorhabens zu beauftragen.</p> <p>³ Die Mitglieder des Parlaments sind berechtigt, der Geschäftsprüfungskommission einen bestimmten Verhandlungsgegenstand schriftlich vorzuschlagen.</p>	<p>Absatz 1: Erachtet es das Parlament als notwendig, kann es der GPK weitere Aufträge erteilen (bspw. Erarbeitung einer Vorlage aufgrund einer parlamentarischen Initiative oder Erarbeitung einer Revisionsvorlage anstelle einer Spezialkommission).</p> <p>Absatz 2: Die GPK kann sich vom Parlament beauftragen lassen, ein bestimmtes Vorhaben zu behandeln, das ausserhalb ihres Kern-Aufgabenbereiches liegt. Dazu gehören beispielsweise auch besondere Untersuchungen gemäss Art. 16 f.</p> <p>Absatz 3: Die einzelnen Parlamentsmitglieder können der GPK (oder einem einzelnen GPK-Mitglied, das die Anregung in die Kommission trägt) die Behandlung eines bestimmten Gegenstandes vorschlagen. Die GPK ist an diese Vorschläge nicht gebunden. Sie prüft frei, ob der Vorschlag ein Tätigwerden der GPK rechtfertigt.</p> <p>Schliesslich soll die GPK dem Parlament vorschlagen können, den Gemeinderat mit einem bestimmten Vorhaben (u.U. auch besondere Untersuchungen gemäss Art. 16) zu beauftragen. Zu diesem Zweck soll durch eine Ergänzung des Geschäftsreglements der GPK die Kompetenz erteilt werden, als Kommission im Parlament Motionen einzureichen. Für andere parlamentarische Vorstösse (Postulat, Interpellation) besteht keine Notwendigkeit, da die GPK selbst bereits über die Möglichkeit verfügt, vom Gemeinderat Auskünfte oder Berichte zu verlangen.</p> <p>Die notwendige Ergänzung von Art. 48 des Geschäftsreglements findet sich am Ende dieser Synopsis.</p>
5. Besondere Untersuchungen	

Entwurf GPK-Reglement 9.9.24	Erläuterungen
Art. 16 Auftrag	
<p>¹ Das Parlament kann die Geschäftsprüfungskommission bei Vorkommnissen von grosser Tragweite beauftragen, bestimmte Sachverhalte zu untersuchen.</p> <p>² Es erteilt den Auftrag und bewilligt die erforderlichen Ausgaben auf Antrag des Parlamentsbüros hin, nachdem dieses die Geschäftsprüfungskommission und den Gemeinderat angehört hat.</p> <p>³ Die Geschäftsprüfungskommission befindet über die für die Untersuchung benötigte Infrastruktur, soweit sie nicht durch die Fachstelle Parlament gestellt werden kann. Sie kann Aufträge an Sachverständige erteilen.</p> <p>⁴ Sie erstattet dem Parlament Bericht, stellt ihm Antrag und gibt Empfehlungen ab.</p>	<p>Absatz 1: Das Parlament kann durch Beschluss eine nichtständige Kommission einsetzen (Art. 66 GO), wenn es eine Angelegenheit von grosser Tragweite untersuchen lassen will. In diesem Fall hat der Einsetzungsbeschluss neben dem konkreten Auftrag jeweils auch die Organisation, die Aufgaben, die Zuständigkeiten, die Untersuchungsbefugnisse etc. zu regeln. Gestützt auf die Art. 16 und 17 kann das Parlament aber auch die GPK für eine solche Untersuchung einsetzen. Das Parlament verfügt damit gewissermassen über eine bestehende Kommission, die zur Untersuchung besonderer Vorkommnisse eingesetzt werden kann und die nicht erst eingesetzt und organisiert werden muss, sondern direkt beauftragt werden könnte. Initiiert werden besondere Untersuchungen in der Regel durch eine Motion eines Parlamentsmitglieds, einer Fraktion oder der GPK.</p> <p>Absatz 2: Die GPK kann nicht selbst entscheiden, ob sie eine besondere Untersuchung an die Hand nimmt. Vielmehr hat das Parlament der GPK einen entsprechenden Auftrag zu erteilen. Damit wird sichergestellt, dass eine solche Untersuchung politisch breit getragen ist. Der eigentliche Antrag wird vom Parlamentsbüro zuhanden des Parlaments erarbeitet. Vor der Traktandierung sind die GPK (als Aufsichtsorgan) und der Gemeinderat zur geplanten Untersuchung anzuhören, indem sie eine Stellungnahme zum Parlamentsantrag abgeben können. Mit dem Parlamentsantrag wird einerseits vorgeschlagen, welche Kommission die Untersuchung führen soll (GPK oder nichtständige Kommission), andererseits und vor allem aber der Auftrag umschrieben (insb. Untersuchungsgegenstand). Schliesslich legt das Parlament auch den Ressourcenrahmen fest (insb. Kredit für die voraussichtlich anfallenden Ausgaben für die Untersuchung).</p> <p>Absatz 3: Wird die GPK mit einer besonderen Untersuchung beauftragt, so soll sie grundsätzlich selbst festlegen, wie sie arbeitet. Grundsätzlich wird die GPK von der Fachstelle Parlament unterstützt. Im Bedarfsfall kann sie sich aber auch durch externen Support verstärken. Soweit dabei Kosten entstehen, hat sie sich an die Vorgaben des Parlamentsauftrags zu halten (Abs. 2).</p> <p>Absatz 4: Die GPK kann Bericht erstatten, Anträge stellen und Empfehlungen abgeben, aber nicht selbst Entscheid über Massnahmen fällen. Dafür ist das Parlament zuständig, das über die Anträge der GPK entscheidet. Die Berichterstattung richtet sich im Einzelfall nach der Bedeutung der Untersuchung bzw. des Untersuchungsergebnisses und des entsprechenden öffentlichen Interesses. Die GPK hat dabei berechnete Interessen des Persönlichkeitsschutzes oder andere legitime Geheimhaltungsinteressen zu berücksichtigen.</p>
Art. 17 Verfahren	
<p>¹ Für die Ermittlung des Sachverhalts und die Beweiserhebung gelten sinngemäss die Bestimmungen des</p>	<p>Führt die GPK eine besondere Untersuchung durch, erhält sie weitergehende Befugnisse als im Bereich der normalen Aufsichtstätigkeit. Dies gilt insbesondere bezüglich der Anhörung von Personen und der Erhebung von Beweisen (vgl. Art. 19 VRPG).</p>

Entwurf GPK-Reglement 9.9.24	Erläuterungen
<p>Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege des Kantons Bern.</p> <p>² Der Verwaltung angehörende Personen sind verpflichtet, der Kommission über Wahrnehmungen, die sie Kraft ihres Amtes oder in Ausübung ihres Dienstes gemacht haben und die ihre dienstlichen Obliegenheiten betreffen, wahrheitsgemäss Auskunft zu erteilen sowie Akten zu nennen, die den Gegenstand der Untersuchung betreffen. Aus wahrheitsgemässen Auskünften darf den Befragten kein Nachteil erwachsen.</p> <p>³ Sollen der Verwaltung angehörende Personen über Tatsachen befragt werden, die dem Amtsgeheimnis unterliegen, oder sollen derartige Akten herausgegeben werden, ist der Gemeinderat anzuhören. Verweigert er die Ermächtigung, entscheidet die Kommission.</p> <p>⁴ Der Gemeinderat hat das Recht, an den Befragungen teilzunehmen und Ergänzungsfragen zu stellen. Er kann sich durch einen Rechtsbeistand vertreten lassen.</p> <p>⁵ Die Teilnahme an den Befragungen und die Akteneinsicht können dem Gemeinderat und seinem Rechtsbeistand vorübergehend verweigert werden, wenn dies im Interesse der Untersuchung unerlässlich ist. Auf so erhobene Beweismittel kann nur abgestellt werden, wenn der wesentliche Inhalt dem Gemeinderat eröffnet wird und er sich dazu äussert und Beweismittel nennen konnte.</p> <p>⁶ Personen, die von der Untersuchung unmittelbar betroffen sind, steht das in Absatz 4 umschriebene Recht ebenfalls zu. Es gelten auch für sie die Einschränkungen gemäss Absatz 5. Will eine betroffene Person die eigenen Eingaben oder die eigenen Aussagen in Protokollen einsehen, ist die Einsicht zu gewähren.</p>	<p>Die hier für die GPK festgelegten Verfahrensregeln sollen auch für nichtständige Kommissionen gelten, die vom Parlament für die Durchführung einer besonderen Untersuchung eingesetzt werden. Das Geschäftsreglement soll mit einem entsprechenden Verweis ergänzt werden (vgl. der Ergänzungsvorschlag am Ende).</p> <p>Absatz 2: Die Mitarbeitenden der Verwaltung sind verpflichtet, der GPK Auskunft zu erteilen. Mitarbeitende der Verwaltung gelten in aller Regel nicht als Zeuginnen oder Zeugen, da ihnen die nötige Unabhängigkeit fehlt. Sie können aber als Auskunftspersonen oder im Parteiverhör befragt werden. Ein Aussageverweigerungsrecht steht diesen Personen – anders als Zeugen (d.h. Drittpersonen) – grundsätzlich nicht zu. Zumindest personalrechtlich darf den Befragten bei wahrheitsgemässer Auskunft allerdings kein Nachteil erwachsen. Grundsätzlich ist jeweils zu Beginn einer Untersuchung (oder bei Auftauchen allfälliger Verdachtsmomente) zu prüfen, ob eventuell strafrechtlich relevante Tatbestände vorliegen. Dies nicht zuletzt mit Blick auf die Möglichkeit, dass Unterlagen (und Aussagen) aus einer GPK-Untersuchung unter Umständen den Strafverfolgungsbehörden zur Verfügung gestellt werden müssten.</p> <p>Absatz 3: Viele Informationen, die den Verwaltungsangehörigen bekannt sind, sind gemäss Öffentlichkeitsprinzip nicht geheim und können deshalb der GPK ohne weiteres offengelegt werden. Soweit allerdings Informationen betroffen sind, die dem Amtsgeheimnis unterliegen, sind die Mitarbeitenden grundsätzlich verpflichtet zu schweigen. Der Gemeinderat kann die Mitarbeitenden vom Amtsgeheimnis entbinden bzw. sie ermächtigen, gegenüber der GPK (die ihrerseits an das Amtsgeheimnis gebunden ist) Auskunft auch über geheimhaltungspflichtige Sachverhalte zu geben. Die GPK hat in solchen Fällen zunächst den Gemeinderat anzuhören. Die GPK kann auch dann, wenn der Gemeinderat die Mitarbeitenden nicht vom Amtsgeheimnis entbindet, die betreffenden Personen befragen, sofern sie nach einer Güterabwägung der Ansicht ist, dass die vom Gemeinderat vorgebrachten Gründe für eine Aussageverweigerung nicht tragfähig sind.</p> <p>Absatz 4 und 5: Der Gemeinderat hat grundsätzlich das Recht, an den Befragungen teilzunehmen und seinerseits Ergänzungsfragen zu stellen. Die Teilnahme des Gemeinderats kann aber unter Umständen den Interessen der Untersuchung zuwiderlaufen (wenn bspw. anzunehmen ist, dass Befragte bei Anwesenheit eines Gemeinderatsmitglieds nicht offen Auskunft geben). In solchen Fällen kann die GPK den Gemeinderat von der Teilnahme an Befragungen ausschliessen.</p>
6. Verfahren und Arbeitsweise	
Art. 18 Geschäftsführung	
<p>¹ Die Fachstelle Parlament stellt die Geschäftsführung der Geschäftsprüfungskommission sicher, kümmert</p>	<p>Die Fachstelle Parlament ist für das Sitzungsmanagement und die Geschäftsführung der GPK zuständig. Gemeinsam mit dem Kommissionspräsidium ist sie insbesondere auch Verbindungsstelle zum Gemeinderat und der Verwaltung einerseits und zum Parlamentsbüro andererseits. Wie für die Sekretariate von Exekutiven und Kommissionen üblich, verfügt auch die</p>

Entwurf GPK-Reglement 9.9.24	Erläuterungen
<p>sich um ihre organisatorischen Belange und dokumentiert ihre Mitglieder.</p> <p>² Sie nimmt mit beratender Stimme und formalem Antragsrecht an den Sitzungen teil.</p>	<p>für die GPK geschäftsführende Fachstelle Parlament über beratende Stimme und ein formales (nicht inhaltliches) Antragsrecht an den Sitzungen.</p>
Art. 19 Einberufung	
<p>¹ Das Präsidium beruft die Geschäftsprüfungskommission zu den Sitzungen ein.</p> <p>² Die Kommission tritt ordentlicherweise vor den Sitzungen des Parlamentes zusammen.</p> <p>³ Das Präsidium beruft eine Sitzung der Geschäftsprüfungskommission zudem dann ein, wenn</p> <ul style="list-style-type: none"> a. mindestens drei Kommissionsmitglieder dies verlangen, b. wichtige Beschlüsse zu fassen oder Angelegenheiten zu beraten sind, oder c. der Gemeinderat es beantragt. 	<p>Die Regelung der Einberufung der GPK entspricht im Wesentlichen dem bisherigen Rechtszustand. Nicht vorgesehen ist, dass das Parlament eine GPK-Sitzung einberufen könnte. Das Parlament erteilt der GPK Aufträge; es ist aber Sache der Kommission, sich entsprechend zu organisieren.</p>
Art. 20 Teilnahme von Mitgliedern des Gemeinderats	
<p>¹ Die zuständigen Mitglieder des Gemeinderats oder ihre Vertretungen können mit beratender Stimme und Antragsrecht an den Kommissionssitzungen teilnehmen, soweit die Kommission ein Geschäft des Gemeinderats behandelt.</p> <p>² Die Kommission kann beschliessen, in begründeten Fällen ein Geschäft ohne eine Vertretung des Gemeinderats zu beraten.</p>	<p>Absatz 1: Die Teilnahme eines Gemeinderatsmitglieds an der Sitzung der GPK ist freiwillig. In der Regel liegt es im Interesse des Gemeinderats, ein Geschäft in der Kommission vertreten und erläutern zu können. Die Gemeinderatsmitglieder haben Anspruch auf Teilnahme (allenfalls durch eine Vertretung, z.B. leitende Angestellte), aber sie müssen nicht teilnehmen, wenn sie dies nicht für erforderlich halten (z.B. bei unbedeutenden oder völlig unbestrittenen Geschäften). Den Gemeinderatsmitgliedern ist es freigestellt, allenfalls mit Angehörigen der Verwaltung an den Sitzungen teilzunehmen, wenn diese bspw. sachdienliche Informationen beitragen können. Die Teilnahme an den Sitzungen schliesst die Beratung des jeweiligen Geschäfts mit ein und beschränkt sich nicht auf die Vorstellung und Auskunftserteilung zum Geschäft.</p> <p>Absatz 2: In begründeten Fällen kann die GPK auf die Anwesenheit des Gemeinderats verzichten bzw. anordnen, dass die Beratung nur im Kommissionsrahmen stattfindet. Eine Beratung ohne Präsenz des Gemeinderats kann beispielsweise dadurch begründet sein, dass personenbezogene Informationen betroffen sind (Personalangelegenheiten o.ä.) oder dass andernfalls der Fortgang einer Untersuchung behindert werden könnte.</p>
Art. 21 Teilnahme von Dritten	
<p>¹ Die Geschäftsprüfungskommission kann aussenstehende Sachverständige zu ihren Sitzungen einladen.</p> <p>² Will sie Mitarbeitende der Verwaltung anhören, so lädt sie diese über den Gemeinderat ein.</p>	

Entwurf GPK-Reglement 9.9.24	Erläuterungen
³ Personen, die nicht der Kommission oder der Fachstelle Parlament angehören, verlassen die Sitzung vor der Beschlussfassung.	Zu Absatz 3: Diese Bestimmung gilt auch für die Gemeinderatsmitglieder und ihre Begleitungen. Auch sie haben die Sitzung vor der Beschlussfassung zu verlassen.
Art. 22 Teilnahme des Parlamentspräsidiums	
Das Präsidium des Parlaments oder bei Verhinderung dessen Stellvertretung kann an den Sitzungen der Geschäftsprüfungskommission ohne Äusserungsrecht teilnehmen und den Abstimmungen beiwohnen.	Wie auch in der FIKO soll das Parlamentspräsidium oder bei dessen Verhinderung seine Stellvertretung die Möglichkeit haben, bei den Sitzungen der GPK anwesend zu sein. Das Präsidium darf sich aber nicht aktiv an der Beratung beteiligen, keine Frage stellen und auch an den Abstimmungen nicht teilnehmen. Dem Präsidium wird also ausschliesslich das Recht auf Anwesenheit gewährt. Hingegen ist es möglich, dass die GPK Fragen an das Präsidium richtet (z.B. zum Ablauf des Geschäftes im Parlament). Auf solche Fragen kann das Präsidium antworten.
Art. 23 Beschlussfassung	
¹ Die Geschäftsprüfungskommission ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit ihrer Mitglieder anwesend ist. ² Bei Abstimmungen entscheidet das relative Mehr. ³ Das Präsidium stimmt mit und gibt bei Stimmengleichheit den Stichentscheid. ⁴ Das Präsidium kann Beschlüsse auf dem Zirkularweg fassen lassen, wenn a. die Beschlussfassung dringlich ist, b. sich ein Geschäft für eine solche Beschlussfassung eignet und c. die Vertraulichkeit und der Datenschutz gewahrt bleiben.	Die Absätze 1-3 entsprechen dem bisherigen Zustand. Absatz 4: Dieser Absatz wiederholt Art. 27a Abs. 4 des Geschäftsreglements. In Art. 27a werden die Zirkularbeschlüsse unter dem Randtitel «Digitale Mittel» erwähnt. Allerdings kann unter Umständen das Bedürfnis bestehen, Zirkularbeschlüsse auch «analog» zu fassen, weshalb sie hier «technologieneutral» aufgeführt sind. Zirkularbeschlüsse müssen nicht einstimmig gefasst werden, es gelten die Absätze 1-4 zu den erforderlichen Mehrheiten. Art. 27a sagt nicht, wer entscheidet, ob die Kriterien für einen Zirkularbeschluss erfüllt sind. Absatz 5 präzisiert deshalb, dass das Präsidium der Kommission ein Geschäft auf dem Zirkularweg vorlegt. Das Präsidium hat dabei zu berücksichtigen, dass die Voraussetzungen von Absatz 5 Buchstaben a-c (kumulativ) erfüllt sein müssen. Die GPK kann Beratungen auch digital abhalten gemäss Art. 27a Abs. 1-3. Da dies jedoch – auch angesichts der hohen technischen Anforderungen – eher die Ausnahme bleiben dürfte, wird darauf verzichtet, dies im GPK-Reglement zu wiederholen.
7. Schlussbestimmungen	
Art. 24 Ergänzende Bestimmungen	
Soweit dieses Reglement oder die Ausführungsbestimmungen dazu keine Regelungen enthalten, gelten für die Beratung der Geschäftsprüfungskommission die für das Parlament geltenden Bestimmungen sinngemäss.	

Entwurf GPK-Reglement 9.9.24	Erläuterungen
Art. 25 Inkrafttreten	
¹ Dieses Reglement tritt am 1. Januar 2025 in Kraft. ² Es ersetzt das GPK-Reglement vom 18. August 2008.	
Geschäftsreglement des Parlaments	
Art. 24 Nichtständige Kommission	
¹ <i>Unverändert</i> ² Wird eine nichtständige Kommission für die Durchführung einer besonderen Untersuchung beauftragt, gilt Art. 17 des GPK-Reglements sinngemäss.	Mit dieser Ergänzung des Geschäftsreglements würden die Verfahrensbestimmungen, welche für besondere Untersuchungen der GPK vorgesehen sind, auch für besondere Untersuchungen anderer Kommissionen als anwendbar erklärt. Dies vor allem auch deshalb, weil das Geschäftsreglement keine entsprechenden Regelungen kennt und damit eine Lücke geschlossen würde.
Art. 48 Einreichung	
¹ Parlamentarische Vorstösse können von jedem einzelnen Mitglied des Parlaments eingereicht werden. Motionen können auch von den ständigen Kommissionen eingereicht werden. ^{1bis - 5} <i>Unverändert</i> ⁶ Die Einreichung einer Kommissionsmotion erfordert die Zustimmung von zwei Dritteln der anwesenden Kommissionsmitglieder.	Absatz 1 wird dahingehend ergänzt, dass alle ständigen Kommissionen (d.h. GPK, FIKO und Redaktionskommission) selbstständig Motionen einreichen können. Für Postulate oder Interpellationen besteht kein Bedürfnis, da der GPK anderweitig Möglichkeiten zustehen, um Auskünfte oder Berichte einzufordern. Zu Absatz 6: Mit der Zwei-Drittels-Mehrheit soll sichergestellt werden, dass die Kommissionen nur dann eine Motion einreichen, wenn eine substantielle Mehrheit überzeugt ist, dass dem Gemeinderat ein Auftrag erteilt werden soll.

Zusammenfassung Vernehmlassungsantworten zur Revision GPK-Reglement

Inhalt	Frage	Antwort		Bemerkungen, Ergänzungen, Vorschläge (evtl. Artikel angeben)	
		Ja	Nein	Fraktion	
Aufbau/Struktur, Vorbemerkungen	Der Aufbau des Reglements und die Kapitelstruktur sind verständlich. Das Reglement erfüllt den in den Vorbemerkungen beschriebenen Zweck.			Grüne/Junge Grüne	
				SP/JUSO	<p><i>Allgemeines:</i></p> <p><i>In der Vorbemerkung zur Synopsis wird festgehalten, dass „Das neue Reglement der GPK keine grundsätzlich neuen oder zusätzlichen Aufgaben zu [weist]“. Dies steht nach Ansicht der SP-JUSO-Fraktion in einem Widerspruch dazu, dass der GPK durchaus neue Aufgaben zugewiesen werden sollen. Als Beispiel seien hier die Hauptaufgaben der GPK angeführt: In der Synopsis ist diesbezüglich neben der Vorprüfung von Geschäften zuhanden des Parlaments auch die Rede von der „Aufsicht über Gemeinderat und Verwaltung“. In der GO (Art. 54, Abs. 2), auf die in diesem Zusammenhang verwiesen wird, ist allerdings nichts zu lesen von einer Aufsicht über den Gemeinderat. Dort steht lediglich „übt die Aufsicht über die Verwaltung aus“.</i></p> <p><i>In Artikel 2 werden die Aufgaben dann noch weiter gefasst und zur Aufsicht über den Gemeinderat und die Verwaltung kommen auch noch „weitere Trägerschaften von Gemeindeaufgaben“ hinzu.</i></p> <p><i>Dies erscheint uns über den eigentlichen Auftrag der Überarbeitung des GPK Reglements hinauszugehen.</i></p> <p><i>Damit das GPK-Reglement mit der GO übereinstimmt, empfiehlt die SP-JUSO-Fraktion, dass an Stellen, wo auf die GO Bezug genommen wird, auf eine Wiederholung (bzw. eine Erweiterung) der Formulierungen aus der GO verzichtet wird und stattdessen auf übergeordnetes Recht (GO) verwiesen wird. Ein solches Vorgehen erleichtert auch die zukünftige Handhabung des Reglements (u.a. Auslegungsschwierigkeiten).</i></p>
				EVP-GLP-Mitte	<p><i>Totalrevidiertes GPK-Reglement schafft Klarheit über Arbeit der GPK und über ihre Kompetenzen (insb. gegenüber GR). Angesichts der wichtigen Rolle der GPK im Könizer Parlament ist es richtig, dass alle Spielregeln schriftlich festgehalten und erläutert sind.</i></p> <p><u>Bemerkung</u></p> <p><i>Was die Wiederholungen von Inhalten aus anderen Rechtserlassen (GO, Geschäftsordnung Parlament etc.) anbelangt, wäre alternativ auch denkbar, diese in einem separaten Kapitel des Vademecums zusammenzufassen, statt sie direkt im GPK-Reglement zu wiederholen. So müsste bei Anpassung eines anderen Rechtserlasses das GPK-Reglement nicht angepasst werden, und es bestünde ebenfalls ein Dokument mit</i></p>

Zusammenfassung Vernehmlassungsantworten zur Revision GPK-Reglement

Inhalt	Frage	Antwort		Bemerkungen, Ergänzungen, Vorschläge (evtl. Artikel angeben)	
		Ja	Nein	Fraktion	
					einer Übersicht über alle GPK-relevanten Inhalte, so dass man sich diese nicht zusammensuchen muss.
				FDP	Die FDP stellt fest, dass die Systematik der Hauptaufgaben überprüft werden muss, das heisst, die Reihenfolge der Bestimmungen in "Aufsicht" und "Vorbereitung der Parlamentsgeschäfte" sollte gewechselt werden (siehe Beilage 1)
				SVP	Es ist darauf zu achten, dass Wiederholungen von gewissen Bestimmungen aus anderen Reglementen, die für die GPK von Bedeutung sind, im Wortlaut gleich sind.
				GR	<p><u>Allgemeine Bemerkung 1:</u></p> <p>Der GR kann das Anliegen für ein möglichst umfassendes "Arbeitsmittel" für die GPK nachvollziehen. Ob dies mittels einer Totalrevision des GPK umgesetzt werden sollte, hat der Gemeinderat bereits in seiner Stellungnahme zum Auftragsformulierung vom 31. Mai 2023 in Frage gestellt. Das Anliegen kann nach Ansicht des GR sinnvoller mittels Vorgaben / einem GPK Vademecum für die interne Arbeitsweise umgesetzt werden. Punktuelle Anpassungen des GPK Reglements können wo notwendig mittels gezielter Teilrevision des GPK-Reglements umgesetzt werden. Anderenfalls muss in Zukunft jede Praxisänderung via Reglementsänderung beschlossen werden, was einen gewissen Pragmatismus und den Spielraum der GPK einschränkt. Der GR regt an, dies nochmals grundsätzlich zu überdenken.</p> <p><u>Allgemeine Bemerkung 2:</u></p> <p>Die Wiederholung von Bestimmungen der Gemeindeordnung im GPK Reglement entspricht nicht der Gesetzgebungspraxis der Gemeinde Köniz. Einerseits entstehen Auslegungsschwierigkeiten, wenn Wortlaute der GO nicht exakt übernommen werden. Zweitens besteht das Risiko von Widersprüchen bei zukünftigen Anpassungen.</p> <p>Falls GPK und Parlament trotzdem an der Idee von Wiederholungen festhalten, dann ist darauf zu achten, dass die Wortlaute exakt wiederholt werden und dass auf Stufe GPK-Reglement auf geeignete Weise (z.B. mit Klammerhinweisen) quasi gekennzeichnet wird, was schon auf höher Stufe geregelt ist (d.h. auf Stufe GPK-Reglement nicht abgeändert werden darf).</p> <p><u>Allgemeine Bemerkung 3:</u></p> <p>Der gewählte Ansatz, möglichst detailliert zu regeln bringt eine gewisse Klarheit. Andererseits besteht das Risiko einer "Überregulierung" und damit verbunden der Verlust</p>

Zusammenfassung Vernehmlassungsantworten zur Revision GPK-Reglement

Inhalt	Frage	Antwort		Bemerkungen, Ergänzungen, Vorschläge (evtl. Artikel angeben)	
		Ja	Nein	Fraktion	
					von Flexibilität und Pragmatismus. Auch hier regt der GR an, dies nochmals grundsätzlich zu überdenken.
1. Allgemeines, Art. 1 - 9	Mit dem Inhalt grundsätzlich einverstanden.			Grüne/Junge Grüne	<p>Die Fraktion der Grünen / Jungen Grünen ist weiterhin der Meinung, dass eine breitere Betrachtung der Aufgaben der GPK (z.B. auch hinsichtlich der Frage, ob ergänzende Kommissionen sinnvoll wären), angezeigt gewesen wäre. Insbesondere ist nicht ersichtlich, inwiefern die Anpassungsvorschläge zu einer verbesserten Kompatibilität mit den Realitäten der Milizpolitiker:innen beitragen können. Die Mehrheit des Parlaments hat den Auftrag an die GPK zur Überarbeitung des Reglements jedoch explizit eingeschränkt. Unter dieser Prämisse ist auch der Einwand des Gemeinderats aus unserer Sicht zu berücksichtigen.</p> <p>Die generellen Bemerkungen des Gemeinderats, dass in diesem Reglement keine über die GO hinausgehenden Kompetenzen definiert werden können, sind grundsätzlich nachvollziehbar. Gleichzeitig ist in diesem Zusammenhang relevant, wie die Aufsichtspflicht des Parlaments gemäss Art. 39 der Gemeindeordnung zu verstehen ist, wir regen hier eine Klärung an.</p> <p>Zu Art. 3: Bei der Neuerung betreffend Verbot des gleichzeitigen Einsitzes in der GPK und im Büro oder einer anderen ständigen Kommission fehlt in den Erläuterungen eine Begründung. Aus Sicht der Grünen / Jungen Grünen ist eine Verhinderung von Machtkonzentrationen auf einzelne Personen grundsätzlich sinnvoll.</p> <p>Wir gehen davon aus, dass damit nur ständige parlamentarische, nicht aber ausserparlamentarische Kommissionen gemeint sind. Dies wäre entsprechend zu präzisieren.</p> <p>Zu Art. 7: Die an den GPK-Sitzungen diskutierten Inhalte sollen grundsätzlich geheim sein. Aus Sicht der Grünen/Jungen Grünen gibt es jedoch Situationen, in denen eine Information des Parlaments bzw. der Öffentlichkeit gerechtfertigt und z.B. dem Entscheidungsfindungsprozess im Parlament dienlich ist. Die allgemeine Formulierung „Die Kommission kann im Einzelfall etwas anderes beschliessen“ erscheint uns jedoch zu pauschal. Es braucht mindestens eine konkretere Erläuterung, in was für Fällen von diesem Recht Gebrauch gemacht werden kann und was dabei zu berücksichtigen ist oder evtl. eine Einschränkung auf was für eine Art von Informationen diese Ausnahme</p>

Inhalt	Frage	Antwort		Bemerkungen, Ergänzungen, Vorschläge (evtl. Artikel angeben)	
		Ja	Nein	Fraktion	
					<p>angewendet werden kann und auf welche nicht. So sollten beispielsweise Informationen, die gemäss Öffentlichkeitsgesetz auf Anfrage sowieso veröffentlicht werden müssten, anders gehandhabt werden als z.B. personenbezogene Daten. Aus Sicht der Grünen / Jungen Grünen könnte auch über eine Differenzierung zwischen Kommunikation gegenüber den Fraktionen und Kommunikation gegenüber der Öffentlichkeit diskutiert werden. Allenfalls könnte auch über das für die Veröffentlichung der im Grundsatz geheimen Informationen notwendige Mehrheitsverhältnis der Sensibilität dieses Passus zusätzlich Rechnung getragen werden.</p> <p>Die Überlegungen hierzu sind zudem abzustimmen mit den Bestimmungen in Art. 13 und Art. 16 sowie zugehörigen Erläuterungen.</p> <p>Zu Art. 9, Abs. 2: Bei einer Regelung pro Einzelfall ist die Gesamthöhe pro Jahr theoretisch unbeschränkt. Aus Sicht der Grünen / Jungen Grünen sollte eine entsprechende Grenze ergänzt werden (z.B. 50'000 CHF). In allen Fällen besteht die Möglichkeit, über einen Antrag im Parlament zusätzliche Gelder zu beantragen.</p>
				SP/JUSO	<p>Antrag, Art. 2: streichen (oder auf GO verweisen).</p> <p>Begründung: Siehe Allgemeines.</p> <p>Antrag, Art. 3, Abs. 3: Bei der Zusammensetzung soll auch auf eine ausgewogenen Geschlechtervertretung geachtet werden.</p> <p>Antrag, Art. 7: Abs. 1, letzter Satz streichen.</p> <p>Abs. 3 streichen</p> <p>Begründung: Wir erachten die vorliegenden Formulierungen als problematisch für die Zusammenarbeit zwischen Kommission und GR sowie im Hinblick auf das grundsätzliche Kommissionsgeheimnis.</p> <p>Antrag, Art. 9: Abs. 2 hier fragen wir uns, wie dies heute genau geregelt ist? Zudem erscheint uns eine Ausgabenkompetenz von 20'000.- zu hoch und eine Rechenschaftspflicht wünschenswert.</p> <p>Dieser Absatz sollte nach Ansicht der SP-JUSO-Fraktion überarbeitet oder gestrichen werden.</p>

Inhalt	Frage	Antwort		Bemerkungen, Ergänzungen, Vorschläge (evtl. Artikel angeben)	
		Ja	Nein	Fraktion	
				EVP-GLP-Mitte	<p><u>Antrag</u></p> <p>Art. 2 Abs. 1: Die Geschäftsprüfungskommission nimmt im Auftrag des Parlaments die Aufsicht Oberaufsicht über die Geschäftsführung des Gemeinderats sowie die Oberaufsicht über die Geschäftsführung der Verwaltung und weiterer Trägerschaften von Gemeindeaufgaben wahr.</p> <p>Begründung: Gemäss Erläuterung haben GPK und Parlament die primäre und nicht die sekundäre Aufsicht über den Gemeinderat. Der Begriff «Oberaufsicht» wird als sekundäre Aufsicht beschrieben.</p> <p><u>Bemerkung</u></p> <p>Art. 2: In den Erläuterungen ist der Unterschied zwischen der Aufsicht durch das Parlament und der Aufsicht durch die GPK nicht genügend differenziert.</p> <p><u>Antrag</u></p> <p>Der Inhalt von Art. 3 Abs. 4 (Ausschluss bestimmter Kombinationen von Kommissionstätigkeiten) ist in der Geschäftsordnung des Parlaments zu regeln.</p> <p>Begründung: Die Unvereinbarkeitsregel in Art. 3 Abs. 4 betrifft auch andere Kommissionen, die teils eigene Reglemente haben. Dies spricht für eine übergeordnete Regelung. Im GPK-Reglement kann eine Wiederholung dieser Bestimmung stehen (vgl. aber allgemeinen Hinweis oben).</p> <p><u>Antrag</u></p> <p>Art. 3 Abs. 4: Die Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission dürfen nicht gleichzeitig dem Büro des Parlaments oder einer anderen ständigen Kommission angehören, <u>die Aufsichtsaufgaben wahrnimmt oder Geschäfte des Gemeinderats begutachtet</u>.</p> <p>Begründung: Die Unvereinbarkeitsklausel soll die Besetzung der Parlamentsorgane nicht über Gebühr erschweren und ist daher auf ihren Kern zu reduzieren. Dieser liegt darin, dass einzelne Parlamentsmitglieder nicht in mehreren wesensverwandten Aufgabenbereichen gleichzeitig tätig sein sollen.</p> <p><u>Bemerkung</u></p> <p>In der Erläuterung zu Art. 7 Abs. 3 steht: «Nicht geheim sind überdies Informationen, welche bereits vorher öffentlich zugänglich (d.h. allgemein bekannt) waren.» Aus Sicht der EVP-GLP-Mitte-Fraktion sind die Begriffe «öffentlich zugänglich» und «allgemein</p>

Inhalt	Frage	Antwort		Bemerkungen, Ergänzungen, Vorschläge (evtl. Artikel angeben)	
		Ja	Nein	Fraktion	
					<p>bekannt» nicht identisch. Es sollte daher von «öffentlich zugänglich oder allgemein bekannt» gesprochen werden.</p> <p><u>Frage</u></p> <p>Was passiert, wenn ein von der GPK vergebener Auftrag die Limite von 20'000 CHF gemäss Art. 9 Abs. 2 übersteigt? Erfolgt dann ein Antrag an das Parlament? Und bedeutet dies, dass das Parlament der GPK den Auftrag für eine besondere Untersuchung gemäss Art. 16 f. erteilen muss, bevor der Auftrag fortgesetzt werden kann?</p>
				FDP	Art. 9 ist auf die Höhe des Betrages zu überprüfen. Wir erachten den Betrag von kCHF 20 eher als hoch.
				SVP	<p>Rechtliche Abklärung und Klarheit schaffen</p> <p>→ Vorwürfe/Einwände der erhaltenen Vernehmlassung des Gemeinderats.</p>
				GR	<p>Art. 2 Antrag: Artikel streichen. Die Aufgaben sind in der GO Art. 54 Abs. 2 geregelt. Der neue Artikel entspricht nicht der Formulierung in der Gemeindeordnung, er setzt einen anderen Fokus und die Begriffe stimmen z.T. nicht überein (z.B. Oberaufsicht).</p> <p>Falls am Artikel 2 festgehalten wird:</p> <p>Antrag zu Absatz 1</p> <ul style="list-style-type: none"> - den Randtitel (Zweck) anders zu formulieren (eher: Auftrag); - die Wörter «über die Geschäftsführung des Gemeinderats» zu streichen (geht über die GO hinaus) - die Wörter «und weiterer Trägerschaften von Gemeindeaufgaben» zu streichen (geht über die GO hinaus) <p>Antrag zu Absatz 2, Ergänzung (wie schon in der GO) um die Wörter «sofern nicht besondere Kommissionen eingesetzt werden»</p> <p>Antrag zu Artikel 2 Absatz 3: Streichen (Absatz 3 dürfte sich inhaltlich mit Absatz 1 decken).</p> <p>Antrag zu Artikel 2 Absatz 3, die Wörter «und analysiert» zu streichen; und die Wörter «des Gemeinderats» zu streichen (geht über die GO hinaus).</p>

Zusammenfassung Vernehmlassungsantworten zur Revision GPK-Reglement

Inhalt	Frage	Antwort		Bemerkungen, Ergänzungen, Vorschläge (evtl. Artikel angeben)	
		Ja	Nein	Fraktion	
					<p>Art. 3: Antrag: Abs. 1, 2 und 3, Wiederholung von Bestimmungen, siehe allg. Bemerkung 2</p> <p>Falls an Artikel 3 festgehalten wird und der Text der GO wiederholt wird, so wäre konsequenterweise auch Artikel 41 Absatz 3 zu wiederholen (Angemessene Vertretung von Frauen und Männern).</p> <p>Art. 7: Bei Artikel 7 Absatz 3 geht der Gemeinderat davon aus, dass die Hoheit über einige Unterlagen bei ihm (d.h. beim Gemeinderat) verbleiben wird; solche Unterlagen dürfen von der GPK nicht für Dritte freigegeben werden.</p> <p>Art. 8 Entspricht dem heutigen Art. 1 Absatz 2 und sollte beibehalten werden</p>
Varianten	Art. 4, Varianten Amtsdauer Präsidium. Wir bevorzugen Variante	1	2	3	<p>Grüne/Junge Grüne: Variante 1</p> <p>Grundsätzlich erachtet die Fraktion der Grünen / Jungen Grünen einen zweijährlichen Turnus als sinnvoll und die Vergangenheit hat gezeigt, dass diese Handhabung auch praktikabel ist.</p> <p>SP/JUSO: Variante 1</p> <p>EVP-GLP-Mitte: Variante 3</p> <p>Bemerkung: Aus Sicht der EVP-GLP-Mitte-Fraktion muss die Wiederwahl ins Präsidium oder ins Vizepräsidium der GPK nicht explizit geregelt werden. Durch die allgemeine Amtszeitbeschränkung wird auch die Dauer der Ausübung der (Vize) Präsidiumsfunktion begrenzt.</p> <p>FDP: Variante 1</p> <p>SVP: Variante 1</p> <p>GR: Variante 1</p> <p>Bemerkung: Abs. 1, 2 und 3 Wiederholung von Bestimmungen, siehe allg. Bemerkung 2</p>
2. Vorbereitung der Parlamentsgeschäfte Art. 10 und 11	Mit dem Inhalt grundsätzlich einverstanden.			Grüne/Junge Grüne	<p>Grundsätzlich sind die Grünen / Jungen Grünen einverstanden, mit folgenden Vorbehalten.</p> <p>Art. 10, Abs. 2:</p> <p>Wichtig ist bei der Prüfung der Geschäfte, dass diese auch auf ihre Konsistenz hinsichtlich relevanter Strategien geprüft werden (z.B. Energiestrategie, Finanzstrategie, Biodiversitätskonzept, ...). Wir regen an, dass dies mit einer entsprechenden Ergänzung in der Checkliste gelöst wird.</p>

Zusammenfassung Vernehmlassungsantworten zur Revision GPK-Reglement

Inhalt	Frage	Antwort		Bemerkungen, Ergänzungen, Vorschläge (evtl. Artikel angeben)	
		Ja	Nein	Fraktion	
					Zu Art. 11: Die Fraktion Grüne/Junge Grüne regt an zu prüfen, ob zusätzlich die aktuelle Praxis (engere Begleitung besonders grosser/komplexer Geschäfte durch mehrmalige Behandlung) explizit abgebildet werden müsste.
				SP/JUSO	
				EVP-GLP-Mitte	<u>Frage</u> Ist in Art. 10 Abs. 2 bewusst nicht vorgesehen, dass die GPK dem Parlament Nichteintreten beantragen kann?
				FDP	
				SVP	
				GR	Art. 10 Absatz 1: Allenfalls umformulieren. Absatz 1 muss auch dem Umstand Rechnung tragen, dass gewisse Geschäfte schon per Reglement anderen Kommissionen zur Vorberatung zugewiesen sind (vgl. v.a. Fiko-Reglement) Art. 10 Absatz 2: Hier braucht es eine klare Unterscheidung im Reglement zwischen dem Prüfungsauftrag und der Abstimmungsempfehlung (mit 2 separaten "Beschlüssen" der GPK). Die GPK sollte wie vorgeschlagen prüfen, ob ein Geschäft entscheidreif ist und dies auch in einem separaten "Feststellungsbeschluss" festhalten. Die Abstimmungsempfehlung (separater GPK -"Beschluss" als Antrag an das Parlament zur Ablehnung oder Annahme des Geschäfts) beinhaltet nach Ansicht des GR aber zwingend auch eine politische Beurteilung. Dies entspricht auch der Praxis auf Kantons- und Bundesebene. Art. 10 Absatz 4: Der GR ist mit dem Inhalt einverstanden. Art. 11: Der GR ist mit dem Inhalt einverstanden.
Varianten	Art. 10, Varianten Zuständigkeit für das Verschieben von	1	2	Grüne/Junge Grüne: Variante 2 Die Grünen / Jungen Grünen plädieren für eine Beibehaltung der heutigen Regelung. Die Diskussion im Parlament zu ermöglichen, scheint gegenüber dem Mehraufwand in Anbetracht der Anzahl Fälle	

Inhalt	Frage	Antwort		Bemerkungen, Ergänzungen, Vorschläge (evtl. Artikel angeben)	
		Ja	Nein	Fraktion	
	Geschäften, die nicht entscheidreif sind.				<p>vertretbar. Ausserdem besteht das Risiko, dass bei einer Änderung seltener von der Möglichkeit Gebrauch gemacht wird, dass der Gemeinderat bis zur Parlamentssitzung Zusatzinformationen liefert und eine Verzögerung so vermieden werden kann.</p> <p>SP/JUSO: keine der beiden Varianten</p> <p>Die SP-JUSO-Fraktion kann keine der beiden Varianten unterstützen. Variante 1 wäre eine markante Ausweitung der Kompetenzen der GPK, und ein Grund dafür ist nicht ersichtlich.</p> <p>Variante zwei erscheint uns als nicht nötig. Das Parlament kann bereits jetzt Geschäfte zurückweisen etc. und die GPK dem Parlament Empfehlungen abgeben.</p> <p>Die SP-JUSO-Fraktion ist der Ansicht, dass die Zuständigkeit für das Verschieben von Geschäften beim Parlament (ausschliesslich beim Parlament) belassen werden soll. Denn der GR ist grundsätzlich für seine Geschäfte verantwortlich und hat deshalb u.a. dafür zu sorgen, dass deren Entscheidreife gegeben ist.</p> <p>EVP-GLP-Mitte: Variante 2</p> <p>Aus Sicht der EVP-GLP-Mitte-Fraktion hat ein von der GPK gestellter Antrag auf Verschiebung eines Geschäfts hohes Gewicht. Es ist zu erwarten, dass der Gemeinderat in vielen Fällen, in denen die GPK einen solchen Antrag stellt, das Geschäft selbst zurückzieht. Vor das Parlament kämen somit nur strittige Fälle. Der abschliessende Entscheid über diese Fälle soll dem Parlament obliegen.</p> <p>FDP: Variante 2</p> <p>SVP: eher Variante 1</p> <p>aber Ablauf nicht ganz klar –Parlamentsunterlagen bereits traktandiert/Geschäft muss vom zust. Gemeinderat an Parlamentssitzung zurückgezogen werden...?!?..Wäre dann ähnlich wie Variante heute, ausser zwingend für GR ohne GPK Antrag an Parlament..?</p> <p>GR: Variante 2</p> <p>Art. 10 Absatz 3 Der Gemeinderat spricht sich für die Beibehaltung der bisherigen Situation aus.</p> <p>Der Gemeinderat erlaubt sich den grundsätzlichen Hinweis, dass dieses Verschieben zu überdenken ist. Der Reglementsentwurf sieht das Verschieben nur für den Fall vor, dass das Geschäft an «wesentlichen sachlichen Mängeln» leidet. In diesem Fall dürfte es nicht ausreichen, dass die GPK zusätzliche Unterlagen erhält, sondern es dürfte nötig sein, den (schon versandten) Parlamentsantrag zu korrigieren oder zu ergänzen. Anders gesagt wird im Fall wirklich wesentlicher Mängel eine Rückweisung und «Neuaufgabe» des Geschäfts wohl unumgänglich sein.</p>

Zusammenfassung Vernehmlassungsantworten zur Revision GPK-Reglement

Inhalt	Frage	Antwort		Bemerkungen, Ergänzungen, Vorschläge (evtl. Artikel angeben)	
		Ja	Nein	Fraktion	
3. Aufsicht, Art. 12 und 13	Mit dem Inhalt grundsätzlich einverstanden.			Grüne/Junge Grüne	
				SP/JUSO	<p>Bei diesen beiden Artikeln muss darauf geachtet werden, dass diese GO-konform sind, bzw. nicht über die GO hinausgehen.</p> <p>Antrag, Art. 13: Abs. 1 c streichen.</p> <p>Begründung: Widerspruch zu Art. 11, Abs. 1 e und zudem gilt es hier zu beachten, dass die GPK – laut vorliegendem Entwurf – Unterlagen für Dritte zugänglich machen kann. Auch deshalb muss der Art. 13, Abs. 1 aus unserer Sicht gestrichen werden.</p> <p>Antrag, Art. 12: Abs. 1 soll nicht über die GO hinausgehen</p> <p>Antrag, Art. 12: Abs. 2: „grundsätzlich“ streichen</p>
				EVP-GLP-Mitte	<p><u>Frage</u></p> <p>Erfolgt die Information des Parlaments gemäss Art. 13 Abs. 4 in jedem Fall, oder gibt es Aufsichtsaufgaben, über die die GPK dem Parlament nicht berichtet? Oder bezieht sich Abs. 4 nur auf schwerwiegende Beanstandungen gemäss Abs. 3?</p>
				FDP	
				SVP	GO „Verträglichkeit“ prüfen! (Bemerkungen Gemeinderat)
				GR	<p>Art. 12 Abs. 1: Antrag, die Wörter «Geschäftsführung des Gemeinderats» zu streichen (da sie über die GO hinausgehen).</p> <p>Art. 12: Antrag: "grundsätzlich" streichen. Nach Ansicht des GR übt die GPK die Aufsicht immer nachträglich aus.</p> <p>Art. 12 Absatz 3: Es fällt auf, dass der Wortlaut über die GO hinausgeht, indem erstens die «dezentrale Verwaltung» und zweitens die «externen Trägerschaften» erwähnt werden. Antrag, diese Passagen zu streichen. – Bei «dezentraler Verwaltung» fällt ohnehin auf, dass der Begriff nicht definiert ist, möglicherweise überlappt er sich in Köniz weitgehend mit den externen Trägerschaften?</p>

Zusammenfassung Vernehmlassungsantworten zur Revision GPK-Reglement

Inhalt	Frage	Antwort		Bemerkungen, Ergänzungen, Vorschläge (evtl. Artikel angeben)	
		Ja	Nein	Fraktion	
					Art, 13: Antrag: in Absatz 1 explizit festhalten, dass dies nur für die Aufsichtstätigkeit gilt und nicht für den Prüfungsauftrag
4. Weitere Aufgaben, Art. 14 und 15	Mit dem Inhalt grundsätzlich einverstanden			Grüne/Junge Grüne	Aus der aktuellen Erläuterung zu Abs. 1 wird nicht klar, welche Optionen zusätzlich zur parlamentarischen Initiative gemeint sind, um der GPK einen solchen Auftrag zu geben. Die Möglichkeit von Kommissionsmotionen wird explizit begrüsst.
				SP/JUSO	Antrag, Art. 15: Abs. 1, 2 und 3 streichen. Begründung: Kompetenzerweiterung ohne ersichtlichen Grund. (Siehe auch Ausführungen GR)
				EVP-GLP-Mitte	<u>Bemerkung</u> In der Erläuterung zu Art. 15 Abs. 1 ist die Rede von weiteren Aufträgen „aus dem Bereich der Aufsichtstätigkeit“. Als Beispiel wird die Erarbeitung einer Vorlage aufgrund einer parlamentarischen Initiative genannt. Hierbei handelt es sich aber nicht eine Aufsichtsaufgabe.
				FDP	
				SVP	Rechtliche Abklärung und Klarheit schaffen nach Bemerkungen/Ergänzungen Gemeinderat
				GR	Art. 14: Wiederholung von Bestimmungen, siehe allg. Bemerkung 2 Art. 15: Antrag, den Artikel nochmals genau zu prüfen und anschliessend zu überarbeiten. Es fällt auf, dass der Wortlaut inhaltlich dem widerspricht, was in den Erläuterungen beschrieben wird (in den Erläuterungen ist nur die Rede von «Aufsichtstätigkeit»). Nach dem Wortlaut von Art. 15 Abs. 1 könnte die GPK Geschäfte aller Art erarbeiten. Gemäss den heutigen Regelungen kann sie das nicht bzw. nur im Rahmen von Umsetzungen parlamentarischer Initiativen. Art. 15 Absatz 3: Antrag: Absatz streichen: Der GR kann den Bedarf für diese Regelung in Köniz nicht nachvollziehen
5. Besondere Untersuchung	Mit dem Inhalt grundsätzlich einverstanden.			Grüne/Junge Grüne	Die Grünen / Jungen Grünen begrüssen die Möglichkeit von besonderen Untersuchungen. Es ist jedoch zu konkretisieren, welche Informationen unter welchen Bedingungen veröffentlicht werden können (s. auch Antwort zu Art. 7.)

Inhalt	Frage	Antwort		Bemerkungen, Ergänzungen, Vorschläge (evtl. Artikel angeben)	
		Ja	Nein	Fraktion	
en, Art. 16 und 17				SP/JUSO	<p>Antrag, Art. 16, Abs. 2: Anträge ans Parlament sollten vom Parlamentsbüro, nicht der GPK gestellt werden. (Bezug auf Erläuterung, vgl. Stellungnahme GR)</p> <p>Antrag, Art. 17: Abs. 3 und Abs. 5 streichen.</p> <p>Begründung: Der Inhalt dieser Absätze wird unserer Meinung nach besser im „Whistleblowing-Reglement“ geregelt.</p> <p>Abs. 3: Ist in unseren Augen sehr problematisch. Einerseits kann die GPK Amtsgeheimnisse in Erfahrung bringen, andererseits soll sie gestützt auf Art. 7 Abs. 3 darüber entscheiden können, Unterlagen für Dritte zugänglich zu machen. Hier ist auch der Verweis darauf, dass die GPK-Mitglieder selbst ans Amtsgeheimnis gebunden sind, nicht hinreichend, da dieses mit dem vorliegenden Entwurf einfach umgangen werden kann und eine klare Abgrenzung zwischen Besondere Untersuchung und normaler GPK-Tätigkeit nicht ersichtlich ist. Wir lehnen die Aufweichung des Amtsgeheimnisses in allen Fällen ab, sind aber besonders besorgt, wenn dieses im Fall von Besonderen Untersuchungen mit Zugang zu Amtsgeheimnissen (gegen den Willen des GRs) nicht gewahrt wird.</p> <p>Allgemein haben wir uns gefragt, ob für besondere Untersuchungen (gewissermassen eine kommunale PUK) nicht besser eine eigene nicht-ständige Kommission eingesetzt werden sollte. So könnte bei Ereignissen von besonderer Tragweite bei der Zusammensetzung der Kommission auch den geforderten Kompetenzen Rechnung getragen werden (was gerade angesichts der Tragweite angemessen erscheint), auch könnte so besser sichergestellt werden, dass bei den Kommissionsmitgliedern die notwendigen Ressourcen in dem konkreten Moment vorhanden sind. Auch einer zu grossen Machtkonzentration könnte so entgegengewirkt werden.</p>
				EVP-GLP-Mitte	<p><u>Frage</u></p> <p>Wer erteilt dem Parlamentsbüro den Auftrag, dem Parlament einen Antrag für eine besondere Untersuchung zu stellen? Ist hierfür eine ans Parlamentsbüro adressierte Motion einzureichen?</p> <p><u>Bemerkung</u></p> <p>In Art. 17 Abs. 6 ist von einem „Recht“ gemäss Abs. 4 die Rede. In Abs. 4 wiederum sind mehrere Rechte erwähnt (an den Befragungen teilnehmen; Ergänzungsfragen stellen; sich durch einen Rechtsbeistand vertreten lassen). Das Recht „an den Befragungen</p>

Zusammenfassung Vernehmlassungsantworten zur Revision GPK-Reglement

Inhalt	Frage	Antwort		Bemerkungen, Ergänzungen, Vorschläge (evtl. Artikel angeben)	
		Ja	Nein	Fraktion	
					<i>teilzunehmen“ ist in Bezug auf Abs. 6 nicht sinnvoll, da dieser Absatz ja schon ausschliesslich auf Personen abzielt, die ohnehin an den Befragungen teilnehmen.</i>
				FDP	
				SVP	
				GR	<p>Art. 16 und 17: Der GR kann den Bedarf für diese Regelung in Köniz nachvollziehen (Bsp. Untersuchung Musikschule).</p> <p>Art. 16 Abs. 2: Antrag: anpassen. Wohl irrtümlich steht in den Erläuterungen, die GPK könne dem Parlament Antrag stellen. Richtig ist wohl, dass das Parlamentsbüro Antrag stellt.</p>
6. Verfahren und Arbeitsweise, Art. 18 – 23	Mit dem Inhalt grundsätzlich einverstanden.			Grüne/Junge Grüne	Die beratende Funktion der Fachstelle Parlament sowie der Mitglieder des Gemeinderats und ihrer Stellvertreter:innen ist wichtig und sinnvoll. Das Antragsrecht wird jedoch kritisch gesehen. Es ist nicht klar, wieso die Vertretung der Fachstelle Parlament als nicht demokratisch gewählte Personen einen so starken Einfluss auf die Entscheidungsfindung haben sollen.
				SP/JUSO	<p>Antrag, Art. 18, Abs. 2: Streichen</p> <p>Begründung: Ein Antragsrecht für die Fachstelle Parlament hat keine demokratische Legitimation und würde dazu führen, dass Personalfragen mit Blick auf die Fachstelle Parlament politisiert werden. Das lehnen wir strikt ab.</p> <p>Antrag, Art. 23, Abs. 4: Wir äussern uns an dieser Stelle (nicht bei Art. 15) zum Vorschlag, dass die GPK neu auch Motionen einreichen können soll. Wir sind klar der Meinung, dass dies nicht wünschenswert ist. Mitglieder aus der GPK können Vorstösse über ihre Fraktionen lancieren. Gerade vor dem Hintergrund, dass die GPK Geschäfte prüft, finden wir es nicht nur nicht notwendig, sondern sogar kontraproduktiv, dass die GPK neu auch Motionen einreichen können soll. So würde der Prüfauftrag mit Sachgeschäften vermischt. Das Vertrauen in die GPK untergraben. Ein Mehrwert ist nicht ersichtlich.</p>
				EVP-GLP-Mitte	<p><u>Frage</u></p> <p>In Art. 19 Abs. 3 Bst. b wird dem Parlament die Kompetenz zugesprochen, eine GPK-Sitzung einzuberufen. Reicht es nicht aus, wenn das Parlament der GPK Aufträge</p>

Zusammenfassung Vernehmlassungsantworten zur Revision GPK-Reglement

Inhalt	Frage	Antwort		Bemerkungen, Ergänzungen, Vorschläge (evtl. Artikel angeben)	
		Ja	Nein	Fraktion	
					erteilen kann? Wie die GPK sich für die Erfüllung dieser Aufträge organisiert, insbesondere die Sitzungsorganisation, sollte nach Auffassung der EVP-GLP-Mitte-Fraktion Sache der GPK sein. <u>Antrag</u> Art. 23. Abs. 1: Die Geschäftsprüfungskommission ist beschlussfähig, wenn ihre Mitglieder mehrheitlich die Mehrheit ihrer Mitglieder anwesend sind ist. Begründung: Diese Formulierung ist sprachlich präziser; «mehrheitlich anwesend» könnte z. B. auch bedeuten, dass die Mitglieder zu mehr als 50 Prozent der Sitzungszeit anwesend sind.
				FDP	
				SVP	
				GR	Art. 18 Absatz 2: Der GR versteht die FS Parlament in einer beratenden Funktion (Organisation, Protokollführung, Sicherstellung korrekter Abläufe und Vorgehen, Beratung). Er regt an, das vorgeschlagene Antragsrecht der FS Parlament zu überdenken oder zumindest dieses auf formale Fragen zu beschränken. Art. 20: Der GR regt an, explizit festzuhalten, dass die anwesenden GR Mitglieder auch bei der Beratung des Geschäfts anwesend sind. Mit der Formulierung, dass die Kommission in begründeten Fällen ein Geschäft ohne GR Vertretung beraten kann, ist der GR einverstanden.
7. Schlussbestimmungen, Art. 24 und 25	Mit dem Inhalt grundsätzlich einverstanden.			Grüne/Junge Grüne	
				SP/JUSO	
				EVP-GLP-Mitte	
				FDP	

Zusammenfassung Vernehmlassungsantworten zur Revision GPK-Reglement

Inhalt	Frage	Antwort		Bemerkungen, Ergänzungen, Vorschläge (evtl. Artikel angeben)	
		Ja	Nein	Fraktion	
				SVP	
				GR	
Art. 24, nichtständige Kommission für Untersuchungen	Mit dem Inhalt grundsätzlich einverstanden			Grüne/Junge Grüne	
				SP/JUSO	<i>Kommentar: Macht dieser Artikel die Bestimmungen zu den Besonderen Untersuchungen innerhalb der GPK nicht überflüssig? Uns erscheint es so, dass hier zwei „kommunale PUK“ Möglichkeiten geschaffen werden.</i> <i>Wir erachten dies aus den oben erwähnten Gründen (siehe Anmerkungen zu 5.) vor allem bei besonderen Untersuchungen innerhalb der GPK als problematisch und sehen in dieser Doppelspurigkeit keine Vorteile aber potentielle Zuständigkeitskonflikte.</i>
				EVP-GLP- Mitte	
				FDP	
				SVP	
				GR	
Art. 48, Kommissions- motionen	Mit dem Inhalt grundsätzlich einverstanden.			Grüne/Junge Grüne	
				SP/JUSO	<i>Siehe Bemerkung unter Art. 23 Abs. 4</i>
				EVP-GLP- Mitte	<u>Bemerkung</u> <i>In der Auflistung der ständigen Kommissionen fehlt die Redaktionskommission. Ein Verzicht auf die Möglichkeit, Postulate und Interpellationen einzureichen, ist zudem nur</i>

Zusammenfassung Vernehmlassungsantworten zur Revision GPK-Reglement

Inhalt	Frage	Antwort		Bemerkungen, Ergänzungen, Vorschläge (evtl. Artikel angeben)	
		Ja	Nein	Fraktion	
					dann angezeigt, wenn auch die anderen ständigen Kommissionen hierfür keinen Bedarf haben.
				FDP	
				SVP	Eher ja – es bleibt das Risiko eines „politischen Handelns“
				GR	Antrag streichen: (Begründung Auftrag und Zuständigkeit): Es handelt sich hier um ein neues Instrument. Nach Ansicht des Gemeinderats ist die Einführung des neuen parlamentarischen Instruments der Kommissionsmotion via Anpassung des Geschäftsreglement des Parlaments nicht Teil des Auftrags des Parlaments an die GPK zur Revision des GPK Reglements. Gemäss Vorbemerkung der synoptischen Darstellung "weist das neue Reglement der GPK keine grundsätzlich neuen oder zusätzlichen Aufgaben zu".
Allgemeine Bemerkungen/Ergänzungen zum Reglement				Grüne/Junge Grüne	Besten Dank an die Projektgruppe und an die GPK für ihre Arbeit an diesem Reglementsentwurf.
				SP/JUSO	Die SP-JUSO-Fraktion hatte von Beginn an Bedenken, dass eine Kommission ihr eigenes Reglement überarbeitet, da diese Konstellation dazu einlädt, sich selbst mehr Kompetenzen einzuräumen. Mit der vorliegenden Synopsis sieht die SP-JUSO-Fraktion sich in ihrer skeptischen Haltung bestätigt (Bsp. Motion, Antragsrecht Fachstelle Parlament etc.).
				EVP-GLP-Mitte	
				FDP	-
				SVP	Es bleibt immer zu bedenken, dass es sich um ein Milizparlament handelt und somit der Arbeitsaufwand, die Belastung, der regelmässige personelle Wechsel etc. im Aufgaben- und Zuständigkeitsbereich zu berücksichtigen gilt.
				GR	Siehe oben allgemeine Bemerkungen 1-3

Entwurf GPK	Erläuterungen	Rückmeldungen/Anträge der Fraktionen/GR und Stellungnahme GPK
<p>Allgemeine Punkte/Fragen, die das GPK-Reglement als Ganzes betreffen:</p> <ul style="list-style-type: none"> Formelles: Reihenfolge Geschäftsprüfung und Oberaufsicht (Art. 2 Abs. 1 und 2) bzw. Reihenfolge Kapitel 2 und 3 (Hinweis FDP) <p>Stellungnahme GPK Die GPK dankt für den Hinweis und beschliesst, die Reihenfolge beizubehalten.</p> <ul style="list-style-type: none"> GPK fällt Grundsatzentscheid bezüglich exakte Übernahme GO-Wortlaut <p>Stellungnahme GPK Die GPK beschliesst, dass der Wortlaut der GO im Reglement wiederholt werden soll.</p> <ul style="list-style-type: none"> Klärung und Differenzierung des Begriffs "Aufsicht" (gemäss Art. 39 GO: "Das Parlament übt die Aufsicht über den Gemeinderat und die Oberaufsicht über die Gemeindeverwaltung aus") <p>Stellungnahme GPK Die GPK beschliesst, die Begrifflichkeiten im GPK-Reglementsentwurf gemäss Wortlaut der GO anzupassen.</p>		
1. Allgemeines		
Art. 1 Gegenstand		
<p>¹ Dieses Reglement bestimmt die Wahl, die Zusammensetzung, die Aufgaben, die Organisation und die Arbeitsweise der Geschäftsprüfungskommission.</p> <p>² Vorbehalten bleiben Bestimmungen der Gemeindeordnung und des Geschäftsreglements des Parlaments.</p>	Das revidierte GPK-Reglement fasst die wesentlichen für die GPK relevanten Bestimmungen in einem Erlass zusammen. Teilweise werden dadurch Bestimmungen wiederholt, die sich in anderen Reglementen (insb. GO oder Geschäftsreglement) finden. Das GPK-Reglement soll aber den Parlamentarierinnen und Parlamentariern ein Arbeitsmittel sein, dass die Regelung ihrer Arbeit in der GPK einigermaßen umfassend beschreibt. Deshalb wird in Kauf genommen, dass das GPK-Reglement gewisse Wiederholungen enthält und u.U angepasst werden muss, wenn ein übergeordnetes Reglement angepasst wird.	
Art. 2 Zweck		

Entwurf GPK	Erläuterungen	Rückmeldungen/Anträge der Fraktionen/GR und Stellungnahme GPK
<p>¹ Die Geschäftsprüfungskommission nimmt im Auftrag des Parlaments die Oberaufsicht über die Geschäftsführung des Gemeinderats, der Verwaltung und weiterer Trägerschaften von Gemeindeaufgaben wahr.</p> <p>² Sie prüft die Geschäfte zuhanden des Parlaments.</p> <p>³ Sie untersucht und analysiert die Geschäftstätigkeit des Gemeinderats und der Verwaltung auf ihre Ordnungsmässigkeit hin.</p> <p>⁴ Sie weist auf Missstände hin und gibt Empfehlungen ab.</p>	<p>Artikel 2 umschreibt im Sinne einer Präambel/Einleitung den Sinn und Zweck und damit die Kerntätigkeit der GPK. Die Kommission ist ein Kontrollorgan mit zwei Hauptaufgaben: Prüfung konkreter Geschäfte zuhanden des Parlaments und Prüfung der allgemeinen und allenfalls spezifischen Geschäftstätigkeit von Gemeinderat, Verwaltung und – indirekt – auch die externen Trägerschaften von öffentlichen Aufgaben im Zuständigkeitsbereich der Gemeinde.</p> <p>Absatz 1 hält fest, dass die GPK die «Oberaufsicht» über den Gemeinderat und die Verwaltung wahrnehme. Im Folgenden wird in diesem Reglement nur noch der Begriff «Aufsicht» verwendet. Die primäre Aufsicht über die Verwaltungstätigkeit (inkl. der externen Aufgabenträgerschaften) obliegt dem Gemeinderat. Die parlamentarische Aufsicht ist in diesem Sinn eine Oberaufsicht, als sie eine sekundäre Aufsicht darstellt, welche mit einer gewissen politischen Distanziertheit die Verwaltungstätigkeit beobachtet und allenfalls Feststellungen trifft oder Empfehlungen abgibt, aber keine Weisungen erteilt oder Entscheidungen der Verwaltung korrigiert. Im Verhältnis zum Gemeinderat ist die parlamentarische Aufsicht eine direktere, da zwischen den beiden Organen nicht ein weiteres Gremium steht, welches die Arbeit des Gemeinderats zu überwachen hätte. Insofern ist das Parlament das direkte Kontroll- und Aufsichtsorgan über den Gemeinderat. Gleichwohl hat das Parlament auch die Arbeit des Gemeinderats mit einer entsprechenden «Distanz» zu beaufsichtigten. Die GPK kann auch gegenüber dem Gemeinderat zwar Feststellungen bezüglich der Qualität, der Kosten oder der Rechtmässigkeit treffen und allenfalls entsprechende Empfehlungen abgeben, aber nicht direkt intervenieren. Da die Begrifflichkeiten von Oberaufsicht und Aufsicht gewisse Berührungspunkte und Überlappungen aufweisen, wird im Folgenden nur noch von Aufsicht die Rede sein. Entscheidend ist, dass sich die GPK im Bereich der <i>parlamentarischen</i> Aufsicht bewegt.</p>	<p>Hinweise Fraktionen/GR:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Art. 2 Abs. 1 und 2 wechseln (zuerst Geschäftsprüfung und dann Oberaufsicht) oder Kapitel 2 (Vorbereitung der Parlamentsgeschäfte) und 3 (Aufsicht) wechseln (Hinweis FDP) > Siehe Stellungnahme GPK oben zu allg. Punkten/Fragen - Die generellen Bemerkungen des GR, dass in diesem Reglement keine über die GO hinausgehenden Kompetenzen definiert werden können sind grundsätzlich nachvollziehbar. Gleichzeitig ist in diesem Zusammenhang relevant, wie die Aufsichtspflicht des Parlaments gemäss Art. 39 der GO zu verstehen ist, wir regen hier <u>eine Klärung</u> an. (Kommentar Grüne / Junge Grüne) > Siehe Stellungnahme GPK oben zu allg. Punkten/Fragen - In den Erläuterungen ist der Unterschied zwischen der Aufsicht durch das Parlament und der Aufsicht durch die GPK nicht genügend differenziert (Kommentar EVP-GLP-Mitte) > Siehe Stellungnahme GPK oben zu allg. Punkten/Fragen <p>Anträge:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Antrag SP/JUSO und GR: Art. 2 ganz streichen, da über GO hinausgeht. <p>¹ Die Geschäftsprüfungskommission nimmt im Auftrag des Parlaments die Oberaufsicht über die Geschäftsführung des Gemeinderats, der Verwaltung und weiterer Trägerschaften von Gemeindeaufgaben wahr.</p> <p>² Sie prüft die Geschäfte zuhanden des Parlaments.</p> <p>³ Sie untersucht und analysiert die Geschäftstätigkeit des Gemeinderats und der Verwaltung auf ihre</p>

Entwurf GPK	Erläuterungen	Rückmeldungen/Anträge der Fraktionen/GR und Stellungnahme GPK
		<p>Ordnungsmässigkeit hin.</p> <p>⁴Sie weist auf Missstände hin und gibt Empfehlungen ab.</p> <p><i>Begründung: Die Aufgaben sind in der GO Art. 54 Abs. 2 geregelt. Der neue Artikel entspricht nicht der Formulierung in der Gemeindeordnung, er setzt einen anderen Fokus und die Begriffe stimmen z.T. nicht überein (z.B. Oberaufsicht).</i></p> <p>➤ Siehe Stellungnahme GPK oben zu allg. Punkten/Fragen</p> <p>Stellungnahme GPK: Die Trägerschaften sollen im Reglement explizit erwähnt werden.</p> <ul style="list-style-type: none"> Antrag EVP-GLP-Mitte: Art. 2 Abs. 1: <p>Die Geschäftsprüfungskommission nimmt im Auftrag des Parlaments die <u>Aufsicht</u> Oberaufsicht über die Geschäftsführung des Gemeinderats <u>sowie die</u> Oberaufsicht über die Geschäftsführung der Verwaltung und weiterer Trägerschaften von Gemeindeaufgaben wahr.</p> <p><i>Begründung: Gemäss Erläuterung haben GPK und Parlament die primäre und nicht die sekundäre Aufsicht über den Gemeinderat. Der Begriff «Oberaufsicht» wird als sekundäre Aufsicht beschrieben.</i></p> <p>➔ Der Antrag wurde zurückgezogen</p> <p>Falls an Art. 2 festgehalten wird:</p> <ul style="list-style-type: none"> Antrag GR: Art. 2 Abs. 1

Entwurf GPK	Erläuterungen	Rückmeldungen/Anträge der Fraktionen/GR und Stellungnahme GPK
		<ul style="list-style-type: none"> ○ den Randtitel (Zweck) anders formulieren (eher: Auftrag); <p>Stellungnahme GPK Zustimmung</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ die Wörter «über die Geschäftsführung des Gemeinderats» streichen (geht über die GO hinaus) ○ die Wörter «und weiterer Trägerschaften von Gemeindeaufgaben» streichen (geht über die GO hinaus) <p>→ Siehe Stellungnahme GPK oben zu allg. Punkten/Fragen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Antrag GR: Art. 2 Abs. 2 <p>Ergänzung (wie schon in der GO) um die Wörter «sofern nicht besondere Kommissionen eingesetzt werden»:</p> <p>² Sie prüft die Geschäfte zuhanden des Parlaments, sofern nicht besondere Kommissionen eingesetzt werden.</p> <p>Stellungnahme GPK: Die GPK begrüsst die Ergänzung.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Antrag GR: Art. 2 Abs. 3

Entwurf GPK	Erläuterungen	Rückmeldungen/Anträge der Fraktionen/GR und Stellungnahme GPK
		<p>die Wörter «und analysiert» streichen; und die Wörter «des Gemeinderats» streichen (geht über die GO hinaus).</p> <p>³ Sie untersucht und analysiert die Geschäftstätigkeit des Gemeinderats und der Verwaltung auf ihre Ordnungsmässigkeit hin.</p> <p>Stellungnahme GPK:</p> <p>Die GPK beschliesst, den Absatz gemäss vorliegendem Entwurf beizubehalten.</p>
Art. 3 Wahl und Zusammensetzung		
<p>¹ Die Geschäftsprüfungskommission besteht aus sieben Mitgliedern.</p> <p>² Das Parlament wählt aus seiner Mitte das Präsidium, das Vizepräsidium und die übrigen Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission.</p> <p>³ Für die Zusammensetzung der Kommission ist der Verhältnisschlüssel massgebend, der sich aus den letzten Wahlen des Parlaments ergeben hat.</p> <p>⁴ Die Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission dürfen nicht gleichzeitig dem Büro des Parlaments oder einer anderen ständigen Kommission angehören.</p>	<p>Diese Regelungen (ausser Abs. 4) finden sich weitgehend bereits in der GO (Art. 54, 41 und 26 GO). Aus Gründen der Benutzerfreundlichkeit werden sie hier wiedergegeben.</p> <p>Zu Absatz 3: Der Verhältnisschlüssel ist im Abstimmungs- und Wahlreglement definiert. Massgebend ist die Parteienstärke (nicht die Fraktionsgrösse).</p> <p>Zu Absatz 4: Neu ist die Bestimmung, welche vorsieht, dass eine GPK-Mitgliedschaft nicht mit dem gleichzeitigen Einsitz im Parlamentsbüro oder in einer anderen ständigen Kommission des Parlaments vereinbar ist.</p>	<p>Hinweise Fraktionen/GR:</p> <p>- Art. 3 Abs. 4: Präzisieren, dass in Abs. 4 nur ständige <u>parlamentarische</u>, nicht aber ausserparlamentarische Kommissionen gemeint sind (Kommentar Grüne/Junge Grüne)</p> <p>Stellungnahme GPK:</p> <p>Die GPK beschliesst, die Ergänzung gemäss Vorschlag der Grünen/Jungen Grünen Fraktion vorzunehmen.</p> <p>Anträge:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Antrag GR: Art. 3 Abs. 1-3 streichen, da Wiederholungen von Bestimmungen der GO. <p>¹ Die Geschäftsprüfungskommission besteht aus sieben Mitgliedern.</p> <p>² Das Parlament wählt aus seiner Mitte das Präsidium, das Vizepräsidium und die übrigen Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission.</p> <p>³ Für die Zusammensetzung der Kommission ist</p>

Entwurf GPK	Erläuterungen	Rückmeldungen/Anträge der Fraktionen/GR und Stellungnahme GPK
		<p>der Verhältnisschlüssel massgebend, der sich aus den letzten Wahlen des Parlaments ergeben hat.</p> <p>→ Siehe Stellungnahme GPK oben zu allg. Punkten/Fragen</p> <ul style="list-style-type: none"> Antrag SP/JUSO und Antrag GR, falls an Art 3 festgehalten wird: <p>Art. 3 Abs. 3: Bei der Zusammensetzung soll auch auf eine ausgewogene Geschlechtervertretung geachtet werden. Gemäss Art. 41 Abs. 3 GO.</p> <p>³ Für die Zusammensetzung der Kommission ist der Verhältnisschlüssel massgebend, der sich aus den letzten Wahlen des Parlaments ergeben hat. Frauen und Männer sollen in der Kommission angemessen vertreten sein.</p> <p>Stellungnahme GPK:</p> <p>Die GPK begrüsst die Ergänzung.</p> <ul style="list-style-type: none"> Antrag EVP-GLP-Mitte: Art. 3 Abs. 4 Steichen <p>Der Inhalt von Art. 3 Abs. 4 (Ausschluss bestimmter Kombinationen von Kommissionstätigkeiten) ist in der Geschäftsordnung des Parlaments zu regeln.</p> <p>⁴ Die Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission dürfen nicht gleichzeitig dem Büro des Parlaments oder einer anderen ständigen Kommission angehören.</p> <p><i>Begründung: Die Unvereinbarkeitsregel in Art. 3 Abs. 4 betrifft auch andere Kommissionen, die teils eigene Reglemente haben. Dies spricht für eine übergeordnete Regelung. Im GPK-Reglement kann eine Wiederholung dieser Bestimmung stehen (vgl. aber allgemeinen Hinweis oben).</i></p>

Entwurf GPK	Erläuterungen	Rückmeldungen/Anträge der Fraktionen/GR und Stellungnahme GPK
		<p>Stellungnahme GPK:</p> <p>Die GPK beschliesst, den Absatz 4 zu präzisieren, das heisst Fiko, Parlamentsbüro und Präsidien und Vize-Präsidien des Parlaments und der Kommissionen im Absatz 4 konkret zu benennen</p> <ul style="list-style-type: none"> Antrag EVP-GLP-Mitte: Art. 3 Abs. 4: <p>Die Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission dürfen nicht gleichzeitig dem Büro des Parlaments oder einer anderen ständigen Kommission angehören, die Aufsichtsaufgaben wahrnimmt oder Geschäfte des Gemeinderats begutachtet.</p> <p><i>Begründung: Die Unvereinbarkeitsklausel soll die Besetzung der Parlamentsorgane nicht über Gebühr erschweren und ist daher auf ihren Kern zu reduzieren. Dieser liegt darin, dass einzelne Parlamentsmitglieder nicht in mehreren wesensverwandten Aufgabenbereichen gleichzeitig tätig sein sollen.</i></p> <p>→ Siehe Stellungnahme GPK oben zu allg. Punkten/Fragen</p>
Art. 4 Amtsdauer und Amtszeitbeschränkung		
<p>¹ Die Amtsdauer der Mitglieder beträgt zwei Jahre.</p> <p>² Ersatzwahlen erfolgen für den Rest der Amtsdauer.</p> <p>³ Die Amtszeit ist auf drei aufeinanderfolgende, ganze Amtsdauern beschränkt.</p> <p><i>Variante 1:</i></p> <p>⁴ Das Präsidium und das Vizepräsidium können von der gleichen Person jeweils nur für eine Amtsdauer ausgeübt werden.</p> <p><i>Variante 2:</i></p> <p>⁴ Das Präsidium und das Vizepräsidium können von der gleichen Person jeweils maximal für zwei Amtsdauern ausgeübt werden.</p>	<p>Die Amtsdauer der GPK beträgt zwei Jahre (anders als die Amtsdauer der Parlamentsmitglieder, die vier Jahre dauert). Diese kürzere Amtsdauer von zwei Jahren ist in der Gemeindeordnung festgelegt (Art. 41 Abs. 1 GO). Da die Wiederwählbarkeit der Gemeindeorgane (und damit auch der GPK) gemäss Art. 26 Abs. 1 GO auf drei Amtsdauern beschränkt ist, beträgt die maximale Mitgliedschaft in der GPK sechs aufeinanderfolgende Jahre (plus allenfalls eine angebrochene Amtsdauer).</p> <p>Die Amtsdauer der GPK-Mitglieder dauert bis zur Gesamterneuerungswahl der Kommission, d.h. faktisch bis zur ersten Parlamentssitzung im Januar nach den Gemeindewahlen bzw. bis zur ersten Parlamentssitzung im Januar in der Mitte der Legislatur (d.h. nach</p>	<p>Wahl der Variante für Art. 4 Abs. 4</p> <p>Grüne/Junge Grüne: Variante 1 SP/JUSO: Variante 1 EVP-GLP-Mitte: Variante 3 FDP: Variante 1 SVP: Variante 1 GR: Variante 1</p> <p>Stellungnahme GPK:</p> <p>Die GPK spricht sich für Variante 1 (bisherige Praxis) aus.</p>

Entwurf GPK	Erläuterungen	Rückmeldungen/Anträge der Fraktionen/GR und Stellungnahme GPK
<p>Variante 3: Das Präsidium und das Vizepräsidium können von der gleichen Person grundsätzlich jeweils nur für eine Amtsdauer ausgeübt werden. Stellt sich kein anderes Kommissionsmitglied für das Präsidium oder das Vizepräsidium zur Verfügung, so ist Wiederwahl für eine zweite Amtsdauer zulässig.</p>	<p>zwei Jahren).</p> <p>Zu Absatz 4 werden drei Varianten vorgelegt: Bisher war es so, dass das Präsidium und das Vizepräsidium während <i>einer</i> Amtsdauer ausgeübt werden konnten. Nach Variante 1 wäre dies auch weiterhin so. Nach Variante 2 wäre es möglich, diese Funktionen (maximal) während <i>zwei</i> Amtsdauern (d.h. 2x 2 Jahre) auszuüben. Die Variante 3 geht davon aus, dass (wie in Variante 1) Wiederwahl für das Präsidium und das Vizepräsidium grundsätzlich nicht zulässig ist; allerdings lässt Variante 3 die Möglichkeit offen, dass ausnahmsweise die Wiederwahl einer Person ins Präsidium oder ins Vizepräsidium für eine zweite Amtsdauer gestattet würde, sofern sie kein anderes Mitglied der GPK für diese Funktionen zur Verfügung stellt.</p>	
Art. 5 Ausschüsse		
<p>¹ Die Geschäftsprüfungskommission kann für die Erledigung ihrer Aufgaben ständige oder einzelgeschäftsbezogene Ausschüsse bilden.</p> <p>² Sie kann einzelnen Kommissionsmitgliedern dauernd oder einzelfallweise Prüfungsaufträge erteilen.</p> <p>³ Die Ausschüsse und Kommissionsmitglieder berichten der Kommission.</p> <p>⁴ Die Beschlussfassung erfolgt durch die Kommission.</p>	<p>Die GPK kann sich für ihre Tätigkeit selbst organisieren. Sie kann sich insbesondere so organisieren, dass sie für ihre Prüf- und Kontrolltätigkeiten Ausschüsse bildet oder einzelne Mitglieder (Referentinnen und Referenten) beauftragt, die sich einem Thema, einem bestimmten Geschäft oder einer Verwaltungseinheit widmen. Die entsprechenden Aufträge können einzelfallweise oder dauernd erteilt werden. Die Ausschüsse und Referentinnen/Referenten haben keine eigenen Entscheidungsbefugnisse; sie berichten der Kommission, welche darüber entscheidet, wie sie mit den Prüfungsergebnissen verfährt.</p> <p>Die GPK kann zur Verstetigung ihrer Organisation Ausführungsbestimmungen erlassen (Verordnung, Prüfungsrichtlinien etc.). Die Grundlage dazu findet sich in Artikel 8 Absatz 2.</p>	
Art. 6 Ausstandspflicht		
Die Ausstandspflicht richtet sich nach dem Gemeindegesetz	Keine Änderung gegenüber dem bisherigen Zustand.	

Entwurf GPK	Erläuterungen	Rückmeldungen/Anträge der Fraktionen/GR und Stellungnahme GPK
Art. 7 Kommissionsgeheimnis		
<p>¹ Die Diskussionen der Geschäftsprüfungskommission, das Stimmverhalten der Mitglieder und das exakte Abstimmungsergebnis sind vorbehaltlich Absatz 2 geheim. Die Kommission kann im Einzelfall etwas anderes beschliessen.</p> <p>² Bei Abstimmungsempfehlungen zuhanden des Parlaments legt die Kommission das Abstimmungsergebnis offen.</p> <p>³ Die Sitzungsunterlagen sind geheim, soweit sie nicht durch Beschluss der Kommission für Dritte zugänglich gemacht werden oder bereits öffentlich zugänglich sind.</p>	<p>Absatz 1: Auch für die GPK (wie für alle Kommissionen) gilt der Grundsatz, dass sie nicht öffentlich tagt. Entsprechend unterliegen ihre Diskussionen der Vertraulichkeit (Kommissionsgeheimnis; vgl. auch Art. 11 Abs. 3 des kant. Informations- und Medienförderungsgesetzes [IMG]). Eine unzulässige Bekanntgabe solcher vertraulichen Informationen kann eine Amtsgeheimnisverletzung (Art. 320 StGB) darstellen. Allerdings kann die GPK im Einzelfall beschliessen, Informationen aus ihrem Kreis zu veröffentlichen, z.B. betreffend das Abstimmungsverhältnis etc.</p> <p>Absatz 2: Absatz 2 enthält eine Ausnahme zu Absatz 1: Die Bestimmung betrifft nur die Vorberatung der Geschäfte, welche anschliessend im Parlament behandelt und entschieden werden. Die GPK prüft diese Geschäfte und gibt zuhanden des Parlaments eine Abstimmungsempfehlung ab (Annahme, Ablehnung oder Rückweisung), wobei sie – im Sinne einer politischen Willensäusserung – ausdrücklich bekanntgibt, in welchem Stimmenverhältnis die Kommission entschieden hat. Nicht offengelegt wird hingegen das Stimmverhalten der einzelnen Kommissionmitglieder. Absatz 2 entspricht der bisherigen Regelung und Praxis.</p> <p>Absatz 3 verdeutlicht, dass nicht nur die in der GPK geführten Diskussionen, sondern auch die Unterlagen (d.h. sämtliche auf Datenträgern jeder Art enthaltenen Informationen) ebenfalls geheim sind. Die GPK kann allerdings auch diese willentlich veröffentlichen. Nicht geheim sind überdies Informationen, welche bereits vorher öffentlich zugänglich (d.h. allgemein bekannt) waren.</p>	<p>Hinweise Fraktionen/GR:</p> <ul style="list-style-type: none"> - „Die Kommission kann im Einzelfall etwas anderes beschliessen“, ist zu pauschal. Wie soll diese Bestimmung angewendet werden, für was? Für was nicht? -> Es braucht konkrete Erläuterungen. Es könnte auch diskutiert werden, ob es eine Differenzierung braucht zwischen Kommunikation gegenüber Fraktionen und gegenüber Öffentlichkeit (Kommentar Grüne/Junge Grüne) <p>Stellungnahme GPK: Die GPK beschliesst, bei Art. 7 Abs. 1 den letzten Satz zu streichen.</p> <ul style="list-style-type: none"> - In der Erläuterung zu Art. 7 Abs. 3 steht: «Nicht geheim sind überdies Informationen, welche bereits vorher öffentlich zugänglich (d.h. allgemein bekannt) waren.» Aus Sicht der EVP-GLP-Mitte-Fraktion sind die Begriffe «öffentlich zugänglich» und «allgemein bekannt» nicht identisch. Es sollte daher von «öffentlich zugänglich oder allgemein bekannt» gesprochen werden. (Bemerkung EVP-GLP-Mitte) <p>Stellungnahme GPK: Die Erläuterungen werden präzisiert.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Bei Art. 7 Abs. 3 geht der Gemeinderat davon aus, dass die Hoheit über einige Unterlagen bei ihm (d.h. beim Gemeinderat) verbleiben wird; solche Unterlagen dürfen von der GPK nicht für Dritte freigegeben werden (Bemerkung GR) <p>Stellungnahme GPK: Die Erläuterungen werden präzisiert.</p> <p>Anträge:</p>

Entwurf GPK	Erläuterungen	Rückmeldungen/Anträge der Fraktionen/GR und Stellungnahme GPK
		<ul style="list-style-type: none"> • Antrag SP/JUSO: Art. 7 Abs. 1 letzter Satz streichen: <p>¹ Die Diskussionen der Geschäftsprüfungskommission, das Stimmverhalten der Mitglieder und das exakte Abstimmungsergebnis sind vorbehaltlich Absatz 2 geheim. Die Kommission kann im Einzelfall etwas anderes beschliessen.</p> <p style="text-align: center;">→ Siehe Stellungnahme GPK oben zu allg. Punkten/Fragen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Antrag SP/JUSO: Art. 7 Abs. 3 streichen: <p>³ Die Sitzungsunterlagen sind geheim, soweit sie nicht durch Beschluss der Kommission für Dritte zugänglich gemacht werden oder bereits öffentlich zugänglich sind.</p> <p><i>Begründung: problematisch für Zusammenarbeit zwischen Kommission und GR sowie grundsätzlich problematisch bezüglich Kommissionsgeheimnis.</i></p> <p>Stellungnahme GPK:</p> <p>Die GPK beschliesst, den Absatz 3 beizubehalten.</p>
Art. 8 Organisation		
<p>¹ Die Geschäftsprüfungskommission schafft geeignete Instrumente und legt entsprechende Abläufe fest, um ihre Prüfungs- und Aufsichtstätigkeit einheitlich, konsistent, kontinuierlich und vergleichbar zu gestalten.</p> <p>² Sie erlässt dazu bei Bedarf die erforderlichen Ausführungsbestimmungen.</p>	<p>Das GPK-Reglement selbst enthält nur wenige Vorgaben über die Vorgehensweise, die Abläufe, die Organisation, die Instrumente und Methoden der Geschäftsprüfung und der Aufsichtstätigkeit der GPK. Vorgegeben ist das <i>Ergebnis</i> der Tätigkeit der GPK: Sie muss die Geschäfte prüfen, die dem Parlament vorgelegt werden, und sie muss Gemeinderat und Verwaltung beaufsichtigen. Die GPK soll sich selbst organisieren und die ihr angemessen erscheinenden Vorgehensweisen und Instrumente wählen. Sie kann bspw. die Verwaltung auch weiterhin im bisherigen</p>	<p>Hinweise Fraktionen/GR:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Art. 8 entspricht dem heutigen Art. 1 Abs. 2 und sollte beibehalten werden. (Kommentar GR)

Entwurf GPK	Erläuterungen	Rückmeldungen/Anträge der Fraktionen/GR und Stellungnahme GPK
	<p>Referentensystem beaufsichtigen, sie kann aber auch eine andere Methodik festlegen. Wichtig ist, dass die Prüfungen und die Aufsichtstätigkeit nach einheitlichen Regeln, vergleichbar, kontinuierlich und konsistent erfolgt. Diese Regeln sollen verschriftlicht werden.</p> <p>Absatz 2 enthält die Grundlage dafür, dass die GPK im Sinne von Ausführungsbestimmungen Regeln über die Organisation und die Abläufe ihrer Aufsichts- und Prüftätigkeiten erlassen kann. Dies in Form von Verordnungen, allenfalls Richtlinien etc. erfolgen (z.B. für Prüfmethodik, Referentensystem etc.).</p>	
Art. 9 Sachverständige und Gutachten		
<p>¹ Die Geschäftsprüfungskommission kann für die Behandlung eines Geschäfts sachverständige Dritte beiziehen oder Gutachten in Auftrag geben.</p> <p>² Die Kommission kann zu diesem Zweck Ausgaben bis zu Fr. 20'000 beschliessen.</p>	<p>Schon bisher kann die GPK Sachverständige beiziehen oder Begutachtungen in Auftrag geben. Ein entsprechender Bedarf kann insbesondere im Bereich der Aufsichtstätigkeit entstehen.</p> <p>Absatz 2 sieht neu vor, dass die GPK über eine eigene Ausgabenzuständigkeit von CHF 20'000 im Einzelfall verfügt, wenn sie externe Aufträge erteilt. Die Kompetenz der GPK für solche Ausgaben wurde bisher aus der Sachzuständigkeit der GPK abgeleitet. Neu soll dies nun ausdrücklich verankert werden.</p> <p>Wird die GPK für eine besondere Untersuchung gemäss Art. 16 f. eingesetzt, so wird das Parlament selbst im Untersuchungsauftrag auch die Ressourcen festlegen. Die Zuständigkeit gemäss Art. 9 Abs. 2 betrifft demnach vor allem Aufträge im Umfeld der «normalen» Aufsichtstätigkeit der GPK.</p>	<p>Hinweise Fraktionen/GR:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Art. 9 Abs. 2: Eine Obergrenze von bsp. CHF 50'000 für die jährlichen Ausgaben benennen. (Kommentar Grüne/Junge Grüne) - Was passiert, wenn ein von der GPK vergebener Auftrag die Limite von 20'000 CHF gemäss Art. 9 Abs. 2 übersteigt? Erfolgt dann ein Antrag an das Parlament? Und bedeutet dies, dass das Parlament der GPK den Auftrag für eine besondere Untersuchung gemäss Art. 16 f. erteilen muss, bevor der Auftrag fortgesetzt werden kann? (Frage EVP-GLP-Mitte) - Art. 9 ist auf die Höhe des Betrages zu überprüfen. Wir erachten den Betrag von CHF 20 eher als hoch. (Bemerkung FDP) - Rechtliche Abklärung und Klarheit schaffen (Bemerkung SVP) <p>Anträge:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Antrag SP/JUSO: Art. 9 Abs. 2: Streichung oder Überarbeitung:

Entwurf GPK	Erläuterungen	Rückmeldungen/Anträge der Fraktionen/GR und Stellungnahme GPK
		<p>² Die Kommission kann zu diesem Zweck Ausgaben bis zu Fr. 20'000 beschliessen. Oder Überarbeitung</p> <p><i>Begründung: Wie ist dies heute geregelt? Zudem erscheint uns eine Ausgabenkompetenz von 20'000.- zu hoch und eine Rechenschaftspflicht wünschenswert.</i></p> <p>Stellungnahme GPK: Die GPK lehnt den Antrag ab.</p>
2. Vorbereitung der Parlamentsgeschäfte		
Art. 10 Prüfungsauftrag		
<p>¹ Die Geschäftsprüfungskommission berät Geschäfte des Parlaments vor, soweit dieses dafür nicht eine andere ständige oder nichtständige Kommission einsetzt.</p> <p>² Sie prüft, ob die Geschäfte in der Sache entscheidungsfähig sind, und beantragt dem Parlament Annahme, Ablehnung oder Rückweisung.</p> <p><i>Variante 1:</i></p> <p>³ Sie kann ein traktandiertes Geschäft verschieben, wenn sie der Ansicht ist, dass dieses wegen wesentlicher Mängel nicht entscheidungsfähig ist.</p> <p><i>Variante 2</i></p> <p>³ Sie kann dem Parlament beantragen, ein traktandiertes Geschäft zu verschieben, wenn sie der Ansicht ist, dass dieses wegen wesentlicher sachlicher Mängel nicht entscheidungsfähig ist.</p> <p>⁴ Der Gemeinderat kann die Kommission einladen, ein Geschäft von besonderer Tragweite bereits bei der Erarbeitung vor der Beschlussfassung durch das Parla-</p>	<p>Absatz 1: Das Parlament kann bei Bedarf eine besondere Kommission zur Prüfung von Geschäften einsetzen. Im Normalfall ist es aber die GPK, welche – wie ihr Name sagt – die Geschäfte (vor-)prüft, die dem Parlament vom Gemeinderat unterbreitet werden, ausser bei Geschäften, für welche die Finanzkommission zuständig ist. Die GPK hat die Funktion eines Vorfilters, der die Geschäfte im Hinblick auf ihre Vollständigkeit, Nachvollziehbarkeit und Entscheidungsfähigkeit hin prüft. Die Prüfung ist keine politische, sie soll aber sicherstellen, dass dem Parlament nur Geschäfte unterbreitet werden, welche zum Entscheid bereit sind und welche die relevanten Fragen beantworten.</p> <p>Absatz 2: Die GPK gibt zuhanden des Parlaments eine Abstimmungsempfehlung ab. Sie kann dem Parlament beantragen, das Geschäft anzunehmen, abzulehnen oder zur Verbesserung zurückzuweisen.</p> <p>Zu Absatz 3: Variante 1:</p>	<p>Hinweise Fraktionen/GR:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Art. 10 Abs. 1: Allenfalls umformulieren. Abs. 1 muss auch dem Umstand Rechnung tragen, dass gewisse Geschäfte schon per Reglement anderen Kommissionen zur Vorberatung zugewiesen sind (vgl. v.a. Fiko-Reglement). (Kommentar GR) - Vorbehalt zu Art. 10 Abs. 2: Wichtig ist bei der Prüfung der Geschäfte, dass diese auch auf ihre Konsistenz hinsichtlich relevanter Strategien geprüft werden (z.B. Energiestrategie, Finanzstrategie, Biodiversitätskonzept, ...). Wir regen an, dass dies mit einer entsprechenden Ergänzung in der Checkliste gelöst wird. (Kommentar Grüne/Junge Grüne) - Ist in Art. 10 Abs. 2 bewusst nicht vorgesehen, dass die GPK dem Parlament Nichteintreten beantragen kann? <p>Stellungnahme GPK: Die GPK beschliesst, Abs. 1 redaktionell anzupassen.</p>

Entwurf GPK	Erläuterungen	Rückmeldungen/Anträge der Fraktionen/GR und Stellungnahme GPK
<p>ment oder im Nachgang dazu während der Umsetzung zu begleiten.</p>	<p>Ist ein Geschäft aus Sicht der GPK (noch) nicht entscheidreif, kann sie das bereits traktandierte Geschäft auf eine spätere Parlamentssitzung verschieben. Durch die Verschiebung erhält die GPK zusätzliche Zeit, um das Geschäft «entscheidreif» zu machen, indem sie bspw. beim Gemeinderat zusätzliche Unterlagen oder Informationen einfordert. Die GPK soll eine Verschiebung nicht leichtfertig veranlassen, sondern nur, wenn das Geschäft «wesentliche» Mängel aufweist. Solche Mängel liegen etwa vor, wenn wesentliche Unterlagen fehlen oder wenn das Geschäft sachlich klarerweise nicht nachvollziehbar ist. Erachtet die GPK das Geschäft auch nach Einholung ergänzender Informationen als nicht entscheidreif, kann sie dem Parlament Rückweisung an den Gemeinderat zur Nachbesserung beantragen.</p> <p>Variante 2: Diese Fassung entspricht inhaltlich der bisherigen Situation: Die GPK kann ein Geschäft nicht selbst verschieben, sondern muss dem Parlament eine Verschiebung eines traktandierten Geschäfts beantragen. Dies ist allerdings insofern nicht ganz sachlogisch, als die Verschiebung gerade den Sinn hat, der GPK überhaupt zu ermöglichen, zu einem Geschäft substantiell Stellung zu nehmen. Insofern würde es auf der Hand liegen, die GPK selbst über die Verschiebung entscheiden zu lassen (Variante 1).</p> <p>Zu Absatz 4: In bestimmten Fällen kann es sinnvoll sein, dass die GPK ein Geschäft nicht nur kurz vor der Vorlage an das Parlament prüft, sondern während eines längeren Zeitraums begleitet (z.B. bereits bei der Erarbeitung oder nach der Verabschiedung durch das Parlament in der Umsetzung). Dies kann u.U. bei Geschäften von besonderer Tragweite angezeigt werden (z.B. hohe Kosten, grosse politische oder faktische Bedeutung). Gemäss Absatz 4 muss der Gemeinderat eine solche Begleitung durch die GPK veranlassen; die GPK kann dies nicht von sich aus gegen den Willen des Gemeinderats «anordnen». Sie kann aber natürlich, wenn sie Hinweise auf einen Abklärungsbedarf erhält, im Rahmen ihrer Aufsichtsbefugnisse (Art. 12 f.) bei Bedarf</p>	<p>(Frage EVP-GLP-Mitte)</p> <p>Stellungnahme GPK: Die GPK beschliesst, Abklärungen vorzunehmen. Antrag auf Nichteintreten soll nicht möglich sein.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Art. 10 Abs. 2: Hier braucht es eine klare Unterscheidung im Reglement zwischen dem Prüfungsauftrag und der Abstimmungsempfehlung (mit 2 separaten "Beschlüssen" der GPK). Die GPK sollte wie vorgeschlagen prüfen, ob ein Geschäft entscheidreif ist und dies auch in einem separaten "Feststellungsbeschluss" festhalten. Die Abstimmungsempfehlung (separater GPK - "Beschluss" als Antrag an das Parlament zur Ablehnung oder Annahme des Geschäfts) beinhaltet nach Ansicht des GR aber zwingend auch eine politische Beurteilung. Dies entspricht auch der Praxis auf Kantons- und Bundesebene. (Kommentar GR) - Stellungnahme GPK: Die Abstimmungsempfehlung der GPK z.Hd. Parlament ist politisch. - Art. 10 Abs. 3: Der Gemeinderat spricht sich für die Beibehaltung der bisherigen Situation aus. - Der Gemeinderat erlaubt sich den grundsätzlichen Hinweis, dass dieses Verschieben zu überdenken ist. Der Reglementsentwurf sieht das Verschieben nur für den Fall vor, dass das Geschäft an «wesentlichen sachlichen Mängeln» leidet. In diesem Fall dürfte es nicht ausreichen, dass die GPK zusätzliche Unterlagen erhält, sondern es dürfte nötig sein, den (schon versandten) Parlamentsantrag zu korrigieren oder zu ergänzen. Anders gesagt wird im Fall wirklich wesentlicher Mängel eine Rückweisung und «Neuaufgabe» des Geschäfts wohl unumgänglich sein. (Kommentar GR)

Entwurf GPK	Erläuterungen	Rückmeldungen/Anträge der Fraktionen/GR und Stellungnahme GPK
	allenfalls ein Geschäft auch ausserhalb der «Geschäftsprüfungstätigkeit» vertieft betrachten.	<p>Wahl der Variante: Grüne/Junge Grüne: Variante 2 SP/JUSO: keine der beiden Varianten EVP-GLP-Mitte: Variante 2 FDP: Variante 2 SVP: eher Variante 1 GR: Variante 2</p> <p>Stellungnahme GPK: Die GPK spricht sich für die Variante 2 aus.</p>
Art. 11 Grundlagen der Prüfung		
<p>¹ Die Geschäftsprüfungskommission bereitet die Parlamentsgeschäfte auf der Grundlage eines Berichts des Gemeinderates vor.</p> <p>² Der Gemeinderat stellt der Kommission das vollständige Geschäft spätestens 14 Tage vor der Sitzung zur Verfügung.</p> <p>³ Die Kommission kann zur Vorbereitung der Geschäfte</p> <ul style="list-style-type: none"> a. Einsicht in Akten nehmen, soweit dies für die Behandlung des Geschäfts erforderlich ist, b. Akten zur Einsicht einverlangen, auf welche die durch den Gemeinderat unterbreiteten Beratungsunterlagen Bezug nehmen, c. den Gemeinderat und dessen Mitglieder zur Erteilung von Auskünften einladen, d. Sachverständige beiziehen und am Geschäft Interessierte anhören, e. im Einverständnis mit dem zuständigen Mitglied des Gemeinderats Mitarbeiter:innen der Verwaltung zum Geschäft befragen. <p>⁴ Ausgenommen vom Einsichtsrecht nach Absatz 3 Buchstaben a und b sind interne Arbeitspapiere, Entwürfe und Mitberichte.</p>	<p>Absatz 1: Auf der Grundlage eines Berichts des Gemeinderats: Die GPK prüft ausschliesslich Geschäfte, die vom GR verabschiedet worden sind. Sie befasst sich nicht mit Geschäften oder Vorhaben, die von einer einzelnen Direktion direkt an sie herangetragen werden.</p> <p>Absatz 2: Wie bisher soll der Gemeinderat der Kommission ein Geschäft, das im Parlament beraten werden soll, spätestens 14 Tage vor der Kommissionssitzung zur Verfügung stellen.</p> <p>Absatz 3: Hier werden die Informationsmöglichkeiten der GPK im Rahmen einer Geschäftsprüfung beschrieben.</p> <p>Absatz 4: Die GPK hat kein Recht, interne Arbeitspapiere, Entwürfe und Mitberichte der Direktionen einzusehen. Der Gemeinderat muss die Möglichkeit haben, ein Geschäft u.U. kontrovers zu diskutieren oder verschiedene Lösungsstränge zu verfolgen, ohne diese offen-</p>	<p>Hinweise Fraktionen/GR:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Zu Art. 11: Die Fraktion Grüne/Junge Grüne regt an zu prüfen, ob zusätzlich die aktuelle Praxis (engere Begleitung besonders grosser/komplexer Geschäfte durch mehrmalige Behandlung) explizit abgebildet werden müsste. (Kommentar Grüne/Junge Grüne) <p>Stellungnahme GPK: Die Möglichkeit von 2 Lesungen ist bereits in Art. 10 Abs. 4 geregelt.</p>

Entwurf GPK	Erläuterungen	Rückmeldungen/Anträge der Fraktionen/GR und Stellungnahme GPK
	legen zu müssen. Dieser «geschützte Raum zur Entscheid- und Lösungsfindung» stellt sicher, dass der Gemeinderat als Gesamtkollegium bzw. Kollegialbehörde seine Regierungsarbeit verrichten kann.	
3. Aufsicht		
Art. 12 Umfang		
<p>¹ Die Geschäftsprüfungskommission beaufsichtigt zuhanden des Parlaments die Geschäftsführung des Gemeinderats und die Erfüllung der Aufgaben durch die Verwaltung.</p> <p>² Sie übt ihre Aufsicht grundsätzlich nachträglich aus.</p> <p>³ Sie übt die Aufsicht über die dezentrale Verwaltung und weitere externe Trägerschaften öffentlicher Aufgaben aus. Sie beschränkt sich dabei auf die Prüfung, ob der Gemeinderat seine Aufsicht und Steuerung ordnungsgemäss ausübt.</p>	<p>Absatz 1: Artikel 12 beschreibt die zweite Hauptaufgabe der GPK, die Aufsicht über die Geschäftsführung des Gemeinderats und der Verwaltung. Zur Verwaltung gehört grundsätzlich auch die Aufgabenerfüllung durch die dezentrale Verwaltung bzw. externen Trägerschaften von Verwaltungs- bzw. Gemeindeaufgaben.</p> <p>Absatz 2: Die parlamentarische Aufsicht wird grundsätzlich nachträglich ausgeübt, d.h. die GPK prüft im Nachhinein, ob Gemeinderat und Verwaltung ihre Ämter und Funktionen ordnungsgemäss ausgeübt haben.</p> <p>Zu Absatz 3: Soweit die GPK die dezentrale Verwaltung bzw. externe Aufgabenträgerschaften beaufsichtigt, tut sie dies mit verengter Optik: Sie beschränkt sich dabei in erster Linie auf die Prüfung, ob der Gemeinderat (und allenfalls die Verwaltung) seinerseits seine Aufsicht über die dezentralen Aufgabenträger richtig wahrgenommen (und beispielsweise angemessen gegenüber der Trägerschaft interveniert) hat.</p>	<p>Hinweise Fraktionen/GR:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Bei Art. 12 und 13 muss darauf geachtet werden, dass diese GO-konform sind, bzw. nicht über die GO hinausgehen. (Hinweis SP/JUSO und SVP) → Siehe Stellungnahme GPK oben zu allg. Punkten/Fragen <p>Anträge:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Antrag SP/JUSO und GR: Art. 12 Abs. 1 soll nicht über die GO hinausgehen bzw. die Wörter «Geschäftsführung des Gemeinderats» streichen. <p>¹ Die Geschäftsprüfungskommission beaufsichtigt zuhanden des Parlaments die Geschäftsführung des Gemeinderats und die Erfüllung der Aufgaben durch die Verwaltung. → Siehe Stellungnahme GPK oben zu allg. Punkten/Fragen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Antrag SP/JUSO und GR: Art. 12 Abs. 2: "grundsätzlich" streichen. <p>² Sie übt ihre Aufsicht grundsätzlich nachträglich aus.</p>

Entwurf GPK	Erläuterungen	Rückmeldungen/Anträge der Fraktionen/GR und Stellungnahme GPK
		<p>Stellungnahme GPK: Die GPK lehnt den Antrag der SP/JUSO und GR ab.</p> <ul style="list-style-type: none"> Antrag GR: Art. 12 Abs. 3 Es fällt auf, dass der Wortlaut über die GO hinausgeht, indem erstens die «dezentrale Verwaltung» und zweitens die «externen Trägerschaften» erwähnt werden. Antrag, diese Passagen zu streichen. – Bei «dezentraler Verwaltung» fällt ohnehin auf, dass der Begriff nicht definiert ist, möglicherweise überlappt er sich in Köniz weitgehend mit den externen Trägerschaften? → Siehe Stellungnahme GPK oben zu allg. Punkten/Fragen <p>³ Sie übt die Aufsicht über die dezentrale Verwaltung und weitere externe Trägerschaften öffentlicher Aufgaben aus. Sie beschränkt sich dabei auf die Prüfung, ob der Gemeinderat seine Aufsicht und Steuerung ordnungsgemäss ausübt.</p> <p>Stellungnahme GPK: Die GPK lehnt den Antrag des GR ab.</p>
Art. 13 Arbeitsweise		
<p>¹ Die Geschäftsprüfungskommission kann, soweit dies zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben erforderlich ist, zusätzlich zu den Befugnissen nach Artikel 11 Absatz 3</p> <ol style="list-style-type: none"> Einsicht in Beschlüsse des Gemeinderats, interne Arbeitspapiere, Entwürfe und Mitberichte nehmen, Stellen der Verwaltung besuchen und Akten dieser Stellen einsehen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ohne Einverständnis des Gemeinderats befragen. 	<p>Absatz 1: Für ihre Aufsichtstätigkeit stehen der GPK einerseits die Informationsbefugnisse gemäss Art. 11 Abs. 3 zu. Zusätzlich kann sie aber in interne Arbeitspapiere, Entwurf und Mitberichte Einsicht nehmen, Verwaltungsbesuche vornehmen, Akten einsehen und von Mitarbeitern direkt Auskünfte einholen. Der Gemeinderat wird darüber informiert, er muss jedoch nicht unbedingt einverstanden sein. Im Rahmen der Aufsichtstätigkeit kann die GPK alle</p>	<p>Hinweise Fraktionen/GR:</p> <ul style="list-style-type: none"> Bei Art. 12 und 13 muss darauf geachtet werden, dass diese GO-konform sind, bzw. nicht über die GO hinausgehen. (Hinweis SP/JUSO und SVP) → Siehe Stellungnahme GPK oben zu allg. Punkten/Fragen Erfolgt die Information des Parlaments gemäss

Entwurf GPK	Erläuterungen	Rückmeldungen/Anträge der Fraktionen/GR und Stellungnahme GPK
<p>² Sie kann den beaufsichtigten Stellen keine Weisungen erteilen und deren Verfügungen oder andere Anordnungen nicht aufheben oder ändern.</p> <p>³ Sie bringt Beanstandungen dem Gemeinderat zur Kenntnis. Wiegen diese schwer, orientiert sie zusätzlich das Parlament.</p> <p>⁴ Sie berichtet dem Parlament über das Ergebnis ihrer Prüfung, stellt die erforderlichen Anträge und gibt Empfehlungen ab.</p>	<p>Informationen einfordern, die gemäss Öffentlichkeitsprinzip von der Verwaltung oder dem Gemeinderat ohnehin bekanntgegeben werden müssen. Diese Informationen unterliegen von vornherein nicht dem Amtsgeheimnis. Darüber hinaus erfährt die GPK möglicherweise auch Informationen, die der Geheimhaltung unterstehen (indem sie z.B. in Mitberichten einer Direktion Einsicht nehmen kann, die gemäss kantonalem Informations- und Medienförderungsgesetz (IMG) grundsätzlich nicht öffentlich sind). Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Mitglieder der GPK ihrerseits ebenfalls dem Amtsgeheimnis unterstehen. Erhalten sie im Rahmen ihrer Aufsichtstätigkeit Kenntnis von geheimhaltungswürdigen Informationen, werden sie ihrerseits zu Geheimnisträgerinnen und -trägern.</p> <p>Bei der Befragung von Mitarbeitenden ohne Einverständnis des Gemeinderats geht es nicht darum, das Amtsgeheimnis zu durchbrechen. Ein (in der Regel grosser) Teil der Informationen in der Verwaltung ist nicht geheim bzw. müsste, wenn die Verwaltung angefragt würde, auch Medienschaffenden oder Privatpersonen bekanntgegeben werden. Entsprechend unterliegen diese Informationen nicht dem Amtsgeheimnis. In diesem Rahmen haben die Mitarbeitenden der Kommission für Auskünfte zur Verfügung zu stehen. Die Mitarbeitenden können sich jedoch bei Informationen, die geheim zu halten sind, auf das Amtsgeheimnis berufen. Geht es um Informationen, die dem Amtsgeheimnis unterstehen, so kann der Gemeinderat die entsprechenden Mitarbeitenden auf Antrag der GPK vom Amtsgeheimnis entbinden. Die GPK kann jedoch den Gemeinderat nicht «übersteuern», soweit es um Auskunftserteilungen im Rahmen von Art. 13 geht. Führt die GPK allerdings eine <i>besondere Untersuchung</i> durch (vgl. Art. 16 f.), so gehen die Informations- und Befragungsrechte der GPK weiter: Ist das Amtsgeheimnis betroffen, so ist der Gemeinderat zwar anzuhören. Der Gemeinderat hat dann darzulegen, aus welchen Gründen er allenfalls eine Auskunft nicht erteilen will. Weigert sich der Gemeinderat, kann die GPK entscheiden, ob die entsprechenden Informationen herauszugeben sind. Die GPK kann also bei besonderen Untersuchungen auch gegen den Willen des</p>	<p>Art. 13 Abs. 4 in jedem Fall oder gibt es Aufsichtsaufgaben, über die die GPK dem Parlament nicht berichtet? Oder bezieht sich Abs. 4 nur auf schwerwiegende Beanstandungen gemäss Abs.3? (Frage EVP-GLP-Mitte)</p> <p>Stellungnahme GPK:</p> <p>Die GPK beschliesst, dass die Erläuterungen präzisiert werden.</p> <p>Anträge:</p> <ul style="list-style-type: none"> Antrag SP/JUSO: Art. 13 Abs. 1c: Streichen e. — Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ohne Einverständnis des Gemeinderats befragen. <p><i>Begründung: Widerspruch zu Art. 11, Abs. 1 e und zudem gilt es hier zu beachten, dass die GPK – laut vorliegendem Entwurf – Unterlagen für Dritte zugänglich machen kann. Auch deshalb muss Art. 13 Abs. 1 aus unserer Sicht gestrichen werden.</i></p> <p>Stellungnahme GPK:</p> <p>Die GPK beschliesst, Bst. c zu streichen.</p> <ul style="list-style-type: none"> Antrag GR: Art. 13 Abs. 1 <p>Explizit festhalten, dass dies nur für die Aufsichtstätigkeit gilt und nicht für den Prüfauftrag.</p> <p>¹ Die Geschäftsprüfungskommission kann für die Aufsichtstätigkeit, soweit dies zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben erforderlich ist, zusätzlich zu den Befugnissen nach Artikel 11 Absatz 3</p> <ol style="list-style-type: none"> Einsicht in Beschlüsse des Gemeinderats, interne Arbeitspapiere, Entwürfe und Mitberichte nehmen, Stellen der Verwaltung besuchen und Akten

Entwurf GPK	Erläuterungen	Rückmeldungen/Anträge der Fraktionen/GR und Stellungnahme GPK
	<p>Gemeinderats Mitarbeitende zu Sachverhalten befragen, die dem Amtsgeheimnis unterstehen. Dies ist insofern unproblematisch, als auch die GPK dem Amtsgeheimnis untersteht.</p> <p>Absatz 2: Hier wird verdeutlicht, was generell für die parlamentarische Aufsicht gilt: Sie kann keine Entscheide des Gemeinderats oder der Verwaltung korrigieren.</p> <p>Absatz 3: Die GPK erstattet über ihre Aufsichtsergebnisse dem Parlament Bericht, unter Umständen auch in verdichteter Form, soweit keine besonderen Feststellungen zu treffen sind. Stellt die GPK hingegen Mängel fest, teilt sie dem Gemeinderat ihre Beanstandungen mit, damit dieser die Gelegenheit erhält, allenfalls Massnahmen zur ergreifen. Handelt es sich um schwerwiegende Beanstandungen, ist das Parlament zu informieren.</p>	<p>dieser Stellen einsehen, c. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ohne Einverständnis des Gemeinderats befragen.</p> <p>Stellungnahme GPK: Die GPK lehnt den Antrag des GR ab.</p>
4. Weitere Aufgaben		
Art. 14 Verzicht auf Rechtsmittel und Vergleiche		
Die Geschäftsprüfungskommission beschliesst in allen Prozessen mit einem Streitwert von über 1 Million Franken über den Verzicht auf die Ergreifung eines Rechtsmittels oder über einen Vergleich.	Diese Aufgabe ist der GPK bereits durch Art. 54 Abs. 2 Bst. b GO vorgegeben. Der Grund für die Zuständigkeit der GPK liegt darin, dass der Entscheid über den Verzicht auf die Ergreifung eines Rechtsmittels oder über einen Vergleich oft innerhalb von kurzen Fristen zu fällen ist. Das normalerweise zuständige Organ ist kann in solchen Fällen nicht begrüsst werden.	<p>Hinweise Fraktionen/GR:</p> <p>- Hier gibt es Wiederholungen von Bestimmungen der GO (Hinweis GR)</p> <p>→ Siehe Stellungnahme GPK oben zu allg. Punkten/Fragen</p>
Art. 15 Weitere Aufträge		

Entwurf GPK	Erläuterungen	Rückmeldungen/Anträge der Fraktionen/GR und Stellungnahme GPK
<p>¹ Das Parlament kann der Geschäftsprüfungskommission weitere Aufträge erteilen, um Geschäfte zuhanden des Parlaments vorzubereiten.</p> <p>² Die Geschäftsprüfungskommission kann dem Parlament Antrag stellen, sie mit der Behandlung eines bestimmten Vorhabens zu beauftragen.</p> <p>³ Die Mitglieder des Parlaments sind berechtigt, der Geschäftsprüfungskommission einen bestimmten Verhandlungsgegenstand schriftlich vorzuschlagen.</p>	<p>Absatz 1: Erachtet es das Parlament als notwendig, kann es der GPK weitere Aufträge aus dem Bereich der Aufsichtstätigkeit erteilen (bspw. Erarbeitung einer Vorlage aufgrund einer parlamentarischen Initiative).</p> <p>Absatz 2: Die GPK kann sich vom Parlament beauftragen lassen, ein bestimmtes Vorhaben zu behandeln, das ausserhalb ihres Kern-Aufgabenbereiches liegt. Dazu gehören beispielsweise auch besondere Untersuchungen gemäss Art. 16 f.</p> <p>Absatz 3: Die einzelnen Parlamentsmitglieder können der GPK die Behandlung eines bestimmten Gegenstandes vorschlagen. Die GPK ist an diese Vorschläge nicht gebunden. Sie prüft frei, ob der Vorschlag ein Tätigwerden der GPK rechtfertigt.</p> <p>Schliesslich soll die GPK dem Parlament vorschlagen können, den Gemeinderat mit einem bestimmten Vorhaben zu beauftragen. Zu diesem Zweck soll durch eine Ergänzung des Geschäftsreglements der GPK die Kompetenz erteilt werden, als Kommission im Parlament Motionen einzureichen. Für andere parlamentarische Vorstösse (Postulat, Interpellation) besteht keine Notwendigkeit, da die GPK selbst bereits über die Möglichkeit verfügt, vom Gemeinderat Auskünfte oder Berichte zu verlangen.</p> <p>Die notwendige Ergänzung von Art. 48 des Geschäftsreglements findet sich am Ende dieser Synopsis.</p>	<p>Hinweise Fraktionen/GR:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Aus der aktuellen Erläuterung zu Abs. 1 wird nicht klar, welche Optionen zusätzlich zur parlamentarischen Initiative gemeint sind, um der GPK einen solchen Auftrag zu geben. (Hinweis Grüne/Junge Grüne) - Die Möglichkeit von Kommissionsmotionen wird explizit begrüsst. (Kommentar Grüne/Junge Grüne) - In der Erläuterung zu Art. 15 Abs. 1 ist die Rede von weiteren Aufträgen „aus dem Bereich der Aufsichtstätigkeit“. Als Beispiel wird die Erarbeitung einer Vorlage aufgrund einer parlamentarischen Initiative genannt. Hierbei handelt es sich aber nicht um eine Aufsichtsaufgabe. (Bemerkung EVP-GLP-Mitte) - Rechtliche Abklärung und Klarheit schaffen gemäss Bemerkungen und Antrag Gemeinderat (Hinweis SVP) <p>Anträge:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Antrag SP/JUSO: Art. 15: Streichen <p>¹Das Parlament kann der Geschäftsprüfungskommission weitere Aufträge erteilen, um Geschäfte zuhanden des Parlaments vorzubereiten.</p> <p>²Die Geschäftsprüfungskommission kann dem Parlament Antrag stellen, sie mit der Behandlung eines bestimmten Vorhabens zu beauftragen.</p> <p>³Die Mitglieder des Parlaments sind berechtigt, der Geschäftsprüfungskommission einen bestimmten Verhandlungsgegenstand schriftlich vorzuschlagen.</p> <p><i>Begründung: Kompetenzerweiterung ohne ersichtlichen Grund. (Siehe auch Ausführungen GR)</i></p>

Entwurf GPK	Erläuterungen	Rückmeldungen/Anträge der Fraktionen/GR und Stellungnahme GPK
		<p>Stellungnahme GPK: Die GPK lehnt den Antrag der SP/JUSO ab.</p> <ul style="list-style-type: none"> Antrag GR: Art. 15: Artikel nochmals genau prüfen und anschliessend überarbeiten. <p><i>Begründung: Es fällt auf, dass der Wortlaut inhaltlich dem widerspricht, was in den Erläuterungen beschrieben wird (in den Erläuterungen ist nur die Rede von «Aufsichtstätigkeit»). Nach dem Wortlaut von Art. 15 Abs. 1 könnte die GPK Geschäfte aller Art erarbeiten. Gemäss den heutigen Regelungen kann sie das nicht bzw. nur im Rahmen von Umsetzungen parlamentarischer Initiativen.</i></p> <p>Stellungnahme GPK: Die Erläuterungen werden überprüft.</p> <ul style="list-style-type: none"> Antrag GR: Art. 15 Abs. 3: Streichen <p>³Die Mitglieder des Parlaments sind berechtigt, der Geschäftsprüfungskommission einen bestimmten Verhandlungsgegenstand schriftlich vorzuschlagen.</p> <p><i>Begründung: Der GR kann den Bedarf für diese Regelung in Köniz nicht nachvollziehen.</i></p> <p>Stellungnahme GPK: Die GPK lehnt den Antrag des GR ab.</p>
5. Besondere Untersuchungen		
Art. 16 Auftrag		
¹ Das Parlament kann die Geschäftsprüfungskommission	Absatz 1:	Hinweise Fraktionen/GR:

Entwurf GPK	Erläuterungen	Rückmeldungen/Anträge der Fraktionen/GR und Stellungnahme GPK
<p>sion bei Vorkommnissen von grosser Tragweite beauftragen, bestimmte Sachverhalte zu untersuchen.</p> <p>² Es erteilt den Auftrag und bewilligt die erforderlichen Ausgaben auf Antrag des Parlamentsbüros hin, nachdem dieses die Geschäftsprüfungskommission und den Gemeinderat angehört hat.</p> <p>³ Die Geschäftsprüfungskommission befindet über die für die Untersuchung benötigte Infrastruktur, soweit sie nicht durch die Fachstelle Parlament gestellt werden kann. Sie kann Aufträge an Sachverständige erteilen.</p> <p>⁴ Sie erstattet dem Parlament Bericht, stellt ihm Antrag und gibt Empfehlungen ab.</p>	<p>Das Parlament kann durch Beschluss eine nichtständige Kommission einsetzen (Art. 66 GO), wenn es eine Angelegenheit von grosser Tragweite untersuchen lassen will. In diesem Fall hat der Einsetzungsbeschluss neben dem konkreten Auftrag jeweils auch die Organisation, die Aufgaben, die Zuständigkeiten, die Untersuchungsbefugnisse etc. zu regeln. Gestützt auf die Art. 16 und 17 kann das Parlament aber auch die GPK für eine solche Untersuchung einsetzen. Das Parlament verfügt damit gewissermassen über eine bestehende Kommission, die zur Untersuchung besonderer Vorkommnisse eingesetzt werden kann und die nicht erst eingesetzt und organisiert werden muss, sondern direkt beauftragt werden könnte.</p> <p>Absatz 2: Die GPK kann nicht selbst entscheiden, ob sie eine besondere Untersuchung an die Hand nimmt. Vielmehr hat das Parlament der GPK einen entsprechenden Auftrag zu erteilen. Damit wird sichergestellt, dass eine solche Untersuchung politisch breit getragen ist. Die GPK kann aber dem Parlament beantragen, dass eine besondere Untersuchung eingeleitet wird (vgl. Art. 15 Abs. 2). Der eigentliche Antrag wird vom Parlamentsbüro zuhanden des Parlaments erarbeitet. Vor der Traktandierung sind die GPK (als Aufsichtsorgan) und der Gemeinderat zur geplanten Untersuchung anzuhören, indem sie eine Stellungnahme zum Parlamentsantrag abgeben können. Mit dem Parlamentsantrag wird einerseits vorgeschlagen, welche Kommission die Untersuchung führen soll (GPK oder nichtständige Kommission), andererseits und vor allem aber der Auftrag umschrieben (insb. Untersuchungsgegenstand). Schliesslich legt das Parlament auch den Ressourcenrahmen fest (insb. Kredit für die voraussichtlich anfallenden Ausgaben für die Untersuchung).</p> <p>Absatz 3: Wird die GPK mit einer besonderen Untersuchung beauftragt, so soll sie grundsätzlich selbst festlegen, wie</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Die Grünen / Jungen Grünen begrüssen die Möglichkeit von besonderen Untersuchungen. Es ist jedoch zu konkretisieren, welche Informationen unter welchen Bedingungen veröffentlicht werden können. (Hinweis Grüne/Junge Grüne) <p>Stellungnahme GPK: Die GPK beschliesst, keine weiteren Ergänzungen im Artikel vorzunehmen. Die Erläuterungen werden jedoch ergänzt.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Wer erteilt dem Parlamentsbüro den Auftrag, dem Parlament einen Antrag für eine besondere Untersuchung zu stellen? Ist hierfür eine ans Parlamentsbüro adressierte Motion einzureichen? (Frage EVP-GLP-Mitte) - Art. 16 und 17: Der GR kann den Bedarf für diese Regelung in Köniz nachvollziehen (Bsp. Untersuchung Musikschule) (Bemerkung GR) <p>Anträge:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Antrag SP/JUSO: Art. 16 Abs. 2 Anträge ans Parlament sollten vom Parlamentsbüro, nicht von der GPK gestellt werden. (Bezug auf Erläuterung, vgl. Stellungnahme GR) <p style="text-align: center;">➔ Antrag obsolet</p> <ul style="list-style-type: none"> • Antrag GR: Art. 16 Abs. 2: anpassen Wohl irrtümlich steht in den Erläuterungen (Absatz 2), die GPK könne dem Parlament Antrag stellen. Richtig ist wohl, dass das Parlamentsbüro Antrag stellt. <p>Stellungnahme GPK:</p>

Entwurf GPK	Erläuterungen	Rückmeldungen/Anträge der Fraktionen/GR und Stellungnahme GPK
	<p>sie arbeitet. Grundsätzlich wird die GPK von der Fachstelle Parlament unterstützt. Im Bedarfsfall kann sie sich aber auch durch externen Support verstärken. Soweit dabei Kosten entstehen, hat sie sich an die Vorgaben des Parlamentsauftrags zu halten (Abs. 2).</p> <p>Absatz 4: Die GPK kann Bericht erstatten, Anträge stellen und Empfehlungen abgeben, aber nicht selbst Entscheid über Massnahmen fällen. Dafür ist das Parlament zuständig, das über die Anträge der GPK entscheidet.</p>	<p>Die GPK beschliesst, dass die Erläuterungen angepasst werden.</p>
<p>Art. 17 Verfahren</p>		
<p>¹ Für die Ermittlung des Sachverhalts und die Beweiserhebung gelten sinngemäss die Bestimmungen des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege des Kantons Bern.</p> <p>² Der Verwaltung angehörende Personen sind verpflichtet, der Kommission über Wahrnehmungen, die sie Kraft ihres Amtes oder in Ausübung ihres Dienstes gemacht haben und die ihre dienstlichen Obliegenheiten betreffen, wahrheitsgemäss Auskunft zu erteilen sowie Akten zu nennen, die den Gegenstand der Untersuchung betreffen. Aus wahrheitsgemässen Auskünften darf den Befragten kein Nachteil erwachsen.</p> <p>³ Sollen der Verwaltung angehörende Personen über Tatsachen befragt werden, die dem Amtsgeheimnis unterliegen, oder sollen derartige Akten herausgegeben werden, ist der Gemeinderat anzuhören. Verweigert er die Ermächtigung, entscheidet die Kommission.</p> <p>⁴ Der Gemeinderat hat das Recht, an den Befragungen teilzunehmen und Ergänzungsfragen zu stellen. Er kann sich durch einen Rechtsbeistand vertreten lassen.</p> <p>⁵ Die Teilnahme an den Befragungen und die Akteneinsicht können dem Gemeinderat und seinem Rechtsbeistand vorübergehend verweigert werden, wenn dies im Interesse der Untersuchung unerlässlich ist. Auf so erhobene Beweismittel kann nur abgestellt</p>	<p>Führt die GPK eine besondere Untersuchung durch, erhält sie weitergehende Befugnisse als im Bereich der normalen Aufsichtstätigkeit. Dies gilt insbesondere bezüglich der Anhörung von Personen und der Erhebung von Beweisen (vgl. Art. 19 VRPG).</p> <p>Die hier für die GPK festgelegten Verfahrensregeln sollen auch für nichtständige Kommissionen gelten, die vom Parlament für die Durchführung einer besonderen Untersuchung eingesetzt werden. Das Geschäftsreglement soll mit einem entsprechenden Verweis ergänzt werden (vgl. der Ergänzungsvorschlag am Ende).</p> <p>Absatz 2: Die Mitarbeitenden der Verwaltung sind verpflichtet, der GPK Auskunft zu erteilen. Mitarbeitende der Verwaltung gelten in aller Regel nicht als Zeuginnen oder Zeugen, da ihnen die nötige Unabhängigkeit fehlt. Sie können aber als Auskunftspersonen oder im Parteiverhör befragt werden. Ein Aussageverweigerungsrecht steht diesen Personen – anders als Zeugen (d.h. Drittpersonen) – grundsätzlich nicht zu. Zumindest personalrechtlich darf den Befragten bei wahrheitsgemässer Auskunft allerdings kein Nachteil erwachsen. Grundsätzlich ist jeweils zu Beginn einer Untersuchung</p>	<p>Hinweise Fraktionen/GR:</p> <p>- In Art. 17 Abs. 6 ist von einem „Recht“ gemäss Abs. 4 die Rede. In Abs. 4 wiederum sind mehrere Rechte erwähnt (an den Befragungen teilnehmen; Ergänzungsfragen stellen; sich durch einen Rechtsbeistand vertreten lassen). Das Recht „an den Befragungen teilzunehmen“ ist in Bezug auf Abs. 6 nicht sinnvoll, da dieser Absatz ja schon ausschliesslich auf Personen abzielt, die ohnehin an den Befragungen teilnehmen. (Bemerkung EVP-GLP-Mitte)</p> <p>Anträge:</p> <ul style="list-style-type: none"> Antrag SP/JUSO: Art. 17 Abs. 3 und Abs. 5 Streichen <p>Abs. 3: Sollen der Verwaltung angehörende Personen über Tatsachen befragt werden, die dem Amtsgeheimnis unterliegen, oder sollen derartige Akten herausgegeben werden, ist der Gemeinderat anzuhören. Verweigert er die Ermächtigung, entscheidet die Kommission.</p>

Entwurf GPK	Erläuterungen	Rückmeldungen/Anträge der Fraktionen/GR und Stellungnahme GPK
<p>werden, wenn der wesentliche Inhalt dem Gemeinderat eröffnet wird und er sich dazu äussern und Beweismittel nennen konnte.</p> <p>⁶ Personen, die von der Untersuchung unmittelbar betroffen sind, steht das in Absatz 4 umschriebene Recht ebenfalls zu. Es gelten auch für sie die Einschränkungen gemäss Absatz 5. Will eine betroffene Person die eigenen Eingaben oder die eigenen Aussagen in Protokollen einsehen, ist die Einsicht zu gewähren.</p>	<p>(oder bei Auftauchen allfälliger Verdachtsmomente) zu prüfen, ob eventuell strafrechtlich relevante Tatbestände vorliegen. Dies nicht zuletzt mit Blick auf die Möglichkeit, dass Unterlagen (und Aussagen) aus einer GPK-Untersuchung unter Umständen den Strafverfolgungsbehörden zur Verfügung gestellt werden müssten.</p> <p>Absatz 3: Viele Informationen, die den Verwaltungsangehörigen bekannt sind, sind gemäss Öffentlichkeitsprinzip nicht geheim und können deshalb der GPK ohne weiteres offengelegt werden. Soweit allerdings Informationen betroffen sind, die dem Amtsgeheimnis unterliegen, sind die Mitarbeitenden grundsätzlich verpflichtet zu schweigen. Der Gemeinderat kann die Mitarbeitenden vom Amtsgeheimnis entbinden bzw. sie ermächtigen, gegenüber der GPK (die ihrerseits an das Amtsgeheimnis gebunden ist) Auskunft auch über geheimhaltungspflichtige Sachverhalte zu geben. Die GPK hat in solchen Fällen zunächst den Gemeinderat anzuhören. Die GPK kann auch dann, wenn der Gemeinderat die Mitarbeitenden nicht vom Amtsgeheimnis entbindet, die betreffenden Personen befragen, sofern sie nach einer Güterabwägung der Ansicht ist, dass die vom Gemeinderat vorgebrachten Gründe für eine Aussageverweigerung nicht tragfähig sind.</p> <p>Absatz 4 und 5: Der Gemeinderat hat grundsätzlich das Recht, an den Befragungen teilzunehmen und seinerseits Ergänzungsfragen zu stellen. Die Teilnahme des Gemeinderats kann aber unter Umständen den Interessen der Untersuchung zuwiderlaufen (wenn bspw. anzunehmen ist, dass Befragte bei Anwesenheit eines Gemeinderatsmitglieds nicht offen Auskunft geben). In solchen Fällen kann die GPK den Gemeinderat von der Teilnahme an Befragungen ausschliessen.</p>	<p>Abs. 5 Die Teilnahme an den Befragungen und die Akteneinsicht können dem Gemeinderat und seinem Rechtsbeistand vorübergehend verweigert werden, wenn dies im Interesse der Untersuchung unerlässlich ist. Auf so erhobene Beweismittel kann nur abgestellt werden, wenn der wesentliche Inhalt dem Gemeinderat eröffnet wird und er sich dazu äussern und Beweismittel nennen konnte.</p> <p>Begründung: Der Inhalt dieser Absätze wird unserer Meinung nach besser im „Whistleblowing-Reglement“ geregelt.</p> <p>Abs. 3: Ist in unseren Augen sehr problematisch. Einerseits kann die GPK Amtsgeheimnisse in Erfahrung bringen, andererseits soll sie gestützt auf Art. 7 Abs. 3 darüber entscheiden können, Unterlagen für Dritte zugänglich zu machen. Hier ist auch der Verweis darauf, dass die GPK-Mitglieder selbst ans Amtsgeheimnis gebunden sind, nicht hinreichend, da dieses mit dem vorliegenden Entwurf einfach umgangen werden kann und eine klare Abgrenzung zwischen Besondere Untersuchung und normaler GPK-Tätigkeit nicht ersichtlich ist. Wir lehnen die Aufweichung des Amtsgeheimnisses in allen Fällen ab, sind aber besonders besorgt, wenn dieses im Fall von Besonderen Untersuchungen mit Zugang zu Amtsgeheimnissen (gegen den Willen des GRs) nicht gewahrt wird.</p> <p>Allgemein haben wir uns gefragt, ob für besondere Untersuchungen (gewissermassen eine kommunale PUK) nicht besser eine eigene nicht-ständige Kommission eingesetzt werden sollte. So könnte bei Ereignissen von besonderer Tragweite bei der Zusammensetzung der Kommission auch den geforderten Kompetenzen Rechnung getragen werden (was gerade angesichts der Tragweite angemessen erscheint), auch könnte so besser sichergestellt werden, dass bei den Kommissionsmitgliedern die notwendigen Ressourcen in dem konkreten Moment</p>

Entwurf GPK	Erläuterungen	Rückmeldungen/Anträge der Fraktionen/GR und Stellungnahme GPK
		<p>vorhanden sind. Auch einer zu grossen Machtkonzentration könnte so entgegengewirkt werden.</p> <p>Stellungnahme GPK:</p> <p><u>Abs 3:</u> Die GPK lehnt den Antrag der SP/JUSO ab.</p> <p><u>Abs 5:</u> Die GPK lehnt den Antrag SP/JUSO ab.</p>
6. Verfahren und Arbeitsweise		
Art. 18 Geschäftsführung		
<p>¹ Die Fachstelle Parlament stellt die Geschäftsführung der Geschäftsprüfungskommission sicher, kümmert sich um ihre organisatorischen Belange und dokumentiert ihre Mitglieder.</p> <p>² Sie nimmt mit beratender Stimme und Antragsrecht an den Sitzungen teil.</p>	<p>Die Fachstelle Parlament ist für das Sitzungsmanagement und die Geschäftsführung der GPK zuständig. Gemeinsam mit dem Kommissionspräsidium ist sie insbesondere auch Verbindungsstelle zum Gemeinderat und der Verwaltung einerseits und zum Parlamentsbüro andererseits.</p>	<p>Hinweise Fraktionen/GR:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Die beratende Funktion der Fachstelle Parlament sowie der Mitglieder des Gemeinderats und ihrer Stellvertreter:innen ist wichtig und sinnvoll. Das Antragsrecht wird jedoch kritisch gesehen. Es ist nicht klar, wieso die Vertretung der Fachstelle Parlament als nicht demokratisch gewählte Personen einen so starken Einfluss auf die Entscheidungsfindung haben sollen. (Hinweis Grüne/Junge Grüne) - Art. 18 Absatz 2: Der GR versteht die FS Parlament in einer beratenden Funktion (Organisation, Protokollführung, Sicherstellung korrekter Abläufe und Vorgehen, Beratung). Er regt an, das vorgeschlagene Antragsrecht der FS Parlament zu überdenken oder zumindest dieses auf formale Fragen zu beschränken. (Anregung GR) <p>Stellungnahme GPK:</p> <p>Das in Art. 1 Abs. 2 erwähnte Antragsrecht für die FS Parlament leitet sich aus Art. 19 Abs. 3 GRP ab. Es handelt sich um ein "formales" Antragsrecht, nicht aber um ein "politisches" Antragsrecht. Der</p>

Entwurf GPK	Erläuterungen	Rückmeldungen/Anträge der Fraktionen/GR und Stellungnahme GPK
		<p>Absatz wird durch den Begriff "<u>formales</u> Antragsrecht" ergänzt.</p> <p>Anträge:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Antrag SP/JUSO: Art. 18 Abs. 2: Streichen <p>² Sie nimmt mit beratender Stimme und Antragsrecht an den Sitzungen teil.</p> <p><i>Begründung: Ein Antragsrecht für die Fachstelle Parlament hat keine demokratische Legitimation und würde dazu führen, dass Personalfragen mit Blick auf die Fachstelle Parlament politisiert werden. Das lehnen wir strikt ab.</i></p> <p>➔ Siehe Stellungnahme oben</p>
Art. 19 Einberufung		
<p>¹ Das Präsidium beruft die Geschäftsprüfungskommission zu den Sitzungen ein.</p> <p>² Die Kommission tritt ordentlicherweise vor den Sitzungen des Parlamentes zusammen.</p> <p>³ Das Präsidium beruft eine Sitzung der Geschäftsprüfungskommission zudem dann ein, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> mindestens drei Kommissionsmitglieder dies verlangen, das Parlament es beschliesst, wichtige Beschlüsse zu fassen oder Angelegenheiten zu beraten sind, oder der Gemeinderat es beantragt. 	<p>Die Regelung der Einberufung der GPK entspricht im Wesentlichen dem bisherigen Rechtszustand.</p>	<p>Hinweise Fraktionen/GR:</p> <ul style="list-style-type: none"> - In Art. 19 Abs. 3 Bst. b wird dem Parlament die Kompetenz zugesprochen, eine GPK-Sitzung einzuberufen. Reicht es nicht aus, wenn das Parlament der GPK Aufträge erteilen kann? Wie die GPK sich für die Erfüllung dieser Aufträge organisiert, insbesondere die Sitzungsorganisation, sollte nach Auffassung der EVP-GLP-Mitte-Fraktion Sache der GPK sein. (Frage EVP-GLP-Mitte) <p>Stellungnahme GPK: Die GPK beschliesst, Bst. b zu streichen.</p>
Art. 20 Teilnahme von Mitgliedern des Gemeinderats		

Entwurf GPK	Erläuterungen	Rückmeldungen/Anträge der Fraktionen/GR und Stellungnahme GPK
<p>¹ Die zuständigen Mitglieder des Gemeinderats oder ihre Vertretungen können mit beratender Stimme und Antragsrecht an den Kommissionssitzungen teilnehmen, soweit die Kommission ein Geschäft des Gemeinderats behandelt.</p> <p>² Die Kommission kann beschliessen, in begründeten Fällen ein Geschäft ohne eine Vertretung des Gemeinderats zu beraten.</p>	<p>Absatz 1: Die Teilnahme eines Gemeinderatsmitglieds an der Sitzung der GPK ist freiwillig. In der Regel liegt es im Interesse des Gemeinderats, ein Geschäft in der Kommission vertreten und erläutern zu können. Die Gemeinderatsmitglieder haben Anspruch auf Teilnahme (allenfalls durch eine Vertretung, z.B. leitende Angestellte), aber sie müssen nicht teilnehmen, wenn sie dies nicht für erforderlich halten (z.B. bei unbedeutenden oder völlig unbestrittenen Geschäften). Den Gemeinderatsmitgliedern ist es freigestellt, allenfalls mit Angehörigen der Verwaltung an den Sitzungen teilzunehmen, wenn diese bspw. sachdienliche Informationen beitragen können.</p> <p>Absatz 2: In begründeten Fällen kann die GPK auf die Anwesenheit des Gemeinderats verzichten bzw. anordnen, dass die Beratung nur im Kommissionsrahmen stattfindet. Eine Beratung ohne Präsenz des Gemeinderats kann beispielsweise dadurch begründet sein, dass personenbezogene Informationen betroffen sind (Personalangelegenheiten o.ä.) oder dass andernfalls der Fortgang einer Untersuchung behindert werden könnte.</p>	<p>Hinweise Fraktionen/GR:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Art. 20: Der GR regt an, explizit festzuhalten, dass die anwesenden GR-Mitglieder auch bei der Beratung des Geschäfts anwesend sind. Mit der Formulierung, dass die Kommission in begründeten Fällen ein Geschäft ohne GR Vertretung beraten kann, ist der GR einverstanden. (Anregung GR) <p>Stellungnahme GPK: Die GPK beschliesst, entsprechende Ergänzungen vorzunehmen.</p>
Art. 21 Teilnahme von Dritten		
<p>¹ Die Geschäftsprüfungskommission kann aussenstehende Sachverständige zu ihren Sitzungen einladen.</p> <p>² Will sie Mitarbeitende der Verwaltung anhören, so lädt sie diese über den Gemeinderat ein.</p> <p>³ Personen, die nicht der Kommission oder der Fachstelle Parlament angehören, verlassen die Sitzung vor der Beschlussfassung.</p>	<p>Zu Absatz 3: Diese Bestimmung gilt auch für die Gemeinderatsmitglieder und ihre Begleitungen. Auch sie haben die Sitzung vor der Beschlussfassung zu verlassen.</p>	
Art. 22 Teilnahme des Parlamentspräsidiums		
Das Präsidium des Parlaments oder bei Verhinderung	Wie auch in der FIKO soll das Parlamentspräsidium oder bei dessen Verhinderung seine Stellvertretung	

Entwurf GPK	Erläuterungen	Rückmeldungen/Anträge der Fraktionen/GR und Stellungnahme GPK
dessen Stellvertretung kann an den Sitzungen der Geschäftsprüfungskommission ohne Äusserungsrecht teilnehmen und den Abstimmungen beiwohnen.	die Möglichkeit haben, bei den Sitzungen der GPK anwesend zu sein. Das Präsidium darf sich aber nicht aktiv an der Beratung beteiligen, keine Frage stellen und auch an den Abstimmungen nicht teilnehmen. Dem Präsidium wird also ausschliesslich das Recht auf Anwesenheit gewährt. Hingegen ist es möglich, dass die GPK Fragen an das Präsidium richtet (z.B. zum Ablauf des Geschäftes im Parlament). Auf solche Fragen kann das Präsidium antworten.	
Art. 23 Beschlussfassung		
<p>¹ Die Geschäftsprüfungskommission ist beschlussfähig, wenn ihre Mitglieder mehrheitlich anwesend sind.</p> <p>² Bei Abstimmungen entscheidet das relative Mehr.</p> <p>³ Das Präsidium stimmt mit und gibt bei Stimmengleichheit den Stichentscheid.</p> <p>⁴ Beschlüsse über die Einreichung einer Kommissionenmotion erfordern die Zustimmung von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder.</p> <p>⁵ Das Präsidium kann Beschlüsse auf dem Zirkularweg fassen lassen, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> die Beschlussfassung dringlich ist, sich ein Geschäft für eine solche Beschlussfassung eignet und die Vertraulichkeit und der Datenschutz gewahrt bleiben. 	<p>Die Absätze 1-3 entsprechen dem bisherigen Zustand.</p> <p>Zu Absatz 4: Diese Bestimmung würde entfallen, falls auf die Möglichkeit verzichtet würde, dass die GPK selbst Kommissionenmotionen einreichen könnte. Mit dem Zweidrittel-Quorum soll sichergestellt werden, dass die Kommission nur dann eine Motion einreicht, wenn eine substantielle Mehrheit überzeugt ist, dass dem Gemeinderat ein Auftrag erteilt werden sollte. Zur Verankerung der Möglichkeit, eine Kommissionenmotion einzureichen, wäre eine Ergänzung des Geschäftsreglements notwendig (siehe dazu den Vorschlag am Ende dieses Entwurfs).</p> <p>Absatz 5: Dieser Absatz wiederholt Art. 27a Abs. 4 des Geschäftsreglements. In Art. 27a werden die Zirkularbeschlüsse unter dem Randtitel «Digitale Mittel» erwähnt. Allerdings kann unter Umständen das Bedürfnis bestehen, Zirkularbeschlüsse auch «analog» zu fassen, weshalb sie hier «technologieneutral» aufgeführt sind. Zirkularbeschlüsse müssen nicht einstimmig gefasst werden, es gelten die Absätze 1-4 zu den erforderlichen Mehrheiten. Art. 27a sagt nicht, wer entscheidet, ob die Kriterien für einen Zirkularbeschluss erfüllt sind. Absatz 5 präzisiert deshalb, dass das Präsidium der Kommission ein Geschäft auf dem Zirkularweg vorlegt. Das Präsidium hat dabei zu berücksichtigen</p>	<p>Hinweise Fraktionen/GR:</p> <p>Anträge:</p> <ul style="list-style-type: none"> Antrag EVP-GLP-Mitte: Art. 23 Abs. 1: <p>Die Geschäftsprüfungskommission ist beschlussfähig, wenn ihre Mitglieder mehrheitlich die Mehrheit ihrer Mitglieder anwesend sind ist.</p> <p><i>Begründung: Diese Formulierung ist sprachlich präziser; «mehrheitlich anwesend» könnte z. B. auch bedeuten, dass die Mitglieder zu mehr als 50 Prozent der Sitzungszeit anwesend sind.</i></p> <p>Stellungnahme GPK: Dem Antrag der EVP-GLP-Mitte wird zugestimmt.</p> <ul style="list-style-type: none"> Antrag SP/JUSO: Art. 23 Abs. 4: streichen <p>⁴ Beschlüsse über die Einreichung einer Kommissionenmotion erfordern die Zustimmung von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder.</p>

Entwurf GPK	Erläuterungen	Rückmeldungen/Anträge der Fraktionen/GR und Stellungnahme GPK
	<p>gen, dass die Voraussetzungen von Absatz 5 Buchstaben a-c (kumulativ) erfüllt sein müssen.</p> <p>Die GPK kann Beratungen auch digital abhalten gemäss Art. 27a Abs. 1-3. Da dies jedoch – auch angesichts der hohen technischen Anforderungen – eher die Ausnahme bleiben dürfte, wird darauf verzichtet, dies im GPK-Reglement zu wiederholen.</p>	<p><i>Begründung: Wir sind klar der Meinung, dass dies nicht wünschenswert ist. Mitglieder aus der GPK können Vorstösse über ihre Fraktionen lancieren. Gerade vor dem Hintergrund, dass die GPK Geschäfte prüft, finden wir es nicht nur nicht notwendig, sondern sogar kontraproduktiv, dass die GPK neu auch Motionen einreichen können soll. So würde der Prüfauftrag mit Sachgeschäften vermischt. Das Vertrauen in die GPK untergraben. Ein Mehrwert ist nicht ersichtlich.</i></p> <p>Stellungnahme GPK: Die GPK lehnt den Antrag der SP/JUSO ab.</p>
7. Schlussbestimmungen		
Art. 24 Ergänzende Bestimmungen		
Soweit dieses Reglement oder die Ausführungsbestimmungen dazu keine Regelungen enthalten, gelten für die Beratung der Geschäftsprüfungskommission die für das Parlament geltenden Bestimmungen sinngemäss.		<p>Hinweise Fraktionen/GR:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Macht dieser Artikel die Bestimmungen zu den Besonderheiten Untersuchungen innerhalb der GPK nicht überflüssig? Uns erscheint es so, dass hier zwei „kommunale PUK“ Möglichkeiten geschaffen werden. Wir erachten dies aus den oben erwähnten Gründen (siehe Anmerkungen zu 5.) vor allem bei besonderen Untersuchungen innerhalb der GPK als problematisch und sehen in dieser Doppelspurigkeit keine Vorteile aber potentielle Zuständigkeitskonflikte. (Kommentar SP/JUSO) <p>Stellungnahme GPK: Die GPK erachtet den Artikel als sinnvoll und möchte ihn beibehalten.</p>
Art. 25 Inkrafttreten		
¹ Dieses Reglement tritt am 1. Januar 2025 in Kraft. ² Es ersetzt das GPK-Reglement vom 18. August		

Entwurf GPK	Erläuterungen	Rückmeldungen/Anträge der Fraktionen/GR und Stellungnahme GPK
2008.		
Geschäftsreglement des Parlaments		
Art. 24 Nichtständige Kommission		
¹ Unverändert ² Wird eine nichtständige Kommission für die Durchführung einer besonderen Untersuchung beauftragt, gilt Art. 17 des GPK-Reglements sinngemäss.	Mit dieser Ergänzung des Geschäftsreglements würden die Verfahrensbestimmungen, welche für besondere Untersuchungen der GPK vorgesehen sind, auch für besondere Untersuchungen anderer Kommissionen als anwendbar erklärt. Dies vor allem auch deshalb, weil das Geschäftsreglement keine entsprechenden Regelungen kennt und damit eine Lücke geschlossen würde.	
Art. 48 Einreichung		
¹ Parlamentarische Vorstösse können von jedem einzelnen Mitglied des Parlaments eingereicht werden. Motionen können auch von den ständigen Kommissionen eingereicht werden. ^{1bis} - ⁵ Unverändert	Absatz 1 wird dahingehend ergänzt, dass alle ständigen Kommissionen (d.h. GPK und FIKO) selbständig Motionen einreichen können. Für Postulate oder Interpellationen besteht kein Bedürfnis, da der GPK anderweitig Möglichkeiten zustehen, um Auskünfte oder Berichte einzufordern.	Hinweise Fraktionen/GR: <ul style="list-style-type: none"> - In der Auflistung der ständigen Kommissionen fehlt die Redaktionskommission. Ein Verzicht auf die Möglichkeit, Postulate und Interpellationen einzureichen, ist zudem nur dann angezeigt, wenn auch die anderen ständigen Kommissionen hierfür keinen Bedarf haben. (Bemerkung EVP-GLP-Mitte) Stellungnahme GPK: Die Erläuterungen werden mit "Redko" ergänzt. <ul style="list-style-type: none"> - Eher einverstanden – es bleibt das Risiko eines „politischen Handelns“ (Kommentar SVP) Anträge: <ul style="list-style-type: none"> • Antrag GR: Art. 48: Streichen ⁴ -Parlamentarische Vorstösse können von jedem

Entwurf GPK	Erläuterungen	Rückmeldungen/Anträge der Fraktionen/GR und Stellungnahme GPK
		<p>einzelnen Mitglied des Parlaments eingereicht werden. Motionen können auch von den ständigen Kommissionen eingereicht werden.</p> <p><i>Begründung zu Auftrag und Zuständigkeit: Es handelt sich hier um ein neues Instrument. Nach Ansicht des Gemeinderats ist die Einführung des neuen parlamentarischen Instruments der Kommissionsmotion via Anpassung des Geschäftsreglement des Parlaments nicht Teil des Auftrags des Parlaments an die GPK zur Revision des GPK Reglements. Gemäss Vorbemerkung der synoptischen Darstellung "weist das neue Reglement der GPK keine grundsätzlich neuen oder zusätzlichen Aufgaben zu".</i></p> <p>Stellungnahme GPK: Die GPK lehnt den Antrag des GR ab.</p>



Stellungnahme des Gemeinderats zur Revision des GPK-Reglements (Version der GPK vom 24. Juni 2024)

1. Einleitende Bemerkungen

Der Gemeinderat dankt für die Einladung zur Stellungnahme. Zu Beginn der Stellungnahme führt der Gemeinderat die Punkte auf, die ihm besonders wichtig, da diese über die bestehenden Bestimmungen der Gemeindeordnung hinausgehen (Kapitel 2) bzw. dem Auftrag des Parlaments an die GPK widersprechen (Kapitel 3). Anschliessend folgen weitere Bemerkungen und Anträge zu spezifischen Artikeln und Formulierungen (Kapitel 4) sowie abschliessende Bemerkungen in Kapitel 5.

2. Änderungen, die über die bestehenden Bestimmungen der Gemeindeordnung hinausgehen (Ausweitung der Aufgaben der GPK)

In Art. 2 (Zweck) und Art. 12 (Umfang) werden die Aufgaben der GPK neu beschrieben. Die vorgeschlagenen Änderungen gehen dabei in verschiedenen Punkten über die bestehenden Bestimmungen der Gemeindeordnung (GO) hinaus. Die Aufgaben der GPK sind in Art. 54 GO umschrieben und dürfen nicht via GPK Reglement angepasst werden. Diese Punkte müssen nach Ansicht des Gemeinderats angepasst werden, da die vom Volk genehmigte Gemeindeordnung nicht via GPK-Reglement vom Parlament geändert werden dürfen, das Parlament ist hierfür nicht zuständig. Konkret:

Art.2: Beim vorliegenden Vorschlag handelt es sich nach Einschätzung des Gemeinderats nicht um eine Präzisierung, sondern um eine Ausweitung der Aufgaben.

Anträge zu Artikel 2, Absatz 1

- die Wörter «über die Geschäftsführung des Gemeinderats» zu streichen (geht über die GO hinaus)
- die Wörter «und weiterer Trägerschaften von Gemeindeaufgaben» zu streichen (geht über die GO hinaus)

Antrag zu Artikel 2 Absatz 3, die Wörter «und analysiert» zu streichen; und die Wörter «des Gemeinderats» zu streichen (geht über die GO hinaus).

Antrag zu Art. 12 Abs. 1, die Wörter "Geschäftsführung des Gemeinderats" zu streichen (geht über die GO hinaus).

Antrag zu Art. 12, den Begriff "grundsätzlich" zu streichen. Die GPK übt die Aufsicht *immer* nachträglich aus.

Antrag zu Art. 12 Absatz 3: Es fällt auf, dass der Wortlaut über die GO hinausgeht, indem erstens die "dezentrale Verwaltung" und zweitens die "externen Trägerschaften" erwähnt werden. Antrag, diese Passagen zu streichen. Zur "dezentralen Verwaltung" äusserte sich der Gemeinderat schon früher in der Vernehmlassung (er schrieb, der Begriff sei nicht definiert, möglicherweise überlappe er sich in Köniz weitgehend mit den externen Trägerschaften). Der Gemeinderat fordert die GPK auf, entweder auf diesen Wortlaut zu verzichten oder in den Erläuterungen auszuführen, was in der Gemeinde Köniz unter dezentraler Verwaltung zu verstehen ist.

3. Änderungen, die dem Auftrag des Parlaments widersprechen

Im Auftrag des Parlaments an die GPK und in den Vernehmlassungsunterlagen wurde festgehalten, dass mit der Revision der GPK "keine neuen oder zusätzlichen Aufgaben" zugewiesen werden. Bei folgenden Bestimmungen wurde diese Vorgabe nicht eingehalten.

Art. 15 (Weitere Aufgaben: Weitere Aufträge)

Antrag auf Streichung von Art. 15 Absatz 1: Nach dem Wortlaut von Art. 15 Abs. 1 könnte die GPK neu im Auftrag des Parlaments Geschäfte aller Art erarbeiten. Gemäss den heutigen Regelungen kann sie das nicht bzw. nur im Rahmen von Umsetzungen parlamentarischer Initiativen. Mit der neuen Bestimmung würden die Aufgaben der GPK ausgeweitet.

Geschäftsreglement des Parlaments (Entwurf GPK vom 24. Juni 2024)

Antrag auf Streichung der Änderung von Art. 48 GRP: Mit dieser Bestimmung würde ein neues Instrument eingeführt. Die Einführung des neuen parlamentarischen Instruments der Kommissionsmotion via Anpassung des Geschäftsreglement des Parlaments ist nicht Teil des Auftrags des Parlaments an die GPK zur Revision des GPK Reglements.

Damit verbunden:

Art. 23 Abs. 4 (Quorum bei Abstimmungen über Kommissionsmotionen):

Der Gemeinderat beantragt die Streichung, da die Einführung eines neuen parlamentarischen Instruments nicht Teil des Auftrags des Parlaments an die GPK ist.

4. Inhaltliche Stellungnahme zu weiteren Bestimmungen

Weitere Anträge zu Artikel 2, Absatz 1

- Absatz 1: den Randtitel ("Zweck") anders zu formulieren ("Auftrag" oder "Aufgaben");
- Absatz 3 streichen (Absatz 3 dürfte sich inhaltlich mit Absatz 1 decken).

Antrag zu Art. 3 Abs. 4: Man kann dem Präsidium nicht angehören, denn es ist kein Gremium, sondern eine Person. Deshalb Antrag auf Umformulieren: «Die Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission dürfen nicht gleichzeitig der Finanzkommission angehören oder Präsidium oder Vizepräsidium des Parlamentsbüros sein.»

Antrag zu Art. 10 Absatz 2: Der Gemeinderat regt an, im Reglementstext (nicht nur in den Erläuterungen) eine klare Unterscheidung zwischen dem Prüfungsauftrag und der Abstimmungsempfehlung (mit 2 separaten "Beschlüssen" der GPK) vorzusehen; der Gemeinderat verlangt zudem zu prüfen, ob das Wort «beantragt» zutrifft

Zum ersten Punkt, Entscheidungsfähigkeit: Die GPK sollte wie vorgeschlagen prüfen, ob ein Geschäft entscheidungsfähig ist und dies auch in einem separaten "Feststellungsbeschluss" festhalten.

Zum zweiten Punkt, Abstimmungsempfehlung: Zutreffend ist, dass die Abstimmungsempfehlung auch eine politische Beurteilung enthält. Unsicher ist der Gemeinderat, ob es sich hier um einen eigentlichen Antrag handelt. Der Gemeinderat fordert die GPK auf, dies zu prüfen. Über eigentliche Anträge wird ja separat abgestimmt (z.B. Antrag auf Rückweisung). Der «Antrag» auf Annahme oder Ablehnung des Geschäfts ist so gesehen wohl kein Antrag, sondern einfach eine Empfehlung. Allenfalls ist der Satz umzuformulieren, weil das Wort «beantragt» nicht stimmig ist.

Zur Erläuterung, Thema Nichteintreten: Der Gemeinderat kann nicht nachvollziehen, weshalb die GPK die *Ablehnung* empfehlen könnte, hingegen nicht ein *Nichteintreten* empfehlen könnte. Annahme, Ablehnung und Nichteintreten beruhen auf politischen Einschätzungen, und solche Einschätzungen sind doch auch Aufgabe der GPK.

Antrag zu Art. 13: in Absatz 1 explizit festhalten, dass dies nur für die Aufsichtstätigkeit gilt und nicht für den Prüfungsauftrag.

Antrag auf Streichung von Art. 15 Absatz 3: Der Gemeinderat kann den Bedarf für diese Regelung in Köniz nicht nachvollziehen.

Art. 23 Abs. 4 (Quorum bei Abstimmungen über Kommissionsmotionen): Der Gemeinderat beantragt die Streichung, da dies nicht Teil des Auftrags des Parlaments an die GPK ist (siehe vorheriges Kapitel) und da er generell der Kommissionsmotion ablehnend gegenübersteht. Erneut würde ein zusätzliches Instrument analog dem Kanton in der Gemeinde Köniz eingeführt, mit entsprechendem Zusatzaufwand für alle Beteiligten. Falls die GPK an der Kommissionsmotion festhält, beantragt der Gemeinderat, Art. 23 Abs. 4 zu überprüfen und allenfalls diese Regelung in Art. 48 GRP zu integrieren, denn es ist auf Anhieb nicht einzusehen, warum dieses

qualifizierte Mehr nur in der GPK gelten soll (für die FIKO gälte ja im Vergleich wohl das einfache Mehr).

5. Abschliessende Bemerkungen

Der vorliegende Antrag wurde mit einem sehr hohen Arbeits- und Ressourcenaufwand für alle Beteiligten (GPK Mitglieder, externer Experte, Fachstelle Parlament, Gemeinderat, Verwaltung (3-mal konsultiert)) erstellt. Der gewählte Ansatz, möglichst detailliert zu regeln bringt eine gewisse Klarheit. Andererseits besteht das Risiko einer "Überregulierung" und damit verbunden der Verlust von Flexibilität. Das GPK-Reglement enthält neu 25 statt 16 Artikel¹, zusätzlich werden noch 2 Artikel im Geschäftsreglement des Parlaments zur Anpassung beantragt. Der Gemeinderat hat bereits in seiner Stellungnahme zum Auftrag die Grundsatzfrage gestellt, ob das Anliegen für ein möglichst umfassendes "Arbeitsmittel" mittels einer Totalrevision des GPK sinnvoll und verhältnismässig ist. Er hat angeregt, dass dies effizienter und pragmatischer mittels Vorgaben / einem GPK Vademecum für die interne Arbeitsweise umgesetzt werden könnte, ergänzt mit punktuellen Anpassungen des GPK Reglements. Die GPK hat diesen Vorschlag nicht aufgenommen, was der Gemeinderat bedauert.

Die Wiederholung von Bestimmungen der Gemeindeordnung im GPK Reglement entspricht nicht der Gesetzgebungspraxis der Gemeinde Köniz (z.B. Art 3 Absatz 1-3, Art 4 Absatz 1-3, Art. 14). Obwohl der Wortlaut der "kopierten" Bestimmungen aus der GO nun grösstenteils übereinstimmt, besteht das Risiko von Auslegungsschwierigkeiten und Widersprüchen bei zukünftigen Anpassungen. Auch dieser Punkt wurde von der GPK nicht berücksichtigt.

Der Gemeinderat, 15. August 2024

¹ Davon sind 2 Artikel (Art. 6 und 7) gestrichen worden, also sind es insgesamt 14 Artikel.



GPK-Reglement, Antwort Geschäftsprüfungskommission auf Stellungnahme Gemeinderat

Der Gemeinderat hat mit Schreiben vom 15. August 2024 zur Revision des GPK-Reglements Stellung genommen. Die GPK äussert sich zum Schreiben wie folgt:

1. Zu Ziffer 1 der GR-Stellungnahme (Einleitende Bemerkungen)

Keine Bemerkungen.

2. Zu Ziffer 2 der GR-Stellungnahme (Änderungen, die über die bestehenden Bestimmungen der Gemeindeordnung hinausgehen (Ausweitung der Aufgaben der GPK))

Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass der Entwurf für das GPK-Reglement in verschiedenen Punkten über die Bestimmungen der Gemeindeordnung (GO) hinausgehen würden. Auf die vom Gemeinderat aufgeworfenen Punkte ist im Einzelnen zurückzukommen. Zunächst soll aber auf die bestehenden Grundlagen der GO eingegangen werden. Massgebend sind dabei insbesondere die Artikel 39 und 54 der GO:

Art. 39

Das Parlament übt die Aufsicht über den Gemeinderat und die Oberaufsicht über die Gemeindeverwaltung aus.

Art. 54

¹ Die Geschäftsprüfungskommission besteht aus sieben Mitgliedern.

² Die Geschäftsprüfungskommission

- a) begutachtet die vom Parlament zu behandelnden Geschäfte, sofern nicht besondere Kommissionen eingesetzt werden;
- b) beschliesst in allen Prozessen mit einem Streitwert über 1 Million Franken über den Verzicht auf die
Ergreifung eines Rechtsmittels und über einen Vergleich;
- c) übt die Aufsicht über die Verwaltung aus.

Gemäss GO ist das Parlament Aufsichtsorgan sowohl über den Gemeinderat als auch über die Verwaltung (Art. 39 GO). Die GO spricht im Zusammenhang mit der Aufsicht über die Verwaltung von «Oberaufsicht», was darauf hinweist, dass die Aufsicht über die Verwaltung insofern eine indirekte ist, als der Gemeinderat primäres Aufsichtsorgan über die Verwaltung ist und die parlamentarische Aufsicht in erster Linie den Gemeinderat hinsichtlich seiner Aufsicht über die Verwaltung beaufsichtigt. Grundsätzlich hält die GO aber klar unmissverständlich fest, dass dem Parlament die Aufsicht über die Exekutive (einschliesslich der Verwaltung) obliegt.

Artikel 54 Absatz 2 GO erwähnt unter den Aufgaben der GPK die Aufsicht über die Verwaltung, nicht aber (explizit) die Aufsicht über den Gemeinderat. Nun ist aber die GPK ein Instrument des Parlaments; mit und durch die GPK nimmt das Parlament seine Aufgabe der Exekutivaufsicht wahr. Eine sachgerechte Aufsicht über die Verwaltung (im Sinne einer Oberaufsicht, wie dies in Art. 39 festgehalten ist) wäre nicht möglich ohne die Kompetenz zur Aufsicht über den Gemeinderat. Die Verwaltung ist der Apparat, mit dem die Exekutive ihre Politik, ihre Beschlüsse und ihre

Führungsentscheide umsetzt. Dass Artikel 54 GO nur die Aufsicht über die Verwaltung und nicht auch jene über den Gemeinderat erwähnt, kann aus sachlogischen Gründen nicht als qualifiziertes Schweigen verstanden werden. Würde der GPK «verboten», auch den Gemeinderat in seine Aufsichtsbemühungen einzubeziehen, würde dem Parlament sein Instrument der parlamentarischen Aufsicht «amputiert». Das Parlament ist frei, sich die ihm angemessen erscheinenden Instrumente zur Beaufsichtigung des Gemeinderats zu geben. Würde man die GPK als für die Aufsicht über den Gemeinderat unzuständig erklären, müsste das Parlament entweder als Gesamtorgan die Exekutive beaufsichtigen (was offensichtlich unpraktikabel wäre), oder das Parlament würde sich ein anderes Instrument schaffen.

Genau dies wäre rechtlich auch durchaus möglich: Das Parlament ist frei, Kommissionen mit beliebigen Zuständigkeiten zu schaffen, soweit dies nicht der GO oder anderweitigem übergeordneten Recht widerspricht. Dies ergibt sich aus Artikel 44 in Verbindung mit Artikel 65 GO: Gemäss Artikel 65 GO sind (ständige) Kommissionen durch Reglement zu schaffen. Für den Beschluss über Reglemente ist abschliessend das Parlament zuständig (Art. 44 GO). Für die Aufsicht über den Gemeinderat ist gemäss Artikel 39 GO das Parlament zuständig; es wäre ihm demnach ohne weiteres möglich, durch ein Reglement eine andere Kommission zu kreieren und diese für die Aufsicht über den Gemeinderat als zuständig zu erklären. Wenn es aber dem Parlament rechtlich unbenommen ist, eine neue Kommission mit der Aufsicht über den Gemeinderat zu betrauen, muss es konsequenterweise auch zulässig sein, einer schon bestehenden Kommission (nämlich der GPK) diese Aufgabe zu übertragen – umso mehr, wenn diese Kommission ohnehin schon ausdrücklich für Aufsichtstätigkeiten vorgesehen ist.

Zu den Vorbehalten des Gemeinderats im Einzelnen:

➔ Antrag 1 GR zu Art. 2 Abs. 1:

Streichung der Wörter «über die Geschäftsführung des Gemeinderats» (geht über die GO hinaus)

Stellungnahme GPK:

Der Gemeinderat beantragt, in Artikel 2 Absatz 1 des Entwurfs zum GPK-Reglement seien die Wörter «über die Geschäftsführung des Gemeinderats» zu streichen, weil dieser Auftrag über die GO hinausgehe. Wie oben ausgeführt, ist es gemäss GO durchaus zulässig und sachlich auch gerechtfertigt, der GPK neben der (Ober-)Aufsicht über die Verwaltung auch die Aufsicht über den Gemeinderat (bzw. über dessen Geschäftsführung) zu übertragen.

(Abstimmungsergebnis zum GR-Antrag: 5 ablehnen, 2 zustimmen)

➔ Antrag 2 GR zu Art 2 Abs. 1:

Streichung der Wörter «und weiterer Trägerschaften von Gemeindeaufgaben» (geht über die GO hinaus)

Stellungnahme GPK:

Der Gemeinderat beantragt, in derselben Bestimmung seien die Wörter «und weiterer Trägerschaften» zu streichen. Der Gemeinderat geht offenbar von einem anderen Verständnis des Begriffs der Verwaltung aus als die GPK. In der Verwaltungslehre meint «Verwaltung im organisatorischen Sinn (...) die Gesamtheit der Verwaltungsbehörden unter Einschluss jener Privatrechtssubjekte, die mit der Erfüllung von Verwaltungsaufgaben betraut sind» (PIERRE TSCHANNEN, Geschäftsprüfungskommission 9.9.2024)

MARKUS MÜLLER, MARKUS KERN, Allgemeines Verwaltungsrecht, 5. Auflage, Bern 2022, § 1 N 5). Wenn also von Verwaltung die Rede ist, so sind damit auch alle externen Trägerschaften (welcher Rechtsform auch immer) gemeint, denen Verwaltungsaufgaben zur Erfüllung übertragen sind (sog. dezentrale Verwaltung). Es besteht demnach aus rechtlicher Sicht kein Anlass, die vom Gemeinderat beantragte Streichung vorzunehmen.

(Abstimmungsergebnis zum GR-Antrag: einstimmige Ablehnung)

➔ Antrag GR zu Art. 2 Abs. 3:

Streichen der Wörter «und analysiert» und die Wörter «des Gemeinderats» (geht über die GO hinaus).

Stellungnahme GPK:

Der Gemeinderat beantragt, dass in Artikel 2 Absatz 3 die Wörter «und analysiert» und «des Gemeinderats» zu streichen seien. Aus den oben ausgeführten Gründen kann dieser Auffassung – jedenfalls aus rechtlicher Sicht – nicht gefolgt werden.

(Abstimmungsergebnis zum GR-Antrag: 6 ablehnen, 1 Enthaltung)

➔ Antrag GR zu Art. 12 Abs. 1:

Streichen der Wörter "Geschäftsführung des Gemeinderats" (geht über die GO hinaus).

Stellungnahme GPK:

Der Gemeinderat beantragt, in Artikel 12 Absatz 1 die Wörter «Geschäftsführung des Gemeinderats» zu streichen, da dies über die GO hinausgehe. Wie oben ausgeführt, geht der Wortlaut des Entwurfs nicht über die GO hinaus.

(Abstimmungsergebnis zum GR-Antrag: 6 ablehnen, 1 zustimmen)

➔ Antrag GR zu Art. 12 Abs. 2:

Streichen des Begriffs "grundsätzlich". Die GPK übt die Aufsicht immer nachträglich aus.

Stellungnahme GPK:

Der Gemeinderat beantragt, in Artikel 12 Absatz 2 den Begriff «grundsätzlich» zu streichen, da die GPK die Aufsicht immer nachträglich ausübt. Die Aufsicht kann jedoch durchaus auch *begleitend* wahrgenommen werden; in welcher Art die Aufsichtstätigkeit erfüllt werden soll, ist politisch zu entscheiden; rein rechtlich kann der Begriff «grundsätzlich» belassen werden.

(Abstimmungsergebnis zum GPK-Antrag: 4 ablehnen, 2 zustimmen, 1 Enthaltung)

➔ Antrag GR zu Art. 12 Abs. 3:

Es fällt auf, dass der Wortlaut über die GO hinausgeht, indem erstens die "dezentrale Verwaltung" und zweitens die "externen Trägerschaften" erwähnt werden. Antrag, diese Passagen zu streichen. Zur "dezentralen Verwaltung" äusserte sich der Gemeinderat schon früher in der Vernehmlassung (er schrieb, der Begriff sei nicht definiert, möglicherweise überlappe er sich in Köniz weitgehend mit den externen Trägerschaften). Der Gemeinderat fordert die GPK auf, entweder auf diesen Wortlaut zu verzichten oder in den Erläuterungen auszuführen, was in der Gemeinde Köniz unter dezentraler Verwaltung zu verstehen ist.

Geschäftsprüfungskommission 9.9.2024

Stellungnahme GPK:

Der Gemeinderat fordert die GPK auf, in Artikel 12 Absatz 3 entweder den Begriff «dezentrale Verwaltung» zu streichen oder auszuführen, was darunter zu verstehen sei. Zur dezentralen Verwaltung zählen «alle Verwaltungsträger ausserhalb der Zentralverwaltung» (PIERRE TSCHAN-NEN, MARKUS MÜLLER, MARKUS KERN, Allgemeines Verwaltungsrecht, 5. Auflage, Bern 2022, § 6 N 126). Insofern besteht kein Gegensatz oder Unterschied zum Begriff der externen Verwaltungsträgerschaften; der Begriff «dezentrale Verwaltung» kann demnach – aus rechtlicher Sicht – beibehalten werden (vgl. auch die Erläuterungen in der Synopsis zu dieser Bestimmung).

(Abstimmungsergebnis zum GR-Antrag: 6 ablehnen, 1 Enthaltung)

3. Zu Ziffer 3 der GR-Stellungnahme (Änderungen, die dem Auftrag des Parlaments widersprechen)

- ➔ Antrag 1 GR auf Streichung von Art. 15 Abs. 1 (Parlament kann der GPK weitere Aufträge erteilen, um Geschäfte z.Hd. Parlament vorzubereiten):

Nach dem Wortlaut von Art. 15 Abs. 1 könnte die GPK neu im Auftrag des Parlaments Geschäfte aller Art erarbeiten. Gemäss den heutigen Regelungen kann sie das nicht bzw. nur im Rahmen von Umsetzungen parlamentarischer Initiativen. Mit der neuen Bestimmung würden die Aufgaben der GPK ausgeweitet.

- ➔ Antrag 2 GR auf Streichung von Art. 48 GRP (Bestimmungen für parl. Vorstösse)

Mit dieser Bestimmung würde ein neues Instrument eingeführt. Die Einführung des neuen parlamentarischen Instruments der Kommissionsmotion via Anpassung des Geschäftsreglement des Parlaments ist nicht Teil des Auftrags des Parlaments an die GPK zur Revision des GPK Reglements.

Damit verbunden:

- ➔ Antrag 3 GR auf Streichung vom Art. 23 Abs. 4 (Quorum bei Abstimmungen über Kommissionsmotionen):

Der Gemeinderat beantragt die Streichung, da die Einführung eines neuen parlamentarischen Instruments nicht Teil des Auftrags des Parlaments an die GPK ist.

Stellungnahme GPK zu Antrag 1 und 2:

Der Gemeinderat moniert, der Entwurf des GPK-Reglements enthalte Neuerungen, die nicht vom Auftrag des Parlaments abgedeckt seien. Namentlich weist der Gemeinderat auf Artikel 15 Absatz 1 hin, wonach das Parlament der GPK weitere Aufträge erteilen kann, sowie auf Artikel 48 GRP, mit welchem die Kommissionsmotion eingeführt würde.

Tatsächlich waren diese beiden Instrumente nicht explizit im seinerzeitigen Auftrag des Parlaments an die GPK enthalten. Die GPK erachtet jedoch die beiden Neuerungen als sinnvoll und sachgerecht, weshalb sie diese dem Parlament vorschlagen möchte. Selbstverständlich steht es dem Parlament frei, diese Elemente im Rahmen der Beschlussfassung über das revidierte Reglement zu streichen. Es käme jedoch einer verpassten Chance gleich, diese Punkte bei dieser Gelegenheit nicht zu diskutieren, nur weil sie im ursprünglichen Auftrag nicht ausdrücklich erwähnt waren. Das Parlament kann seinen Auftrag auch nachträglich erweitern, falls es die Vorschläge der GPK gutheissen wird.

Geschäftsprüfungskommission 9.9.2024

(Abstimmungsergebnis zum GR-Antrag 1 und 2: 5 ablehnen, 2 zustimmen)

Stellungnahme GPK zu GR-Antrag 3:

siehe Stellungnahme der GPK auf Seite 8 zu Art. 23 Abs. 4

4. Zu Ziffer 4 der GR-Stellungnahme (Inhaltliche Stellungnahme zu weiteren Bemerkungen)

➔ Antrag GR zu Art. 2 Abs. 1

Randtitel ("Zweck") anders zu formulieren ("Auftrag" oder "Aufgaben")

Stellungnahme GPK:

Artikel 2 Absatz 1, Randtitel:

«Auftrag» oder «Aufgaben» statt «Zweck»: Eine Umformulierung des Randtitels wäre vertretbar, hat inhaltlich aber keine Auswirkungen.

Abstimmungsergebnis zum GR-Antrag: einstimmige Zustimmung

Abstimmungsergebnis über die Umformulierung: 4 Stimmen für das Wort "Aufgaben", 1 Stimme für das Wort "Auftrag", 2 Enthaltungen

➔ Antrag GR auf Streichung von Art 2 Abs. 3

Streichen, da Absatz 3 sich inhaltlich mit Absatz 1 decken dürfte

Stellungnahme GPK:

Aus oben ausgeführten Gründen ist auf die Streichung zu verzichten.

(Abstimmungsergebnis zum GR-Antrag: 5 ablehnen, 2 Enthaltungen)

➔ Antrag GR zu Art. 3 Abs. 4

Man kann dem Präsidium nicht angehören, denn es ist kein Gremium, sondern eine Person. Deshalb Antrag auf Umformulieren: «Die Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission dürfen nicht gleichzeitig der Finanzkommission angehören oder Präsidium oder Vizepräsidium des Parlamentsbüros sein.»

Stellungnahme GPK:

Der Gemeinderat beantragt Umformulierung: «...oder Präsidium oder Vizepräsidium des Parlamentsbüros sein.». Der Antrag des GR ist insofern nachvollziehbar, als man – rein sprachlich – einem Präsidium tatsächlich nicht unbedingt «angehört». Inhaltlich ist die Bestimmung aber völlig klar. Sprachlich ist der Vorschlag des GR allerdings nicht elegant. Man «ist» nicht «Präsidium». Wenn schon eine Umformulierung ins Auge gefasst wird, dann eher wie folgt (oder ähnlich): «Die

Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission dürfen nicht gleichzeitig der Finanzkommission angehören oder das Präsidium oder das Vizepräsidium des Parlamentsbüros innehaben.»

Abstimmungsergebnis zum GR-Antrag: einstimmige Ablehnung

Umformulierung gemäss Stellungnahme GPK: einstimmige Zustimmung zur Umformulierung

➔ Einwände/Anregungen/Prüfaufträge des GR zu Art. 10 Abs. 2:

Der Gemeinderat regt an, im Reglementstext (nicht nur in den Erläuterungen) eine klare Unterscheidung zwischen dem Prüfungsauftrag und der Abstimmungsempfehlung (mit 2 separaten "Beschlüssen" der GPK) vorzusehen; der Gemeinderat verlangt zudem zu prüfen, ob das Wort «beantragt» zutrifft.

(Abstimmungsergebnis zum GR-Einwand: 4 zustimmen, 2 ablehnen, 1 Enthaltung)

➔ Einwand des GR zum Thema "Entscheidreife":

Die GPK sollte wie vorgeschlagen prüfen, ob ein Geschäft entscheidreif ist und dies auch in einem separaten "Feststellungsbeschluss" festhalten.

Stellungnahme GPK:

Es wäre möglich, aber keineswegs nötig, bereits im Reglement detailliert festzuhalten, dass die GPK einerseits festhält, ob sie ein Geschäft für entscheidreif hält, und andererseits eine Empfehlung/einen Antrag auf Annahme, Ablehnung oder Rückweisung beschliesst. Es ist schon heute so, dass die GPK ihren Beschluss unterteilt und 1) festhält, ob das Geschäft entscheidreif ist und 2) den Antrag betreffend Annahme, Ablehnung oder Rückweisung (d.h. die «Abstimmungsempfehlung») in einem zweiten Beschlusspunkt fixiert. Wie genau der Beschluss der GPK ausgestaltet wird sollte der GPK in Absprache mit der FS Parlament überlassen werden. Eine Festlegung auf Reglementsstufe erscheint nicht unbedingt angemessen.

(Abstimmungsergebnis zum GR-Einwand: 5 ablehnen, 2 Enthaltungen)

➔ Einwand des GR zum Thema "Abstimmungsempfehlung":

Zutreffend ist, dass die Abstimmungsempfehlung auch eine politische Beurteilung enthält. Unsicher ist der Gemeinderat, ob es sich hier um einen eigentlichen Antrag handelt. Der Gemeinderat fordert die GPK auf, dies zu prüfen. Über eigentliche Anträge wird ja separat abgestimmt (z.B. Antrag auf Rückweisung). Der «Antrag» auf Annahme oder Ablehnung des Geschäfts ist so gesehen wohl kein Antrag, sondern einfach eine Empfehlung. Allenfalls ist der Satz umzuformulieren, weil das Wort «beantragt» nicht stimmig ist.

Der Gemeinderat verlangt zudem zu prüfen, ob das Wort «beantragt» zutrifft".

Stellungnahme GPK:

Der Gemeinderat regt an, im Reglementstext selbst klar zu unterscheiden zwischen Prüfungsauftrag und Abstimmungsempfehlung. Nach Ansicht der GPK ist dies jedoch nicht nötig. Die Bestimmung sagt klar, dass die GPK einerseits prüft, ob die Sache entscheidreif ist, und andererseits dem Parlament beantragt – sofern diese Prüfung positiv ausfällt –, das Geschäft anzunehmen, abzulehnen oder zurückzuweisen. Es ist offensichtlich, dass der Antrag auf Annahme, Ablehnung oder Rückweisung immer nur den Charakter einer Empfehlung haben kann; das Parlament ist – wie immer – frei, wie es mit einem «Antrag» umgeht. Dieser Antrag ist vergleichbar mit dem

Geschäftsprüfungskommission 9.9.2024

Antrag, den das Parlament in einer Abstimmungsbotschaft gegenüber den Stimmberechtigten festhält: Auch ein solcher Antrag kann nie mehr als eine Empfehlung sein, an welche die Stimmberechtigten nicht gebunden sind. Anträge sind – wenn es sich um echte Anträge handelt – immer nur «Empfehlungen», da das Organ, dem Antrag gestellt wird, nie an den Antrag gebunden ist. Insofern ist die Wortwahl «beantragt» in Artikel 10 Absatz 2 durchaus korrekt und präzise; falls eine andere Formulierung gewünscht wird, wäre auch «empfiehlt» nicht falsch.

Abstimmungsergebnis zur Prüfempfehlung: einstimmige Zustimmung (anstatt "beantragt" wird "empfiehlt" verwendet)

Abstimmungsergebnis zum GR-Einwand: 5 ablehnen, 2 Enthaltungen

→ Einwand GR zum Thema "Nichteintreten":

Der Gemeinderat kann nicht nachvollziehen, weshalb die GPK die *Ablehnung* empfehlen könnte, hingegen nicht ein *Nichteintreten* empfehlen könnte. Annahme, Ablehnung und Nichteintreten beruhen auf politischen Einschätzungen, und solche Einschätzungen sind doch auch Aufgabe der GPK.

Stellungnahme GPK:

Der Gemeinderat kann nicht nachvollziehen, weshalb die GPK dem Parlament kein *Nichteintreten* beantragen können soll. Die GPK hat diesen Punkt ausführlich diskutiert und bewusst darauf verzichtet. Dies aus folgendem Grund: Nichteintreten bedeutet, dass ein Geschäft im Parlament gar nicht erst diskutiert wird, sondern dass dieses ohne Diskussion «versenkt» wird. Die GPK ist der Auffassung, dass es nicht ihre Aufgabe sein kann, ein Geschäft ohne politische Diskussion dem Parlament gewissermassen zu entziehen. Nichteintreten bedeutet, dass der Gemeinderat auch kaum eine inhaltliche Rückmeldung erhält, weshalb ein Geschäft gar nicht erst an die Hand genommen wird. Will das Parlament nicht auf ein Geschäft eintreten und dieses ohne weiteres auf diese Art erledigen, so soll der entsprechende Impuls aus dem Parlament selbst kommen. Die GPK betrachtet sich bezüglich der Geschäfte, die dem Parlament zugeleitet werden, als Prüforgan und nicht als (politischen) Vor-Filter, der gewisse Geschäfte bereits aussortiert. Rein rechtlich wäre es sicher möglich, dass die GPK dem Parlament auch Nichteintreten beantragt; sie möchte dies jedoch aus den dargelegten Überlegungen nicht tun.

(Abstimmungsergebnis zum GR-Einwand: einstimmige Kenntnisnahme)

→ Antrag GR zu Art. 13 Abs. 1:

Explizit festhalten, dass dies nur für die Aufsichtstätigkeit gilt und nicht für den Prüfungsauftrag.

Stellungnahme GPK:

Der Gemeinderat beantragt, ausdrücklich festzuhalten, dass die zusätzlichen Befugnisse der GPK, die in diesem Artikel aufgeführt werden, nur im Rahmen der Aufsichtstätigkeit greifen und nicht im Rahmen der Prüfung der Geschäfte zuhanden des Parlaments. Aus der Systematik des Reglements ergibt sich dies eigentlich ohne weiteres (Artikel 13 befindet sich im 3. Kapitel des Reglements unter dem Titel «Aufsicht»). Eine Ergänzung ist deshalb nicht erforderlich. Falls dennoch gewünscht, könnte die Bestimmung wie folgt ergänzt werden: «Die Geschäftsprüfungskommission kann, soweit dies zur Wahrnehmung ihrer Aufsichtsaufgaben erforderlich ist, zusätzlich...».

Abstimmungsergebnis zum GR-Antrag: 6 Antrag ablehnen, 1 Enthaltung

Abstimmungsergebnis über die Ergänzung: 4 gegen Ergänzung, 3 für Ergänzung

➔ Antrag GR auf Streichung von Art. 15 Abs. 3:

Der Gemeinderat kann den Bedarf für diese Regelung in Köniz nicht nachvollziehen.

Stellungnahme GPK:

Der Gemeinderat kann den Bedarf für diese Regelung nicht nachvollziehen. Es handelt sich um eine Verschriftlichung und Formalisierung einer Möglichkeit, die faktisch ohnehin bestehen würde. Einzelne Mitglieder des Parlaments können der GPK auf unterschiedlichen Wegen immer Vorschläge zukommen lassen. Die Bestimmung würde den Kanal für solche Anregungen formalisieren.

(Abstimmungsergebnis zum GR-Antrag: 5 ablehnen, 1 zustimmen, 1 Enthaltung)

➔ Antrag GR auf Streichung Art. 23 Abs. 4 (Quorum bei Abstimmungen über Kommissionenmotionen):

Der Gemeinderat beantragt die Streichung, da dies nicht Teil des Auftrags des Parlaments an die GPK ist (siehe vorheriges Kapitel) und da er generell der Kommissionenmotion ablehnend gegenübersteht. Erneut würde ein zusätzliches Instrument analog dem Kanton in der Gemeinde Köniz eingeführt, mit entsprechendem Zusatzaufwand für alle Beteiligten.

Falls die GPK an der Kommissionenmotion festhält, beantragt der Gemeinderat, Art. 23 Abs. 4 zu überprüfen und allenfalls diese Regelung in Art. 48 GRP zu integrieren, denn es ist auf Anhieb nicht einzusehen, warum dieses qualifizierte Mehr nur in der GPK gelten soll (für die FIKO gälte ja im Vergleich wohl das einfache Mehr)".

Stellungnahme GPK:

Der Gemeinderat weist darauf hin, dass das Quorum bei Abstimmungen über Kommissionenmotionen gelten sollte und nicht nur bei der GPK. Der Einwand ist berechtigt. Das Instrument der Kommissionenmotion wird in Artikel 48 des Geschäftsreglements (GRP) eingeführt. In Artikel 23 Absatz 4 des GPK-Reglements wird festgelegt, dass die GPK einer solchen Motion mit Zweidrittels-Mehrheit zustimmen muss. Es stellt sich tatsächlich die Frage, ob dieses qualifizierte Mehr nicht bei allen Kommissionen gelten soll, die solche Motionen beschliessen können. Falls das Quorum für alle Kommissionen gelten soll, könnte Artikel 23 Absatz 4 gestrichen werden. Gleichzeitig könnte Artikel 48 GRP mit einem Absatz 6 ergänzt werden:

«Die Einreichung einer Kommissionenmotion erfordert die Zustimmung von zwei Dritteln der anwesenden Kommissionsmitglieder.» Mit dieser Ergänzung würde das Quorum für alle Kommissionen gelten.

Abstimmungsergebnis zum GR-Antrag: einstimmige Ablehnung

Abstimmungsergebnis zum Vorschlag, dass das Quorum für alle Kommissionen gilt: einstimmige Annahme

5. Zu Ziffer 5 der GR-Stellungnahme (Abschliessende Bemerkungen)

Der Gemeinderat äussert erneut seine Haltung, wonach er Sinnhaftigkeit und Verhältnismässigkeit eines totalrevidierten GPK-Reglements nicht sieht. Er hätte ein punktuelles Vorgehen und Vademecum-Vorgaben für die interne Arbeitsweise der GPK vorgezogen.

Die Arbeiten für den Entwurf des GPK-Reglements haben gezeigt, dass das bestehende Reglement nur noch ein fragmentarisches, unvollständiges Abbild der GPK-Tätigkeit abgibt, in verschiedenen Punkten nicht mehr umgesetzt wird bzw. werden kann und als Arbeitsmittel der Kommissionstätigkeit kaum mehr taugt. Zudem zeigte ein Vergleich mit GPK-Grundlagen anderer Städte und Parlamente, dass das bestehende GPK-Reglement allein durch punktuelle Anpassungen nicht in eine Form gebracht werden könnte, die einem zeitgemässen Verständnis der GPK-Arbeit entspricht. Schliesslich hat sich die GPK bewusst und nach vertiefter Diskussion dazu entschieden, dem Parlament einen Vorschlag für ein Reglement zu machen, das als einigermaßen umfassendes und abgerundetes Hilfsmittel für die Kommission dienen kann. Dabei hat sich die GPK durchaus bemüht, Präzision und Vollständigkeit der Grundlagen mit entsprechenden Freiräumen für Flexibilität in der praktischen Kommissionsarbeit zu vereinen. So wird es insbesondere bezüglich der regelmässigen Aufsichtstätigkeit (bisherige Referent:innen-Besuche bei der Verwaltung, Jahresbericht etc.) grosse Flexibilität der Ausgestaltung dieser Arbeit geben, die ihren Niederschlag in agil anpassbaren Grundlagen auf Verordnungsebene findet und nicht auf Reglementsebene zementiert wird. Die GPK hat die Bedenken des Gemeinderats im Rahmen der Erarbeitung des Reglementsentwurfs durchaus gewürdigt, ist jedoch bewusst und begründet zu einer anderen Haltung gelangt.